

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen Nitz

Wirtschaftsbeziehungen DDR—BRD
Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und
Perspektiven

Horst Lambrecht

Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen
zum Ende der achtziger Jahre

Klaus Steinitz

Innovationsprobleme und Strukturwandel
in der DDR

Frank Stille

Innovationsprobleme und Strukturwandel
in der Bundesrepublik Deutschland

B 10/89
3. März 1989

Jürgen Nitz, Dr. oec., Dr. der Wissenschaften (Habil.), geb. 1927 in Berlin; Dipl.-Volkswirt; Professor für Politische Ökonomie; Abteilungsleiter am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates; Sekretär für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit im DDR-Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Konsultant der UN-Wirtschaftskommission für Europa, Genf (Berufung 1974); DDR-Vertreter im International Council for New Initiatives in East-West Cooperation, Wien („The Vienna Council“), seit 1973.

Veröffentlichungen: ca. 120 Publikationen zu wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Aspekten der Weltwirtschaft und der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen; Autor oder Mitautor u. a. von: Probleme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, 1977; Friedliche Koexistenz in Europa, 1977; Probleme und Perspektiven der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, 1984; Europa – Frieden oder Untergang?, 1984; Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen – politische und ökonomische Dimensionen, 1987.

Horst Lambrecht, Dr. rer. pol., Diplomvolkswirt; seit 1964 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West) in der Abteilung DDR und östliche Industrieländer. Arbeitsgebiete: Außenhandel der DDR, Innerdeutscher Handel, Landwirtschaft der DDR. Zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen Themen.

Klaus Steinitz, Dr. oec. habil., geb. 1932; Professor; seit 1980 stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Veröffentlichungen u. a.: Neue Bedingungen des Wirtschaftswachstums in den 80er Jahren, Berlin 1982; (Mitherausgeber) Schlüsseltechnologie Mikroelektronik, Berlin 1985; (Mitautor) Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie (Herausgeber W. Heinrichs), Berlin 1987; (Mitautor) Technologien im Umbruch (Herausgeber W. Sydow), Berlin 1988; (Herausgeber) Entwicklung der Produktionsstruktur und Intensivierung, Berlin 1989.

Frank Stille, Dr. rer. pol., geb. 1941; seit 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Koordination und Co-Autor) Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 103, Berlin 1988; Dienstleistungsproduktion und Dienstleistungssektor, in: Dienstleistungen im Strukturwandel, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Nr. 35, Berlin 1988; (Projektleiter und Co-Autor) Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor, DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 107, Berlin 1988; (zus. mit R. Zwiener) Arbeitszeitverkürzung als Instrument der Beschäftigungspolitik. Zum „Lohnausgleich“ und den Beschäftigungseffekten im privaten und staatlichen Bereich, in: WSI-Mitteilungen, (1988) 10.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD

Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und Perspektiven

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten haben inzwischen ihre rund 40jährige Geschichte. Es gab dabei erfreuliche Hochs, aber auch problembelastete Tiefen. Der positive Grundtrend überwiegt insbesondere in der jüngeren Zeit, z. B. nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages von 1972, wenn es auch in den letzten Jahren eine Anzahl von rückläufigen Tendenzen gab und gegenwärtig noch immer gibt.

Der in Statistiken ausgewiesene Umsatz (über die Abrechnung des Berliner Abkommens von 1951) stieg von 4,5 Mrd. Verrechnungseinheiten (VE) im Jahre 1970 auf 11,7 Mrd. VE im Jahre 1980, um mit rund 16,5 Mrd. VE (einschließlich Dienstleistungen) seinen bisherigen Höchststand zu erreichen. Alle Seiten sind sich weitgehend einig, damit keinesfalls an der Grenze ihrer Möglichkeiten zu sein, wenn auch vorwiegend weltwirtschaftliche Faktoren wie Preisveränderungen auf den internationalen Märkten bei einigen Waren (z. B. Rohöl und chemische Produkte) die Umsatzkennziffern seitdem auf unter 15 Mrd. VE verringert haben. Internationale Analysen belegen, daß jedoch selbst bei einem nominalen Rückgang noch von einem faktischen Wachstum von einigen Prozent gesprochen werden konnte, ohne daß man damit etwa voll zufrieden sein sollte. Die DDR ist nach der UdSSR der nächstgrößte Handelspartner der bundesdeutschen Wirtschaft unter den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); die BRD steht im Außenhandel der DDR mit den industriell entwickelten Ländern ohnehin auf dem ersten Platz.

Aus wissenschaftlicher Sicht betrachtet, ist es sicher nützlich, nicht kurzfristige kommerzielle Trends zu bewerten, sondern längerfristige Entwicklungen zu

analysieren. Dazu bedarf es als erstes, die generellen und spezifischen Bestimmungsfaktoren dieser Wirtschaftsbeziehungen darzustellen, und dies auch unter dem Gesichtspunkt, daß es für den deutsch-deutschen Handel und die Wirtschafts Kooperation mit westlichen Ländern, insbesondere mit der Bundesrepublik Deutschland, außerordentlich differenzierte Bewertungen gibt. Viele halten sie für „normal“; andere konstruieren aus ihnen „ein deutsch-deutsches Sonderverhältnis“, dem zufolge sie „nicht Außenhandel sein könnten“. Wieder andere meinen, die DDR wäre „ein heimliches Mitglied der EG“.

Wie ist es jedoch aus der Sicht der DDR tatsächlich um Wesen, Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und Perspektiven dieser Wirtschaftsbeziehungen bestellt? ¹⁾

¹⁾ Der Aufsatz gründet sich auf eine Anzahl grundsätzlicher Ausführungen aus Sicht der DDR vor allem aus jüngster Zeit, u. a.: J. Nitz, Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD. Bestimmungsfaktoren, Tendenzen und Probleme, Beitrag für das Institute for East-West-Security Studies, New York 1986 (engl.); ders., Ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost und West unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, in: Gemeinsame Sicherheit. Dimension und Disziplinen, Baden-Baden 1987, S. 169 ff.; Autorenkollektiv unter Leitung von J. Nitz, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen — politische und ökonomische Dimensionen, IPW-Forschungshäfte, 4/1987; M. Schmidt, Stand, Probleme und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD am Ende der 80er Jahre, Vortrag anlässlich des Kulmbacher Sommergesprächs, 22. Juli 1988 (Manuskript). Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland werden Gesichtspunkte der Wirtschaftsbeziehungen behandelt in: C.-D. Ehlermann/S. Kupper/H. Lambrecht/G. Ollig, Handelspartner DDR — Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 1975, sowie besonders in zahlreichen Publikationen von H. Lambrecht in den Wochenberichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin-West.

I. Langfristige konstruktive Position der DDR

Erst einmal ist die langfristige konstruktive Position der DDR zu Wirtschaftsbeziehungen mit dem anderen deutschen Staat hervorzuheben, die im Verlauf der Jahre durch deutliche Positionsbestimmungen und die reale Praxis bekräftigt wurde, nämlich sie „kontinuierlich fortzuführen und auszubauen“; durch beiderseitige Anstrengungen gelte es, neue Möglichkeiten zu nutzen, wobei die DDR alles tun wird, „um diese Entwicklung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern“²⁾. Aus der Sicht der DDR vollziehen sich diese Entwicklungen in einem umfangreichen Geflecht von Beziehungen und Bestimmungsfaktoren – übrigens die, die grundsätzlich zugleich auch die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen entwickelten westlichen Industrieländern bestimmen, von denen vor allem folgende zu nennen sind:

– Die DDR geht von ihren nationalen Interessen aus, die sowohl durch politische Faktoren in der Welt und besonders in Europa als auch seitens weltwirtschaftlicher Entwicklungen mit bestimmt sind. Die DDR betrachtet – so der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Erich Honecker – „den Handel als ein materielles Fundament für die friedlichen Beziehungen, für die friedliche Zusammenarbeit . . . Zugleich sind die Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern ein Teil unserer gesamten dynamischen Wirtschaftsentwicklung.“³⁾ Unter politischen Gesichtspunkten gesehen, sind sie also Teil der Politik des friedlichen Neben- und Miteinanders zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Der wirtschaftliche Nutzen aus dem Ex- und Import ist ökonomisches Ziel von Anstrengungen. Damit sind Handel und wirtschaftliche Kooperation in die Gesamtwirtschaftspolitik der DDR eingeordnet; sie sind Teil der ökonomischen Strategie unseres Landes mit Blick auf das Jahr 2000, um auch weiterhin in unserer Volkswirtschaft einen kontinuierlichen und dynamischen Leistungsanstieg zu erreichen⁴⁾.

– Die Wirtschaftsbeziehungen der DDR sind Teil einer umfassenden langfristigen wirtschaftlichen

Grundstrategie aller RGW-Länder gegenüber den Ländern der OECD. Auf dem RGW-Treffen auf höchster Ebene wurde dazu 1984 gesagt, daß die RGW-Länder nochmals die feste Absicht bekräftigen, fruchtbare Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie wissenschaftlich-technische Beziehungen auch mit allen kapitalistischen Ländern zu entwickeln, die dazu entsprechende Bereitschaft zeigen⁵⁾. Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Mai 1987 heißt es im Kommuniqué, daß diese bereit seien, „nach Wegen zur Weiterentwicklung gegenseitig vorteilhafter ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit allen Ländern zu suchen. Sie treten dafür ein, die Hindernisse im Handels- und Wirtschaftsaustausch zu beseitigen und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE zu vertiefen . . .“⁶⁾. So sind auch gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD zu verstehen.

– Schließlich geht es auch um wirtschaftliche Bestimmungsfaktoren, die objektiv determiniert sind. Die DDR trägt einer solchen ökonomischen Gesetzmäßigkeit wie der Internationalisierung der Produktivkräfte bzw. des gesamten Wirtschaftslebens Rechnung, die über den Rahmen von Internationalisierungsprozessen innerhalb der einzelnen Wirtschaftssysteme bzw. ihrer Länder infolge so enormer Triebkräfte wie der wissenschaftlich-technischen Revolution und der globalen Probleme der Menschheitsentwicklung immer stärker hinauswächst und auch in der Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung – also auch der DDR und der BRD – deutlich ihren Niederschlag findet. Die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen sind letztendlich einbezogen in eine wachsende internationale wirtschaftliche Verflechtung der Staaten und Wirtschaften mit zunehmend interdependenter Prägung. Dabei ist selbstredend in jeder Weise strikt in Rechnung zu stellen, daß in den beiden sozial unterschiedlichen Weltssystemen und den ihnen entsprechenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Staatengruppierungen sich einander ausschließende Produktionsverhältnisse und Machtstrukturen sowie unterschiedliche ökonomische Triebkräfte und gesellschaftliche Orientierungen existieren.

²⁾ Zu den angeführten Zitaten und grundlegenden Ausführungen zur Sache vgl. E. Honecker, Vertragswerk – bewährt in allen Stürmen der Zeit, und G. Mittag, Gespräche in Bonn geben Handel kräftige Impulse, in: Neues Deutschland vom 10. 9. 1987, S. 3f.

³⁾ E. Honecker, ebenda.

⁴⁾ „Zu den Positionen der DDR in den Wirtschaftsbeziehungen gegenüber kapitalistischen Industrieländern und zur ökonomischen Strategie.“ Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, Berlin 1986, S. 115; ferner E. Honecker (Anm. 2).

⁵⁾ Vgl. Wirtschaftsberatung des RGW auf höchster Ebene vom 12. – 14. 6. 1984 in Moskau, Dokumente, Berlin 1984, und ebenso zu den grundlegenden Positionen der RGW-Länder.

⁶⁾ Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland vom 30./31. 5. 1987, S. 1f.

II. Allgemeine und spezifische Bedingungen und Interessen

Auch die ökonomischen Interessenlagen der Wirtschaft in der BRD sind erst einmal *nicht* von deren generellen Interessenlagen (und auch denen anderer kapitalistischer Länder) in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu sozialistischen Ländern zu trennen. Aus Kreisen der Wirtschaft werden genannt: das Grundinteresse an der Gewinnerzielung vor allem durch Absatz von Erzeugnissen und Kooperation, die Realisierung von Dienstleistungen, die Sicherung von Arbeitsplätzen (besonders wichtig angesichts hoher Arbeitslosenzahlen) durch Aufträge aus der DDR sowie aus anderen sozialistischen Ländern, Diversifizierung der Zulieferungen von Roh- und Brennstoffen und Halbfabrikaten sowie – ein Faktor, der besonders an Bedeutung zunimmt – die Nutzung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und technologischen Leistungen des anderen. (Natürlich hat auch die DDR ein deutliches Interesse, erhebliche Teile ihres Ex- und Imports in Zusammenarbeit mit der BRD-Wirtschaft zu realisieren.)

Es gibt aber darüber hinaus eine *ganze Anzahl von spezifischen Faktoren, die sich für beide Partner in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegenseitig vorteilhaft niederschlagen*. Beide Partner sind darauf orientiert, diese in ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik und in den Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil zu nutzen. Von Experten werden dabei immer wieder hervorgehoben:

1. Bei beiden benachbarten Staaten handelt es sich um *hochentwickelte Industrieländer*, die bereits aus ihrer Wirtschafts- und Industriestruktur heraus objektiv gute Voraussetzungen für eine enge, gegenseitig vorteilhafte Arbeitsteilung bieten, insbesondere unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wenn auch die komplementären Möglichkeiten gerade auf diesem Gebiet noch nicht ausreichend genutzt werden.

2. Günstig wirkt der *geographische Faktor*, d. h. die unmittelbare Marktnähe zweier hochindustrialisierter Staaten. Das trifft auch für solche Erzeugnisse zu, wie die der Chemie oder der Baustoffindustrie, d. h. für Güter, für deren effektiven Austausch objektiv an sich „standortmäßig“ Grenzen gezogen sind, z. B. infolge des großen Volumens und des immensen Transportaufwands. Dies beeinflusst auch die Struktur des Warenaustausches wie z. B. die Möglichkeiten zur verstärkten Lieferung von Massen- oder Schüttgütern infolge günstiger Standortbedingungen (Berlin-West, grenznahe Gebiete).

3. Unter diesem Blickwinkel ist auch der *Faktor Berlin-West* zu betrachten, der im deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehr eine spezifische Rolle spielt. Es zeigt sich immer mehr eine die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen stimulierende Rolle, z. B. durch den Bau oder die Rekonstruktion von Verbindungswegen der verschiedensten Art, insbesondere des Verkehrs, der Versorgung und der Entsorgung der Stadt auf lebenswichtigen Gebieten, an der alle Partner zum gegenseitigen Nutzen vielfältig beteiligt sind. (Im Rahmen dieser Ausführungen wird die Spezifik der Wirtschaftsbeziehungen DDR–Berlin [West] nicht behandelt.)

4. Auch der *historische Faktor* spielt eine gewisse fördernde Rolle. Auf dem Territorium beider heutiger deutscher Staaten bestand nahezu siebzig Jahre hindurch *ein gemeinsamer Staat*, in dem *eine Volkswirtschaft* existierte, ehe sich dann neue, sozial unterschiedliche Ordnungen herausbildeten. Hieraus rühren auch in der Gegenwart noch bestimmte traditionelle Wirtschaftsbeziehungen (z. B. bei Ex- und Importen von Textilerzeugnissen oder Agrargütern). *Was ehemals als Arbeitsteilung im Rahmen eines nationalen Wirtschaftsgebietes existierte, ist heute als Element einer internationalen Arbeitsteilung zwischen souveränen Staaten selbst bei gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen relevant* (siehe ähnlich z. B. auch Bereiche der Beziehungen Österreich–Ungarn oder UdSSR–Finnland). Von positiver Wirkung sind auch zum Teil noch vorhandene, historisch entstandene Übereinstimmungen bei bestimmten Normen und Standards, Traditionen im Herangehen an wirtschaftliche Lösungen usw.

5. Hinzu kommen stimulierende Wirkungen aus spezifischen Elementen des *Regimes im kommerziellen Warenverkehr* zwischen den beiden deutschen Staaten wie Zollfragen, die den Handel fördernde Regelung des Swing, oft als eine Art „zinsloser Überziehungskredit“ verstanden, die den BRD-Exporteuren zusätzliche Chancen zu Lieferungen in die DDR und ihrer Finanzierung einräumt, sowie gewisse Präferenzregelungen der BRD vor allem im steuerlichen Bereich (Mehrwertsteuererstattung), die zwar nicht Gegenstand dieser Darstellung, aber in ihren positiven Wirkungen bekannt sind⁷⁾. Diese Spezifika gelten jedoch *nur* für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen DDR und BRD, *nicht* für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Drittländern. Daraus ergeben sich weitere Überlegungen:

⁷⁾ Vgl. z. B. H. Biskup, Deutschlands offene Handelsgrenze, Hamburg 1980.

— Es ist unsinnig, davon zu reden, daß die DDR mit „einem Bein in der EG“ stünde, worauf andere neidvoll zu blicken hätten⁸⁾.

— Als geradezu „hoch aktuell“ wird inzwischen aber immer deutlicher die Frage aufgeworfen, ob ein solches stimulierendes Handelsregime oder einzelne seiner Elemente nicht viel eher dem Geist und Buchstaben der KSZE-Schlußakte und den Vorstellungen einer Meistbegünstigung entsprechen als hohe Zollmauern oder andere Restriktionen und daher Beispiel für künftige vertragliche Regelungen zwischen EG und RGW bzw. der Länder sein könnten, worauf noch zurückzukommen sein wird.

III. Zur politischen Funktion des Handels DDR-BRD

Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD gehen in ihrer Bedeutung für beide Seiten über den rein ökonomischen Sinn weit hinaus. Sie haben zugleich eine immense politische Bedeutung. Angesichts der gegenwärtigen Situation in der Welt gibt es aus dem Verständnis der DDR heraus zum friedlichen Miteinander keine Alternative. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD nehmen dabei einen wichtigen Platz ein. Über sie können im Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Politik eine Anzahl von politischen Wirkungen zur Sicherung des friedlichen Neben- und Miteinanders der Staaten der beiden gegensätzlichen Systeme realisiert werden. Systematisiert man diese, so ergibt sich folgendes Bild:

— Die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen sind ein Feld praktizierter friedlicher Koexistenz. Nicht zuletzt durch sie wird seit rund 40 Jahren der reale Beweis dafür angetreten, daß das friedliche Nebeneinander auch von DDR und BRD möglich und für beide Seiten zudem gewinnbringend ist.

— Sie bilden ein stabilisierendes Element in der Sphäre internationaler Beziehungen, indem sie für die gesamten Ost-West-Beziehungen eine gewisse materielle Grundlage schaffen. Da es aber zwischen ökonomischen und politischen Prozessen keinen Automatismus gibt, sondern sich beide infolge ihrer relativen Selbständigkeit — und zudem unter dem Primat der Politik — nach eigenen Gesetzmäßigkeiten bewegen, kann hier — auch im deutsch-deutschen Handel — nur von mittelbaren und indirekten wechselseitigen Wirkungen die Rede sein. Letztlich sind sie aber dennoch in der Grundten-

6. Schließlich sei auch als günstiger Faktor der politische Wille zur Entwicklung des Handels auf beiden Seiten erwähnt, der hinsichtlich der DDR-Seite stets betont wurde, sich aber ebenso in den Worten führender Industrieller — wie des Aufsichtsratsvorsitzenden der Friedrich Krupp AG, Berthold Beitz, und des Ehrenpräsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages der BRD, Otto Wolff von Amerongen — und auch einer Anzahl von Politikern äußert, die angesichts der internationalen Situation die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen als stabilisierendes Element für die Gesamtbeziehungen sehen und Kontinuität in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten fordern⁹⁾.

denz und in längerfristigen Zeiträumen deutlich nachweisbar — entweder als positiver Schub oder als Hemmschuh der Entwicklung für den jeweils anderen Bereich und damit auch für die Gestaltung der Gesamtbeziehungen beider deutscher Staaten.

— Wirtschaftsbeziehungen sind ein Mittel zur Förderung des Dialogs und damit des Vertrauens zwischen den Partnern. Sie orientieren Interessenlagen in Richtung politische Entspannung, wenn sie auch den politischen Entspannungsprozeß weder allein noch allseitig zu sichern in der Lage sind. Aber je intensiver das Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ist und je deutlicher Interdependenzen zutage treten, desto größer ist auch das Interesse aller an diesen ökonomischen Verbindungen.

— Im übrigen ist die Entfaltung gleichberechtigter, am gegenseitigen Vorteil orientierter Wirtschaftsbeziehungen nicht nur gewinnbringend für die unmittelbar Beteiligten. Sie dienen darüber hinaus auch der Überwindung, zumindest jedoch der Verminderung globaler Probleme (siehe Passagen des Vertrages über Umweltfragen).

— Sicher wäre es falsch, die Wirtschaftsbeziehungen etwa als eine Sphäre der Harmonie zu charakterisieren. Wirtschaftlicher Austausch ist zwangsläufig mit dem Aufeinandertreffen konkurrierender Positionen, mit dem Streit um die Durchsetzung von Marktanteilen, Gewinnmargen u. a. verbunden. Doch geht es beim wirtschaftlichen Austausch zwischen der DDR und der BRD darum, daß er Teil der friedlichen Koexistenz bleibt. Bei Fortbestehen gegensätzlicher weltanschaulicher Positionen kommt es darauf an, die Divergenzen nicht auf zwischenstaatliche Beziehungen und kommerzielle

⁸⁾ General-Anzeiger (Bonn) vom 17./18. 11. 1984; vgl. dazu u. a.: Neues Deutschland vom 19. 9. 1985, S. 2.

⁹⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 17. 1. 1989, S. 2.

Gepflogenheiten übergehen zu lassen. Prinzipiell sind und bleiben die Wirtschaftsbeziehungen auch ein Bereich der weltweiten friedlichen Auseinandersetzung und des Wettbewerbs zwischen den Ländern unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung. Jedoch zugleich gehört zur neuen Art und Weise des Umgangs zwischen der DDR und der BRD der sachliche politische Dialog, vor allem ihrer Repräsentanten, der dem Prozeß der Bildung einer weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus zugeordnet ist.

– Selbstredend versuchen beide Seiten, nicht zuletzt über wirtschaftliche Beziehungen, ihre großen gesellschaftlichen Ziele zu realisieren. So sind die sozialistischen Länder bestrebt, ihre eigene ökonomische Kraft und damit das sozialistische Friedenspotential zu festigen und weiterzuentwickeln. Der Beweis, daß die internationale Arbeitsteilung vorteilhaft für alle Beteiligten ist, stärkt realistische Auffassungen, zu demokratischen Verhältnissen in der Weltwirtschaft zu gelangen, Methoden des Embargos, des Boykotts und der Sanktionen abzulehnen. Indem Handel und Kooperation zwischen Ost und West auf solchen Prinzipien beruhen wie gegenseitiger Vorteil, Gleichberechtigung der Partner und Nutzen für beide Seiten, stellt auch der Handel zwischen beiden deutschen Staaten einen Bereich intersystemarer weltwirtschaftlicher Beziehungen dar, in dem demokratische Wege beschritten werden und demokratische Prinzipien den Ton angeben.

– Insgesamt bestehen enge Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und politischen Beziehungen. Selbst in Zeiten zugespitzter politischer Konfrontation blieben gerade relativ viele wirtschaftliche Kontakte und Mechanismen funktionsfähig; jedoch sind sie dennoch nicht von unbegrenzter Widerstandskraft. Je besser die politischen Beziehungen sind, desto günstiger können sich natürlich auch die ökonomischen entfalten.

Deutlich zeigt sich, daß die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der gegenseitigen

Wirtschaftsbeziehungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Damit sie ihren positiv orientierten politischen Funktionen gerecht werden können, unterliegen sie einer besonderen Pflicht, sich nicht über ökonomische Beziehungen in die Angelegenheiten des anderen einzumischen bzw. jegliche Versuche zu unterlassen, die die andere Seite destabilisieren könnten. Dazu gehört auch, alle Versuche, an unrealistischen „deutschlandpolitischen Positionen“ festzuhalten oder den Faktor Berlin-West mit gegen die DDR gerichteten Vorstellungen ins Spiel zu bringen, tunlichst zu unterlassen.

In einem Gespräch mit Walter Leisler Kiep stellte Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Staatsrates der DDR, zum Thema fest: „Es sei jedoch erforderlich, die noch ausstehenden grundsätzlichen Fragen zu lösen, wozu es an der Bereitschaft der DDR nicht fehle. Gegenseitige Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und Nichteinmischung seien wichtige Voraussetzungen für gedeihliche Beziehungen . . .“¹⁰⁾

Aber es ist noch auf andere Zusammenhänge zu verweisen: Richtig ist und bleibt, daß die Wirtschaftsbeziehungen einen wichtigen Teil der Gesamtbeziehungen darstellen. Beide deutsche Staaten tragen eine besondere Verantwortung für den Frieden, demzufolge sie auch beide verpflichtet sind, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen kann. Diese besondere politische Verantwortung verlangt auch eine diese Gesamtbeziehungen stimulierende und demzufolge besonders wirksame materielle Grundlage. *Neben den vielfältigen besonderen ökonomischen Bedingungen für den Wirtschaftsverkehr ergibt sich daraus auch noch ein besonders hoher politischer Stellenwert der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten.* Ihr relativ größerer Umfang und ihre zum Teil höhere Intensität haben hier ihre politische Bedeutung.

IV. Zu den Vertragsgrundlagen

Ausdruck eines konstruktiven politischen Willens sind die zwischen beiden Staaten vereinbarten völkerrechtlichen vertraglichen Regelungen. Schon frühzeitig (1951) wurde durch Beauftragte beider deutscher Staaten das sogenannte Berliner Abkommen abgeschlossen, das dem Handel zwischen der

Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland eine vertragliche Grundlage für dessen weitere Entfaltung gab und das sich in den Stürmen der Zeit bewährt hat.

1972 wurde mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik

¹⁰⁾ Ebenda.

Deutschland eine Weiterentwicklung der völkerrechtlichen Grundlagen für die Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen geschaffen. Insbesondere sind darin auch wichtige Verpflichtungen für die Regierungen beider deutscher Staaten formuliert, z. B. im Artikel 7: „Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.“¹¹⁾

Und im Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag heißt es zu Artikel 7 weiter wörtlich:

„1. Der Handel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland wird auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden langfristige Vereinbarungen mit dem Ziel abschließen, eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, überholte Regelungen anzupassen und die Struktur des Handels zu verbessern.

2. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland bekunden ihren Willen, zum beiderseitigen Nutzen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik zu entwickeln und die hierzu erforderlichen Verträge abzuschließen.“¹²⁾

Diese rechtlichen Regelungen und politischen Absichten haben wesentlich zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beigetragen. Auch die innere nationale Gesetzgebung in der DDR — souverän wie eh und je — ist auf eine Entwicklung der Beziehungen orientiert.

Angesichts der anstehenden vertraglichen Regelung der Beziehungen zwischen der EG und dem RGW bzw. dessen Mitgliedsländern gilt es zu unterstreichen, daß die DDR selbstredend davon ausgeht, daß bestehende Verträge, die bilateral geschaf-

fen und von den Partnern als gut und nützlich befunden werden, existent bleiben — und dies nach dem bewährten Grundsatz *pacta sunt servanda*. Hier gibt es richtigerweise keinen multilateralen Verhandlungs- und Entscheidungsbedarf.

Gegenüber den DDR-Gesetzen bleiben m. E. an den in der Bundesrepublik Deutschland (aber auch an den in Berlin-West) geltenden gesetzlichen Grundlagen gewisse Zweifel. Im „Bundesanzeiger“ Nr. 2 vom 27. September 1949 heißt es unter „1. Das Gesamtrecht“: „Rechtliche Grundlage für den Wirtschaftsverkehr (mit der DDR, d. Verf.) sind im Bundesgebiet die alliierten ‚Devisenbewirtschaftungs-Gesetze‘ (MRG 53)¹³⁾ und im Land Berlin die inhaltlich gleiche Verordnung Nr. 500 (VO 500).“

In einer Fußnote zum Begriff „Devisenbewirtschaftungsgesetze“ wird im o. a. Bundesanzeiger erläutert, daß es sich hierbei um das am 19. September 1949 in Kraft getretene Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG) über die Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs für die amerikanische und britische Besatzungszone und die Verordnung Nr. 235 des französischen Hohen Kommissars in Deutschland über die Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 18. September 1949 handelt.

Diese alliierten Devisenbewirtschaftungsgesetze sind nach wie vor in Kraft geblieben. Demzufolge gibt es für den anderen deutschen Staat im Bereich der Anwendung des genannten Berliner Abkommens letztendlich keine umfassende Souveränität; es existiert auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen zur DDR nach wie vor ein Ausnahmerecht mit Widerrufs- und Kontrollrechten. Es kann durchaus aus Bonner Sicht so sein, daß auch bei Existenz des MRG Nr. 53 z. B. neue intensive Formen des Handels und der Kooperation *ins Leben gerufen werden könnten*, obwohl jedoch nur schwer vorstellbar ist, wie intensive kommerzielle Beziehungen ohne Diskriminierung des DDR-Partners gestaltet werden können. Für den Autor bleibt trotz aller Erklärungen von Beauftragten der Regierung in Bonn die Frage, ob es nicht ein Anachronismus ist, wenn Besatzungsrecht aus der *ersten* Hälfte noch am *Ende der zweiten* Hälfte unseres Jahrhunderts seine bleibende Gültigkeit besitzt und Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen Staaten dieser Militärgesetzgebung auch noch mit Blick auf das nächste Jahrtausend unterworfen sein müssen?

¹¹⁾ Vertrag über Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und BRD vom 21. 12. 1972, in: Verträge im Dienste der europäischen Sicherheit, Berlin 1979, S. 103 ff.

¹²⁾ Ebenda.

¹³⁾ Zum MRG Nr. 53 (Text und Kommentare aus BRD-Sicht) vgl. C.-D. Ehlermann/S. Kupper/H. Lambrecht/G. Ollig, Handelspartner DDR — Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 1975.

Eine neue bzw. intensivere Phase auch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wurde 1987 mit dem offiziellen Besuch Erich Honeckers in der BRD eingeleitet, vor

allem mit den Festlegungen, die dabei im „Gemeinsamen Kommuniqué“ getroffen wurden. Hier ist der Ansatzpunkt zu finden, um den Beziehungen neue Qualität zu verleihen.

V. Hemmende Faktoren

Einer Normalisierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und den positiven Wirkungen, die sich aus den den Handel objektiv begünstigenden Faktoren ergeben, stehen eine Anzahl von Hemmnissen und Barrieren gegenüber. Auch hier läßt sich eine gewisse Systematik vornehmen:

1. Die Auswirkungen eines über Jahrzehnte gegen die DDR geführten *Wirtschaftskrieges*, der im Prinzip bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzte und sich vor allem in den Jahren des Kalten Krieges, insbesondere nach Gründung der DDR als erstem sozialistischem Staat auf deutschem Boden verschärfte. Von den ergebnislosen Embargoversuchen der fünfziger Jahre bis heute wurde je nach politischen Erfordernissen und Konzeptionen ein vielfältiges, breitgefächertes Instrumentarium der Behinderung eingesetzt und genutzt, was naturgemäß auch die Struktur des Handels tangiert. Elemente dieses Wirtschaftskrieges existieren weiter bzw. wurden verstärkt.

2. Negativen Einfluß üben dabei z. B. die *CoCom-Regelungen* vor allem hinsichtlich einer notwendigen Erweiterung des Technologiehandels aus; insbesondere die Embargolisten bei Industrierobotern, Computern, wissenschaftlichen Geräten, Maschinen und Rohstoffen zur Halbleiter- und Mikroprozessorenherstellung sind hier zu nennen. In der Anwendung der CoCom-Listen auf den DDR-Handel liegt eine große Gefahr für die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

3. Das gesamte *Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren* für Exporterzeugnisse aus der DDR stellt einen gewissen Hemmschuh dar und gibt Instanzen in der BRD Mittel in die Hand, Menge, Wertvolumen und Struktur der Importe aus der DDR und der Exporte in die DDR entsprechend zu beeinflussen. Dieses Verfahren wird nach wie vor nach der „Interzonenhandelsverordnung“ vom 18. Juli 1951 (BGBl. I, S. 463 in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Interzonenhandelsverordnung vom 22. Mai 1968 — Bundesanzeiger Nr. 97 vom 25. Mai 1968) abgewickelt. Es sind für

die am Handel beteiligten Unternehmen schwer durchschaubare und bürokratische Verfahren, die einen umständlichen administrativen Aufwand hervorrufen, der keineswegs geeignet ist, zur Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen und ihrer Struktur beizutragen. Es sind nach wie vor Lieferungen der DDR in irgendeiner Weise restriktiv betroffen.

Es existieren vor allem *Mengen- und Wertbegrenzungen*, d. h. *Kontingentierungen* für eine Vielzahl von Lieferpositionen der DDR. Diese Kontingentierungen begrenzen nicht nur die Struktur des *gegenwärtigen*, sondern auch des *zukünftigen* Warenaustausches. So bestehen bei wichtigen traditionellen Positionen des DDR-Exports Mengen- und Wertbegrenzungen, die nicht dem internationalen Trend nach Ausweitung der Warenströme entsprechen.

4. Fachverbände der bundesdeutschen Wirtschaft, die aufgrund ihrer Satzungen für die Preisgestaltung auf dem Markt der BRD eine gewisse Verantwortung tragen, gehen meist aus protektionistischen Gründen mit von ihnen initiierten *Preisprüfungsverfahren* beim Bundesamt für die gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt am Main, gegen DDR-Erzeugnisse vor. Seit Anfang 1980 wurden Verfahren gegen DDR-Erzeugnisse aller Art verstärkt praktiziert.

Mit derartigen Verfahren, die sich in den meisten Fällen letztendlich als haltlos erweisen, wird versucht, die Marktchancen der DDR-Erzeugnisse zu reduzieren, das Image der Produkte herabzusetzen und die Produzenten bzw. Lieferanten zu Maßnahmen beschränkenden Charakters zu veranlassen.

5. Es versteht sich von selbst, daß alle Absichten und Konzepte — die teilweise in einigen politischen Kreisen der Bundesrepublik vertreten werden, den Handel mit der DDR als politisches Druckmittel zu nutzen — weder Aussicht auf Erfolg haben noch in die politische und wirtschaftliche Landschaft passen, jedoch die politischen Rahmenbedingungen erschweren.

VI. Tendenzen, Probleme, Perspektiven

1. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind als Teil der Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern — wie gesagt — ein Bereich der Weltwirtschaft. Demzufolge wirken auf sie die Bedingungen einer sozialistischen Produktionsweise ein, und sie werden insbesondere durch die Wirtschaftspolitik der DDR mitbestimmt; jedoch sind sie zugleich von den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und vor allem den Bedingungen, die die westliche Weltwirtschaft bestimmen, deutlich geprägt. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wirken eine Anzahl von Prozessen aus der westlichen Weltwirtschaft auf den gegenseitigen Warenaustausch — Konjunkturschwankungen, Preisveränderungen vor allem bei Roh- und Brennstoffen sowie starke Dollarkurschwankungen — negativ ein. Ein zunehmender Konkurrenzfaktor kommt vor allem aus den Entwicklungsländern. Zu fürchten sind Verengungen des Marktes bei abflachender Konjunktur oder konjunktureller Talfahrt.

Künftig werden die Prozesse, die ihren Ursprung in den Integrationsentwicklungen Westeuropas bzw. in der Politik der Vollendung des EG-Binnenmarktes haben, einen großen Einfluß auf die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu den Ländern der EG, darunter auch der BRD, haben. Die DDR-Wirtschaft betrachtet dies sowohl als eine erhebliche Herausforderung als auch zugleich als eine große Chance, die es zu nutzen gilt. Es kann dem deutsch-deutschen Handel nur dienlich sein, wenn von ihm in den neunziger Jahren Schaden abgewendet wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nur zu begrüßen, wenn ein so hochgestellter Vertreter der Bundesregierung wie der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI), Franz Rösch, Ende 1988 erklärte, daß die rechtlichen Grundlagen des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs nach 1992 unverändert bestehen bleiben werden¹⁴⁾.

2. Im Interesse von Vorteilen, die sich aus dem wirtschaftlichen Austausch ergeben, aber zugleich auch im Interesse der Gesamtbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollte das Augenmerk gerade künftig darauf gerichtet sein, politische oder ökonomische Probleme, die die Wirt-

schaftsbeziehungen belasten könnten, zu minimieren. Wenn auch das spezifische Handelsregime bereits der wünschenswerten Normalität zwischen Ost und West in Europa am nächsten kommt (und z. B. weniger restriktive Züge aufweist als das sozialistischer Staaten zu EG-Ländern im allgemeinen), so darf auch hier die Festlegung im Abschlußdokument des KSZE-Treffens in Wien gelten, in Richtung einer Reduzierung der Handelshemmnisse weiter zu wirken. Zwar haben manche tarifäre bzw. nichttarifäre Hemmnisse ihre Relevanz verloren. Das Anomale im Handel zwischen den zwei Staaten ist aber eindeutig die Verweigerung der Meistbegünstigung, der Protektionismus und andere handelshemmende Beschränkungen nichttarifären Typs.

Hier bleibt für den Autor bei der Regierung in Bonn noch etlicher Nachholbedarf in Richtung Normalität erkennbar und damit Entscheidungsbedarf, um bestehende Handelsbarrieren abzutragen. Angesichts der geringen Marktanteile, die die DDR-Produkte auf dem bundesdeutschen Markt haben, sehen wir keinen ökonomischen Grund, an den Handelsbeschränkungen festzuhalten. Zu begrüßen sind aus dieser Sicht Auffassungen von Bundestagsabgeordneten, die eine Ergänzung der von ihnen gewürdigten DDR-Aktivitäten, markt- und preisgerechte Produkte für den bundesdeutschen Markt anzubieten, „durch den Abbau von Handelshemmnissen“ verlangen¹⁵⁾. Im übrigen wäre es ja sehr gut möglich, als Marktstörung empfundene Situationen, die ohnehin nur ein punktuelleres Erscheinungsbild darstellen könnten, im Gespräch zwischen den Beauftragten der beiden Regierungen vertrauensvoll zu besprechen.

Faktoren wirtschaftlicher Unsicherheit auszüräumen, liegt letztendlich im Interesse aller. Der Gesamtumsatz würde sicher steigen. Denn: Die Exporteure in der Bundesrepublik hätten größere Chancen für Ausfuhren in die DDR, würden sie ihrerseits unseren Kombinat- und Betrieben noch bessere Bedingungen zum Absatz von Erzeugnissen auf dem hiesigen Markt bieten. Die DDR wäre sicher unter diesen Bedingungen zu mehr Importen bereit. Doch auch hier zeigt sich zugleich ein Politikum: Entspricht es etwa dem Geist unserer neuen Ära, da wir beginnen, uns nicht mehr durch einen Zaun von Raketen der verschiedensten Typen und Reichweiten zu beargwöhnen und den Prozeß konventioneller Rüstungsreduzierung einzuleiten, wenn wir uns noch immer durch einen Wust von

¹⁴⁾ Eine Darlegung der Rechtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unter Berücksichtigung der Unantastbarkeit des Status der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen geben vor allem: R. Morawitz, Der innerdeutsche Handel und die EWG nach dem Grundvertrag, in: Europa-Archiv, (1973), S. 353 ff.; Beutler/Bieber/Piepkorn/Streil, Die Europäische Gemeinschaft — Rechtsordnung und Politik, ebenda, S. 528.

¹⁵⁾ Vgl. E. Lintner/M. v. Schmude, CDU/CSU-Pressedienst, Bonn, 19. 4. 1988.

Kontingenten, Zöllen, Kontrollbarrieren und anderen künstlichen Handelshemmnissen hindurchzuarbeiten haben? Sollte nicht vielmehr auch hier zur Lösung werden: Nun auch Null-Lösungen bei Handelshemmnissen, was durchaus ein Fortschreiten von Null- zu Nulllösungen bedeuten kann? Sollte nicht die Innenliberalisierung im EG-Binnenmarkt mit einer Außenliberalisierung Hand in Hand gehen? Was ohnehin für einen gesamteuropäischen Markt, der solche Elemente wie den EG-Binnenmarkt und einen vereinigten Markt der RGW-Länder eines sicher noch fernen Tages einschließen würde, anzustreben wäre — sollte dies nicht weit aus früher für die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gelten können?

3. Die Bedingungen für einen gleichen und möglichst freien Zugang der beiden deutschen Staaten zu den neuen Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zu schaffen, ist ein Erfordernis florierender internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Selbstredend wäre es das beste, an die Stelle einer destruktiven Abkoppelungsstrategie durch CoCom und den US-Export Administration Act einen Technologietransfer ohne künstliche Barrieren zu setzen. Doch wäre es schon ein Schritt in die richtige Richtung, als eine Maßnahme zur Belebung des Technologietransfers bei gleichzeitigem Aufbau von ökonomischer Sicherheits- und Vertrauensbildung z. B. „Technologiekontrollen vor Ort“ nach solchen Prinzipien zuzulassen, wie sie auf der Stockholmer KVAE-Konferenz vereinbart wurden¹⁶⁾. USA-Lieferverbote oder CoCom-Sanktionen würden dann — selbst wenn man den einseitigen westlichen Argumenten folgte — hinfällig werden. Was bei der Kontrolle strategisch so sensibler Objekte wie Raketenabschußrampen, Silos, Rüstungsfabriken usw. als möglich und wünschenswert akzeptiert wird, sollte in einigen wichtigen Bereichen zivil verwendeter Technologie doch erst recht nicht auszuschließen sein. Es sei an dieser Stelle nur noch an das Beispiel der Kontrolle friedlicher Nutzung der Kernenergie durch die IAEA oder in anderen Bereichen erinnert.

4. Den bestehenden Handelsbeschränkungen ist es zu einem erheblichen Teil zuzuschreiben, daß es noch immer Schwächen in der Warenstruktur des Handels gibt und ein erheblicher Teil der gehandelten Waren Roh- und Brennstoffe oder Halbfabrikate sind. Jedoch hat der Handel — wie auch in der Bundesrepublik registriert wurde — in der letzten Zeit auf einer Anzahl von Gebieten an Qualität gewonnen, und zwar auch infolge seiner strukturell

verbesserten Warenströme. Allerdings ist dies offenbar nicht ausreichend. *Ähnlich der Struktur des gesamten Ost-West-Handels entspricht auch die Struktur des Außenhandels zwischen der DDR und der BRD offensichtlich noch nicht dem wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potential beider Seiten und enthält damit durchaus Möglichkeiten der weiteren Entwicklung.* Insgesamt zeigen die Strukturen der Importe und Exporte, daß die Warenstruktur zwischen beiden Ländern in ihrer weiteren Entwicklung noch immer einer wesentlichen qualitativen Verbesserung bedarf. Hier ist die Exportindustrie der DDR sicher in erster Linie stark gefordert, wie auf den Beratungen und in den Beschlüssen entsprechender Gremien der politischen Führung der DDR deutlich festgelegt wurde.

5. Der Handel zwischen den beiden deutschen Staaten sieht vom Grundsatz eine Ausgewogenheit zwischen Lieferungen und Bezügen vor. Es gab Phasen, wo die Lieferungen der DDR die Gegenlieferungen übertrafen, z. B. 1984 (um 1,34 Milliarden Mark), in jüngster Zeit hat sich wieder ein Negativsaldo zu Lasten der DDR entwickelt, 1988 war der Trend wiederum anders. Eine längerfristige Ausgeglichenheit der Bilanzen verlangt noch mehr Anstrengungen der DDR und zugleich eine deutlichere Öffnung des bundesdeutschen Marktes für DDR-Erzeugnisse. Richtig ist die Feststellung der Bundestagsabgeordneten E. Lintner und M. v. Schmude, daß „neben der gesamten Weiterentwicklung des Handels vor allem die Bezüge aus der DDR zu erhöhen seien“¹⁷⁾.

6. Zunehmend an Bedeutung im Wirtschaftsverkehr der DDR mit der BRD gewinnen die *Kooperationsbeziehungen*, die in den letzten Jahren auch eine größere Vielfalt erlangten. Der Ausbau der Kooperationsbeziehungen ist ein erklärtes langfristiges wirtschaftspolitisches Ziel der Führung der DDR¹⁸⁾. Aus jüngerer Zeit ist dabei als Beispiel die *industrielle Kooperation* hervorzuheben, und zwar mit dem VW-Werk über die arbeitsteilige Produktion von Alpha-Motoren, die kooperative Fertigung von mechanischen Teilen und Baugruppen für die Mikroskopie mit High Tech Saarbrücken sowie die Produktion von Zahnröntgengeräten Helidont

¹⁷⁾ E. Lintner/M. v. Schmude (Anm. 15).

¹⁸⁾ E. Honecker sagte in einem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“: „Wir sind für den Ausbau der Kooperationsbeziehungen. Es gibt keinen sachlichen Grund, dies nicht zu tun. Auch eine Zusammenarbeit zwischen Firmen der DDR und der BRD liegt im beiderseitigen Interesse“; vgl. Neues Deutschland vom 13. 11. 1985, und „Handel und Zusammenarbeit im Dienste des Weltfriedens“, Erklärung von G. Beil, Minister für Außenhandel der DDR, vor dem Plenum der VII. Tagung der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), in: Außenpolitische Korrespondenz, Nr. 29 vom 24. 7. 1987, S. 225.

¹⁶⁾ Vgl. die Erklärung des DDR-Außenhandelsministers Dr. Gerhard Beil auf der Konferenz des US-Institute for East-West Security Studies in Potsdam, Juni 1988.

im VEB TuR Dresden für die Siemens AG. Bei den *Kooperationen auf dritten Märkten* ist als Beispiel die Zusammenarbeit bei der Modernisierung des Verkehrswesens in Griechenland zu nennen mit Lieferungen von AEG und der DDR.

Erhöht hat sich die Entwicklung der sogenannten *Gestattungsproduktion*, d. h. der Produktion von Markenartikeln der bundesdeutschen Industrie durch DDR-Betriebe. Zu ihnen gehören beispielsweise solche bekannten Erzeugnisse wie Salamander-Schuhe, Triumph-Bekleidung, Trinkfix, Underberg, Varta-Batterien, Schwarzkopf- und Margaret-Astor-Kosmetik, Nivea, Blaupunkt Autosuper sowie Erzeugnisse von Adidas und Schießer.

Wichtige *Kompletierungen* im Rahmen der Kooperation mit DDR-Kombinaten kommen aus der bundesdeutschen Wirtschaft, so elektronische Anlagen von Siemens für Walzstraßen in Nachterstedt sowie für Werkzeugmaschinen und medizinische Ausrüstungen; ferner CAD/CAM-Anlagen für den DDR-Schwermaschinenbau und Werkzeugmaschinenbau. Die Siemens-Tochter KWU liefert Reaktorprüfsysteme. Die Linde AG ist in Kooperation mit der chemischen Industrie der DDR im Geschäft und erhält Rücklieferungen von Werkzeugmaschinen an die Linde-Bearbeitungszentren.

Die Kooperationserfahrungen mit der DDR werden gerade von der bundesdeutschen Wirtschaft hoch eingeschätzt. Jedoch muß man in Rechnung stellen, daß wir, an internationalen Maßstäben gemessen, erst am Anfang stehen¹⁹⁾.

Überragendes Kriterium ist auch aus wissenschaftlicher Sicht stets der ökonomische Nutzen, der mit einer bestimmten Form realisiert werden kann. Dazu kommt die Wahrung der gleichberechtigten Beteiligung und Souveränität aller Partner. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus westlichen Ländern muß sich in die von der DDR anvisierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele einfügen.

Unsere Erfahrungen lehren ferner, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit, insbesondere bei höherentwickelten Formen, eine Periode gegenseitigen Kennenlernens der Partner voraussetzt, komplementäre wissenschaftlich-technische Potenzen auf beiden Seiten verlangt, Risikobereitschaft wie Vertrauen erfordert, stabile Spielregeln der Zusammenarbeit und korrekte gegenseitige Informationen notwendig macht, eines schrittweisen Vorgehens bedarf, sowie häufig die Verknüpfung verschie-

¹⁹⁾ Siehe dazu auch L. Maier, Die Ost-West-Kooperation und die ökonomische Sicherheit, in: *Industrie- und Handels-Revue*, (1988) 4, S. 13 ff. Vgl. ferner den Beitrag von H. Lambrecht in diesem Heft, S. 15–27.

dener Kooperationsformen zweckmäßig macht. In der Entwicklung von Kooperationsbeziehungen, die jene vielfältigen Formen einschließt, für die ein gemeinsames Interesse gefunden werden kann, liegt eine Chance für das kommende Jahrzehnt. Dazu gehört auch die *wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit* (auch know how, Patente, Lizenzen).

7. Handel und Kooperation werden die Möglichkeiten erweitern können, wenn zugleich neue Felder und Bereiche in die Zusammenarbeit deutlicher einbezogen werden, vor allem die Gebiete moderner Technik. Dazu könnten — um nur einige zu nennen — die Energiewirtschaft, die Umwelttechnologien, das Verkehrswesen, die Dienstleistungssphäre in einer breiten Skala, die ingenieur-technischen Leistungen, Consulting, Software, Information, Kommunikation und Tourismus gehören.

Es ist günstig, wenn das Angebot der Akademie der Wissenschaften der DDR mit ihren mehr als 50 angeschlossenen Forschungsinstituten, mit der bundesdeutschen Wirtschaft zusammenzuarbeiten, als interessant gewertet wird²⁰⁾. Diese größte Einrichtung der Grundlagen- und angewandten Forschung der DDR bietet bundesdeutschen Firmen aus ihrem Leistungsangebot an: Lizenzen und know how, Beratungen, Gutachten, Testungen, Erarbeitung von Studien und Projekten, Übernahme von Forschungsaufträgen, medizinische Leistungen, Entsendung von Gastdozenten und Experten, Erkundungsarbeiten und wissenschaftliche Informationsleistungen.

Aber ganz allgemein gilt hier für qualitativ neue Felder und Kooperationsformen, daß die bundesdeutsche Wirtschaft eine höhere Bereitschaft, die Regierung in Bonn sicher mehr Engagement zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen — im weiteren Sinne des Wortes — zeigen müßten; die DDR-Wirtschaft wiederum hätte die eigenen Anstrengungen, die erforderlich sind, um unsere ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen als Partner in der internationalen Wirtschaftskooperation weiter zu vergrößern, zu intensivieren.

8. Jetzt und künftig geht es weiter darum, die Festlegungen, die anlässlich des BRD-Besuches Erich Honeckers im September 1987 getroffen wurden, Stück für Stück in die Tat umzusetzen. Dies ordnet sich in die Grundorientierung ein: das erreichte Positive zu bewahren und weiter auszubauen. Auf einer Anzahl von Gebieten gibt es positive Ergeb-

²⁰⁾ Vgl. Lintner/M. v. Schmude (Anm. 15).

nisse, auf anderen ist der Realisierungsstand unterschiedlich²¹⁾).

Besonders bemerkenswert sind die bereits in der Realisierungsphase bzw. noch in der Vorbereitung befindlichen, jedoch anvisierten Großprojekte zwischen beiden deutschen Staaten, die zudem auch noch in einer Anzahl von Fällen Berlin-West betreffen. Dazu gehören das Vorhaben über den Bezug und die Lieferungen im Bereich der Energie, Projekte des Post- und Fernmeldewesens und zur Verbesserung des Verkehrswesens (Elektrifizierung einer Schnellverkehrsstrecke Berlin-Hannover, die Rekonstruktion der Autobahn Hof-Plauen), Großvorhaben im Bereich des Tourismus (z. B. Bau des Dom-Hotels in Berlin) und Umweltschutzregelungen. Diese bilateralen Aktivitäten — und darin besteht ein Sinn, der über einen deutsch-deutschen Nutzen weit hinausgeht — sind nicht zuletzt Teil von großen gesamtkontinentalen Projekten wie eines gesamteuropäischen Stromverbundes, Verkehrsinfrastrukturvorhaben für Europa oder Ländergrenzen übersteigende Umweltschutzprogramme.

In Fortsetzung der Ergebnisse der KSZE-Staatenkonferenz in Wien und der weiteren Entwicklung dieser Prozesse z. B. auf einer Wirtschaftskonferenz für Europa 1990 sind gerade konstruktive

Schritte gefragt, die hier auf bedeutenden Teilgebieten von beiden deutschen Staaten gegangen werden.

9. Eine *neue Qualität in der Institutionalisierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen* bietet die vorgeschlagene Bildung einer gemischten Kommission zur Beratung längerfristiger Entwicklungen in der ökonomischen Zusammenarbeit, ohne etwa bewährte Praktiken, Organe und Methoden zu ignorieren. Hier kann man sich gut vorstellen, daß in einer derartigen Institution nicht nur die Spitzen der Wirtschaftspolitik, sondern auch die Praktiker der Wirtschaft aus beiden deutschen Staaten selbst sowie ausgewiesene Experten den Dialog führen und Linien für die weitere Zusammenarbeit in konstruktivem Geist und auf lange Sicht abstecken.

10. Sicher geht es jetzt nicht mehr um die Fixierung neuer Rahmenbedingungen im wirtschaftlichen Bereich zwischen beiden deutschen Staaten oder deren Abschluß. Ein wesentliches Anliegen ist künftig vielmehr die Realisierung bestehender vertraglicher Regelungen zum gegenseitigen Vorteil und frei von Diskriminierungen; die Realisierung insbesondere auch jener Abkommen, die während des offiziellen Besuchs Erich Honeckers im anderen deutschen Staat abgeschlossen worden sind unter Beachtung völkerrechtlicher Prinzipien.

VII. Die DDR — ein zuverlässiger und berechenbarer Partner

Auch in den Wirtschaftsbeziehungen zur BRD ist die DDR ein zuverlässiger und berechenbarer Partner. Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages werden Leistungskraft, Effektivität, Flexibilität und die an den Herausforderungen des Weltmarktes orientierte Exportfähigkeit der Produktion gesteigert, einschließlich der Erfordernisse, die gerade ein so anspruchsvoller Markt wie der der BRD verlangt. Führende Repräsentanten der DDR haben darauf wiederholt verwiesen²²⁾. Die DDR ist dabei darauf orientiert, keine *einseitigen* Abhängigkeiten zuzulassen, die die andere Seite zu Erpressungen und Pressionen gegen die DDR zu nutzen imstande wäre. Auf dem XI. Parteitag der SED wurde beschlossen, die Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern unter der Bedingung zu entwickeln, selbst unangreifbar zu

sein, den gegenseitigen Vorteil und die Gleichberechtigung in den gegenseitigen Beziehungen zu sichern.

Sicheres Fundament für unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern — unter ihnen die BRD — ist die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern, wodurch eine politisch unabhängige Entwicklung der DDR als sozialistischer Staat gewährleistet wird. So nahmen die Mitgliedsländer des RGW 1986 einen Anteil von 65 Prozent, darunter die Sowjetunion von fast 40 Prozent, an ihrem Außenhandel ein. Hierbei bildet der Markt der RGW-Länder für die DDR die Grundlage für den kontinuierlichen Bezug volkswirtschaftlich notwendiger Roh- und Brennstoffe sowie von modernen Maschinen, Ausrüstungen und Technologien. Gleichzeitig stellt er eine stabile Basis für den Absatz qualitativ hochwertiger Erzeugnisse der DDR-Industrie dar, so z. B. für nahezu 40 Prozent aller in der DDR produzierten Maschinen und Ausrüstungen. Durch die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomi-

²¹⁾ Vgl. M. Schmidt, Für eine weitere Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen in ganz neuer Qualität. Interview, in: Industrie- und Handels-Revue, (1988) 1.

²²⁾ Vgl. die Direktive des XI. Parteitages der SED (Anm. 4), S. 115.

schen Integration, die erfolgreiche Verwirklichung des Komplexprogramms des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind auch weiterhin, wie es der XI. Parteitag der SED hervorhob, die „Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung . . . für die Volkswirtschaft der DDR zur weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit, der Stärkung des Wirtschaftspotentials, zur schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie beim ra-

tionelleren Einsatz und zur Einsparung aller Arten von Ressourcen wirksam zu nutzen“²³⁾.

Diese Politik reiht sich in die große Aufgabe unserer Zeit ein, um damit der Realisierung einer Konzeption internationaler ökonomischer Sicherheit im Rahmen eines Systems genereller Sicherheit und des Friedens zu entsprechen.

²³⁾ Ebenda.

Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre

Das Jahr 1989 läßt allenthalben zur Rückschau ein. Unter dem Motto „Vierzig Jahre nach Staatsgründung“ werden uns Artikel aus beiden deutschen Staaten überfluten — es muß mal wieder Bilanz gezogen werden! Der folgende Beitrag versteht sich so nicht. Er ist der Versuch, den gegenwärtigen Zustand der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen

vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung zu schildern und die Perspektiven dieser Beziehungen aus heutiger Sicht einzuschätzen. Sich hier so zu beschränken, scheint um so gerechtfertigter, als in dieser Publikationsreihe vor einigen Jahren ein grundsätzlicher Beitrag mit historischem Rückblick zu diesem Thema erschienen ist¹⁾.

I. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen: Ein Bild mit vielen Facetten

Ein sorgfältiger Beobachter der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen hat derzeit Schwierigkeiten, die Lage auf diesem Sektor, vor allem aber seine Zukunftsaussichten, zu beurteilen: Zu viel unterschiedliche Informationen liegen vor, das Bild ist sehr facettenreich und ein Urteil hierüber kaum auf einen Nenner zu bringen.

Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Handel sind derzeit ausgesprochen positiv²⁾, die ökonomischen dagegen negativ. Dies ist anders als zu Beginn der achtziger Jahre; deshalb sind heute restriktive Einflüsse auf die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen eher aus wirtschaftlichen Faktoren zu erwarten. Denn es gilt nach wie vor ein Grundsatz des Handels zwischen den beiden deutschen Staaten: Die Expansionsfähigkeit ihres Güteraustausches wird letztendlich von der Leistungskraft der DDR, des wirtschaftlich schwächeren Partners, bestimmt. Leider ist aber festzustellen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der

DDR — u. a. im Vergleich zu den Schwellenländern — sich langfristig nicht verbessert, sondern eher abgenommen hat. Zudem sieht es heute zumindest so aus, als ob die DDR in eine Phase abgeschwächten wirtschaftlichen Wachstums hineinsteuert und deshalb noch zusätzlich Schwierigkeiten bei der Warenbereitstellung für ihren „Westexport“ in den nächsten Jahren bekommen wird³⁾.

Die Signale aus dem politischen Raum sind indes allesamt in positiver Richtung gestellt: Die von Erich Honecker seit Jahren unbeirrt verfolgte Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten hat durch die Abrüstungs- und Entspannungspolitik von Gorbatschow neue Impulse erfahren. Beim Besuch des ersten Mannes der DDR in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987 wurden Bereiche künftiger Zusammenarbeit genannt, und es wurde nicht zuletzt von höchster Stelle auf beiden Seiten unterstrichen, daß der Handel zwischen beiden deutschen Staaten ein „wichtiges stabilisierendes Element der Gesamtbeziehungen“⁴⁾ sei.

Diese Erkenntnis oder dieses Bekenntnis hat es zwar schon früher gegeben, durch die Aufnahme dieser Formulierung in das Abschlußkommuniqué dieser Begegnung, die von der DDR als Eintritt in

¹⁾ Vgl. Horst Lambrecht, Der Innerdeutsche Handel — ein Güteraustausch im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/82.

²⁾ An dieser Einschätzung ändert — nach Auffassung des Autors — auch die Tatsache nichts, daß es in jüngster Zeit gewisse Rückschläge in dem sehr sensiblen deutsch-deutschen Verhältnis gab. Diese Klimaabkühlung ist durch Ereignisse entstanden wie die die DDR störenden — demonstrativen — Erklärungen und Berichte über eine dort prinzipiell reformunwillige Politik, eine handlungsunfähige, weil überalterte Führungsschicht und Forderungen nach dem Abriß der Mauer in Berlin, auf die die DDR-Führung ihrerseits überreizt reagierte. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, daß solche Irritationen immer wieder überwunden werden konnten und den langfristigen Prozeß der politischen Klimaverbesserung nicht abgestoppt haben.

³⁾ Vgl. hierzu Doris Cornelsen, DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1988, in: Wochenbericht des DIW, (1988) 30; dies., Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89, in: Wochenbericht des DIW, (1989) 5.

⁴⁾ Vgl. Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1988, S. 40.

eine neue Phase der deutsch-deutschen Beziehungen gewertet wird, ist der besondere Rang der wirtschaftlichen Kontakte aber endlich von beiden Seiten gebührend anerkannt worden⁵). Es bleibt zu hoffen, daß dies den Beteiligten Mut macht und ihre Phantasie beflügelt, damit hieraus Impulse für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen erwachsen. Dies ist besonders für die DDR wichtig, weil man sich dort erst allmählich von dem Klischee zu befreien beginnt, daß der Handel mit dem „Klassenfeind“ etwas Suspektes sei, aufgrund ökonomischer Notwendigkeit zwar Unvermeidbares, aber auf alle Fälle etwas, das in Grenzen zu halten sei. Im übrigen dürfe nie übersehen werden, daß der „Klassenfeind“ die Wirtschaftsbeziehungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Schadenszufügung sehe und praktiziere und sie außerdem im Vorfeld dieser Strategie als Instrument der Erpressung einsetze.

Solche Denkschablonen des Kalten Krieges, auf die Wirtschaftsbeziehungen ausgedehnt, hat es auch im Westen gegeben (Motto: Wir stützen ein mißliebiger gesellschaftliches System, halten es an der Macht, helfen, es attraktiver zu machen etc.). Sie haben sich hier allerdings nicht so lange gehalten; schon in den sechziger Jahren kam dieses Denken ins Wanken, und es konnte im Innerdeutschen Handel schon zur Zeit der Großen Koalition überwunden werden.

Danach gab es in der politischen Auseinandersetzung um dieses Thema kräftige Rückschläge, weil die damalige Opposition (CDU/CSU) offensichtlich glaubte, hier aus taktischen Gründen parteipolitisches Kapital schlagen zu können, indem sie die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition, insbesondere die Ostverträge, sowie eine konstruktive Handelspolitik gegenüber der DDR bekämpfte. Dies hat indirekt Wirkung erzielt: Es stellte die sozialdemokratischen Kanzler unter den Verdacht, „mit dem Osten zu paktieren“, was die sozialdemokratisch geführten Regierungen zur Vorsicht in ihrer Deutschlandpolitik, vor allem in Sachen Zugeständnisse in der Handelspolitik gegenüber der DDR veranlaßte. Diese innenpolitische Kontroverse war mit ein Grund dafür, daß die Handelspolitik der sozial-liberalen Koalition hinter der ihrer Vorgängerregierung zurückblieb. Sicher ist auch, daß ein sozialdemokratischer Kanzler es nie gewagt hätte oder hätte wagen können, einem Milliardenkredit für die DDR (wie im Juli 1983 und im Juli 1984 zweimal geschehen) zuzustimmen⁶).

⁵) Z. B. vom Bundeskanzler im Bericht zur Lage der Nation Anfang 1985; vgl. hierzu Stenographischer Bericht der 122. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 27. Februar 1985.

Auch an der Geschichte des Swings läßt sich der unterschiedliche Grad der Courage in Sachen Handelspolitik gegenüber der DDR ablesen. Die bislang handelsfreundlichste Regelung war der von der Großen Koalition geschaffene dynamische Swing. Er galt von 1969 bis Ende 1975. Hiernach betrug der Kreditrahmen jeweils 25 v. H. der Lieferungen der DDR im vorausgegangenen Jahr. Er wurde von der sozial-liberalen Regierung Schmidt/Genscher durch ein festes Kreditlimit von 850 Mill. Verrechnungseinheiten (VE = DM)⁷) abgelöst, das von Anfang 1976 bis Ende 1982 galt. Danach wurde von der gleichen Bundesregierung (als eine Art „Strafkation“) eine schrittweise Reduzierung des Swing auf 600 Mill. VE bis 1985 festgelegt. Die derzeitige – bis Ende 1990 – geltende Regelung sieht wieder einen Festbetrag von 850 Mill. VE vor.

Die durch die damalige Opposition herbeigeführte unglückliche Situation der Polarisierung, die zu übertriebener Rücksichtnahme auf längst überholte politische Positionen führte, war Anlaß, seinerzeit folgendes zu schreiben: „Unter diesen Bedingungen wird es in der Bundesrepublik um so mehr darauf ankommen, die ohnehin starke emotionale Belastung der Handelspolitik gegenüber der DDR nicht noch zu vergrößern. Der Innerdeutsche Handel ist und bleibt ein sehr wichtiger Bestandteil der deutsch-deutschen Beziehungen; er ist – wie diese – ein zu sensibles Gebilde, als daß leichtfertig mit ihm umgegangen werden sollte. Ein verantwortungsbewußtes, d. h. nicht zuletzt sachkundiges und emotionsfreies Herangehen an diese Fragen könnte dazu beitragen, die ohnehin schwierigen deutsch-deutschen Beziehungen nicht noch zusätzlich zu belasten.“⁸)

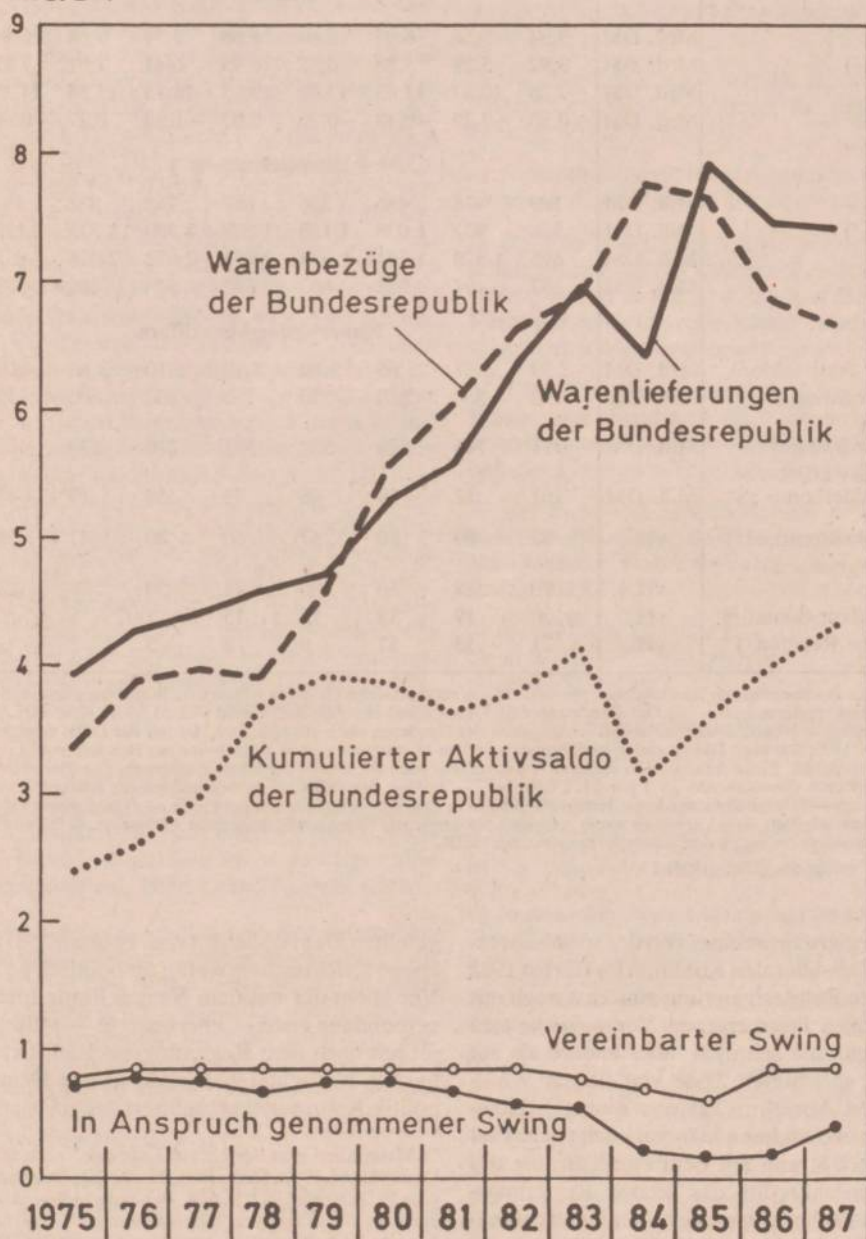
⁶) Hierzu schrieb Fritz Ullrich Fack in seinem Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15. Juli 1983: „Die Sozialliberalen von chedem wären für eine solche Aktion in der Luft zerrissen worden, hat man gesagt.“ Und die eigene Position darstellend schreibt er dann: „Sagen wir es rund heraus und ohne Umschweife: Ein solcher Kredit von Brandt, Bahr, Vogel oder selbst Schmidt ausgereicht, hätte jedenfalls im Sommer dieses Jahres unseren Beifall nicht gefunden. Denn was bei Kohl eine durchdachte Doppelstrategie ist und vor allem auf dem festen Fundament des Stationierungsbeschlusses für die Pershing-II-Raketen steht, wäre bei der SPD, so wie sie sich seit etwa zwei Jahren darstellt, doch nur wieder zu einer Demutsgeste gegenüber der DDR geworden.“

⁷) Die VE entspricht ihrem Wert nach der DM. Sie ist indes von ihrem Verwendungszweck her nicht mit dieser identisch, da sie – anders als die DM – für die DDR nicht frei verfügbar ist, sondern nur im Innerdeutschen Handel als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann. Die VE ist also für die DDR ihrem ökonomischen Gehalt nach eine „Hart-Devisenwährung“, allerdings eine mit eingeschränkter Verfügbarkeit.

⁸) H. Lambrecht (Anm. 1), S. 17.

KENNZIFFERN ZUM INNERDEUTSCHEN HANDEL

Mrd. DM



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 6, Bundesanzeiger und Pressemitteilungen des Bundesministeriums für Wirtschaft.

DIW 88

Tabelle 1: Kennziffern zum Innerdeutschen Handel

	Einheit	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Warenverkehr¹⁾										
Bezüge ²⁾	Mrd. DM	3.34	5.58	6.05	6.64	6.88	7.74	7.64	6.84	6.65
Lieferungen ²⁾	Mrd. DM	3.92	5.29	5.58	6.38	6.95	6.41	7.91	7.45	7.41
Umsatz	Mrd. DM	7.26	10.87	11.63	13.02	13.83	14.15	15.54	14.30	14.06
Saldo	Mrd. DM	0.58	-0.29	-0.48	-0.26	0.07	-1.34	0.27	0.61	0.76
Dienstleistungen³⁾										
Bezüge ²⁾	Mill. DM	169	438	486	536	867	752	822	860	826
Lieferungen ²⁾	Mill. DM	526	932	1 038	1 138	1 209	1 300	1 273	1 197	1 114
Umsatz	Mill. DM	695	1 370	1 524	1 674	2 076	2 052	2 095	2 057	1 940
Saldo	Mill. DM	357	494	552	602	342	548	450	338	288
Finanzierungskennziffern										
Kumulierter Aktivsaldo ⁴⁾	Mrd. DM	2.39	3.87	3.65	3.80	4.10	3.10	3.60	4.00	4.30
Vereinbarter Swing	Mill. DM	790	850	850	850	770	690	600	850	850
In Anspruch genommener Swing ⁵⁾	Mill. DM	711	745	676	582	543	210	170	185	402
Zahlungen der DDR über das Sonderkonto „S“ ⁶⁾	Mill. DM	161	12	19	66	73	54	19	64	50
Relativer Schuldenstand ⁶⁾	vH	72	69	60	57	60	40	47	58	65
Ausnutzungsgrad des Swings ⁷⁾	vH	90	88	80	68	71	30	28	22	47
Swingfinanzierungsanteil ⁸⁾	vH	30	19	19	15	13	7	5	5	9
Swing-Bezüge-Relation ⁹⁾	vH	21	13	11	9	8	3	2	3	6

¹⁾ Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes. Sie weichen aus methodischen Gründen von den im Bundesanzeiger veröffentlichten Angaben der Bundesregierung ab. — ²⁾ Der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). — ³⁾ Konto III des Berliner Abkommens: Bezüge = passive Dienstleistungen = Ausgaben der Bundesrepublik einschließlich der mit der DDR vereinbarten Postpauschale (1983–1990: 200 Mill. DM jährlich); Lieferungen = aktive Dienstleistungen = Einnahmen der Bundesrepublik. — ⁴⁾ Aktivsaldo der Bundesrepublik, Finanzierungssaldo aus dem Warenverkehr nach den Daten der Bundesregierung, den Dienstleistungen und dem Barzahlungskonto (Sonderkonto „S“) per 31. Dezember. — ⁵⁾ Von der DDR im Jahresdurchschnitt tatsächlich in Anspruch genommener Swing. — ⁶⁾ Verhältnis von kumuliertem Aktivsaldo zu den Warenbezügen aus der DDR. — ⁷⁾ In Anspruch genommener Swing in vH des vereinbarten. — ⁸⁾ Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zum kumulierten Aktivsaldo. — ⁹⁾ Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zu den Warenbezügen aus der DDR.

Quelle: Wochenbericht des DIW. (1988) 11.

Nach dem Regierungswechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Koalition im Herbst 1982 hatte die neue Bundesregierung zunächst noch mit den Belastungen ihrer eigenen Vergangenheit zu kämpfen. Denn die schrillen, alles andere als auf Kooperation gerichteten Töne von Jürgen Wöhrbe, Manfred Abelein, Olaf von Wrangel, Heinrich Lummer und anderen klangen noch nach. Erst als Franz Josef Strauß mit dem Paukenschlag des ersten Milliardenkredits das jetzige Regierungslager auf den Boden einer sachlichen Deutschlandpolitik zurückzwang, waren die Weichen auch für eine vernünftige Handelspolitik gegenüber der DDR gestellt.

Über die beiden Milliardenkredite an die DDR ist in den von der Bundesregierung herausgegebenen „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im

geteilten Deutschland“ (vom Februar 1987) u. a. zu lesen: „Nicht zuletzt waren sie politisch bedeutsam: Vor allem der mit dem Namen Franz Josef Strauß verbundene erste — unerwartete — Milliardenkredit hat nach dem Regierungswechsel statt der vielerseits befürchteten Wende in der Deutschlandpolitik Kontinuität signalisiert.“⁹⁾

⁹⁾ Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987; Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11 vom 18. Februar 1987, S. 634. Der erste Milliardenkredit war auch aus einem anderen, innenpolitischen Grund von längerfristiger Bedeutung: Er führte zum Austritt der Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt aus der CSU. Sie gründeten zusammen mit Franz Schönhuber im November 1983 in der „Bräupfanne“ zu München die Rechtspartei „Republikaner“. Schönhuber verdrängte seine Mitgründer aus der Partei. Sie erzielte ihren ersten spektakulären Erfolg bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin (am 29. Januar 1989), indem sie mit mehr als 7 v. H. der Stimmen in ein Landesparlament einzog.

Diese Zusammenhänge noch einmal aus einer Gesamtschau reflektierend, konnte Mitte der achtziger Jahre bereits festgestellt werden: „Von den politischen Rahmenbedingungen her bestehen bessere Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung des Innerdeutschen Handels als je zuvor. Das betrifft das Verhältnis beider deutscher Staaten untereinander ebenso wie die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik gegenüber Fragen des Verhältnisses zur DDR. In der Bundesrepublik gibt es heute einen breiten Konsens über die politischen Parteien und über Regierungsbündnisse hinweg, die Beziehungen zur DDR in einer sachlichen, vernünftigen und kooperativen Weise zu gestalten. Das ist ähnlich wie zu Zeiten der Großen Koalition, und es ist anders als zu Zeiten des sozialliberalen Bündnisses: Die sozialliberale Koalition war in ihrer Ost- und Deutschlandpolitik ständigen Angriffen und Verdächtigungen seitens der damaligen Opposition und seitens der dieses politische Spektrum stützenden Presse ausgesetzt; sicher hat diese Tatsache auch dazu beigetragen, daß die damalige Bundesregierung in ihrer Deutschlandpolitik und in den Fragen der Handelsbeziehungen zur DDR so zögerlich verfahren ist. Nachdem das Verhältnis zur DDR mit der Anerkennung und der Vertragspolitik der siebziger Jahre auf eine vernünftige Grundlage gestellt ist, und nachdem die jetzige Bundesregierung die Deutschlandpolitik ihrer Vorgängerinnen offensichtlich fortzuführen bereit ist, bestehen von der politischen Seite her heute bessere Voraussetzungen auch für eine konstruktive Handelspolitik, als dies selbst zu Zeiten der Großen Koalition möglich war.“¹⁰⁾

Es gibt in letzter Zeit eine Reihe ermutigender Meldungen über abgeschlossene oder in Verhandlung befindliche Projekte, ebenso Nachrichten über angeregte Vorhaben oder eine in Aussicht gestellte Gesprächsbereitschaft. Hierzu gehören nicht zuletzt:

- die im Abschlußkommuniqué des Honecker-Besuchs angesprochene Eisenbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin, über die seit September 1988 verhandelt wird, sowie das inzwischen unterzeichnete Abkommen über die Lieferung von Strom aus dem Bundesgebiet nach Berlin (West) und in die DDR (ab 1989)¹¹⁾. Damit sind sowohl Berlin (West) als auch die DDR in den westeuropäischen Stromverbund einbezogen;

- der Verkauf von Air-Bus-Flugzeugen an die DDR (einschließlich des Wartungsvertrages für diese Maschinen);

- der Bau des „Dorn-Hotels“ in Ost-Berlin als eine Art Pilotprojekt für künftige touristische Vorhaben;
- das Pannenhilfe-Abkommen auf den Transitstrecken¹²⁾;
- das Abkommen zum Erhalten historischer Bauten¹³⁾;
- die Vereinbarung über die Einrichtung eines zusätzlichen Grenzübergangs für den Transitverkehr im Süden Berlins¹⁴⁾;
- Vereinbarungen über einen Gebietsaustausch zwischen der DDR und Berlin (West)¹⁵⁾;
- die Bereitschaft der DDR, über die Elbe-Verschmutzung auch ohne Anerkennung der Grenzregelung zu verhandeln, d. h. dem Einstieg in die Verhandlungen über die Elbsanierung ohne politische Vorbedingungen zuzustimmen¹⁶⁾;
- Gespräche über Fernwärmelieferungen aus Ost-Berlin und Gedanken über eine Regelung des deutsch-deutschen Flugverkehrs, der Zusammenarbeit der Flughäfen Tegel und Schönefeld¹⁷⁾;
- der bevorstehende Abschluß eines Vertrages über die Betreuung und Pflege von Pferden des Mariendorfer Trabrenn-Vereins auf einem Gestüt in der DDR¹⁸⁾;
- die Meldung über die Beschäftigung von arbeitslosen West-Berliner Ärzten in Kliniken Ost-Berlins oder der DDR¹⁹⁾;
- die neueste Vereinbarung mit der DDR über den Berliner Eisenbahnverkehr²⁰⁾.

¹²⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. August 1988, S. 32.

¹³⁾ Vgl. Der Tagesspiegel vom 2. Dezember 1988, S. 2.

¹⁴⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 6. Oktober 1988, S. 5.

¹⁵⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 1988, S. 4.

¹⁶⁾ Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß es zwischen dieser Zusage und der neuen Vereinbarung über die Transitpauschale (860 Mill. anstelle von bisher 535 Mill. DM) einen Zusammenhang geben könnte.

¹⁷⁾ Vgl. Der Tagesspiegel vom 21. Dezember 1988, S. 1; Der Tagesspiegel vom 14. Oktober 1988, S. 1; Der Tagesspiegel vom 29. November 1988, S. 2.

¹⁸⁾ Der Tagesspiegel vom 22. Januar 1989, S. 16.

¹⁹⁾ Dies wurde von der Berliner Ärztekammer dementiert. Wie verlautet, gebe es lediglich Einzelfälle – privat entstanden und weitgehend auf Weiterbildung beschränkt; es wurde aber auch deutlich, daß es durchaus Interesse an solchen Arbeitsverhältnissen gebe und daß Verhandlungen hierüber geführt werden könnten, die dann in formalen Vereinbarungen mit der (West-)Berliner Ärzteschaft münden könnten. Sichtbar wurde auch, daß ein massives Interesse besteht, dieses Thema in der Öffentlichkeit weniger herausgestellt zu sehen. Vgl. hierzu u. a.: Die Welt vom 13. Oktober 1988, S. 5; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1988, S. 10; Die Welt vom 19. Oktober 1988, S. 1, und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1988, S. 6.

²⁰⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 1989, S. 4.

¹⁰⁾ Horst Lambrecht, Handel mit der DDR vor neuem Boom?, in: Industrie- und Handelsrevue, Juni/August 1985, S. 22.

¹¹⁾ Die Vorstellungen für die Eisenbahnverbindung sind offensichtlich recht unterschiedlich und dementsprechend auch die voraussichtlichen Kosten. Je nach Ausführung werden Zahlen von zwei bis vierinhalb Milliarden Mark genannt.

Allen Projekten ist gemeinsam, daß sie in irgendeiner Form auch ökonomische Auswirkungen haben können oder haben werden. Auffällig an diesem Katalog ist außerdem, daß Berlin hierin eine große Rolle spielt. Dies ist angesichts der bestehenden – im Prinzip anormalen – Verhältnisse der Stadt nicht verwunderlich und angesichts des riesigen Nachholbedarfs an deutsch-deutscher Zusammenarbeit diese Stadt betreffend geradezu zu erwarten. Gleichwohl ist die häufige Berücksichtigung von Berliner Interessen in den deutsch-deutschen Abmachungen bemerkenswert – nicht zuletzt deshalb, weil sie zumindest Ansätze eines neuen Denkens der DDR über die Berlin-Frage, d. h. ihrer Berlin-Politik dokumentiert. Die DDR-Führung hat sich damit auf spektakuläre Weise – zumindest teilweise – offensichtlich von ihrer (wie auch immer zu bezeichnenden) Obstruktions-, Ausgrenzungs-, Isolations- und Austrocknungs-Politik gegen West-Berlin verabschiedet. Dies sollte zur

Kenntnis genommen werden, und hieraus können nur positive Schlußfolgerungen gezogen werden.

Als Kronzeuge auch für ein diesbezügliches Urteil kann der jetzt aus dem Amt geschiedene Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Regierung der DDR, Hans-Otto Bräutigam, gelten. Hierüber war folgendes zu lesen: „Die entscheidende Veränderung bei DDR-Positionen hat es seiner Meinung nach in der Stellung zu Berlin gegeben. Bei aller Aufrechterhaltung ihrer Rechtspositionen habe die DDR hier eine Entscheidung von strategischer Bedeutung getroffen, die Berlin (West) jetzt besser in den Gesamtprozeß der deutsch-deutschen Beziehungen einbindet. Belegen kann Bräutigam das mit dem Kulturabkommen ebenso wie mit dem S-Bahn-Vertrag und mit der Errichtung eines weiteren Transitübergangs im Süden Berlins.“²¹⁾

II. Kooperation als Möglichkeit zur Intensivierung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen

Die seit 1986 von vielen als unbefriedigend empfundene Entwicklung des Innerdeutschen Handels hat die Frage nach Impulsen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erneut aufgeworfen. Hierbei fällt häufig das Stichwort „Kooperation“. Da außerdem nach landläufiger Meinung – selbst bei Insidern – und vorhandenen Recherchen (z. B. der ECE) die DDR im Vergleich zu anderen RGW-Ländern als ein Wirtschaftspartner eingestuft wird, der wenig Kooperationsbeziehungen mit westlichen Ländern unterhält, lag es nahe, die Tatbestände, Schwierigkeiten und Möglichkeiten bei den über den Handel hinausgehenden Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit etwas näher zu untersuchen. Dies geschah Ende 1987 in einer Fragebogenaktion des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)²²⁾.

Befragt wurden rund 2 350 Unternehmen, mehr als 600 antworteten. Fast 500 Firmen meldeten Wirtschaftsbeziehungen (Handel und/oder Koopera-

tion) mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern. 200 Firmen bekundeten Kooperationsbeziehungen, darunter 140 mit der DDR. Mit ihr wurden 1 100 Kooperationsprojekte gemeldet, mit allen aufgeführten Ländern rd. 2 500 Projekte. Die hohe Zahl der Projekte, insbesondere mit der DDR, wird allerdings deutlich durch eine intensive Zusammenarbeit im Verlagswesen geprägt; ohne Kooperation in diesem Bereich lauten die entsprechenden Zahlen 250 bzw. 1 100.

Der Fragebogen wurde nach einer Adressenliste versandt, die als Kerngruppe die Aussteller auf der Leipziger Messe enthält. Der mit dieser Adressenliste erreichte Kreis bestreitet mit Sicherheit den ganz überwiegenden Teil des Umsatzes im Innerdeutschen Handel, da die Liste sehr umfangreich ist und alle im innerdeutschen Geschäft wichtigen Firmen erfaßt. Inwieweit dies auch für den „übrigen Osthandel“ der Bundesrepublik, d. h. für die Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen aufgeführten sozialistischen Ländern gilt, ist schwerer zu beurteilen. Immerhin ergab die Umfrage, daß der Kreis der im Innerdeutschen Handel tätigen Firmen nicht auf diesen einen Handelspartner fixiert ist, sondern zu über neun Zehnteln im „Ostgeschäft“ überhaupt auftritt und daß viele namhafte Großbetriebe und Konzerne, die auch als „Osthändler“ bekannt sind, zu dem Kreis der Angeschriebenen gehören. Dies gewährleistet, daß die antwortenden Firmen über ihre Handels- und Kooperationsbeziehungen zur

²¹⁾ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20. Dezember 1988, S. 3; ferner Cord Schwartau, Glasnost für die deutschen Beziehungen, in: Europa im Buch, Sonderheft des Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel, (1989) 10, S. 372–375.

²²⁾ Die detaillierten Ergebnisse dieser Umfrage werden demnächst in der DIW-Publikationsreihe „Beiträge zur Strukturforchung“ veröffentlicht. Erste Aussagen hierzu siehe: Horst Lambrecht, Die DDR als Kooperationspartner, in: Wochenbericht des DIW, (1988) 46.

DDR hinaus zwar nicht im strengen statistisch-methodischen Sinne als repräsentativ eingestuft werden können, aber dennoch kompetent und berufen sind, wichtige Erkenntnisse zur Einstufung der DDR als Kooperationspartner auch im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern abzugeben.

Wichtige Ergebnisse der DIW-Umfrage sind:

1. Die Kooperationsbeziehungen zwischen Firmen aus der Bundesrepublik und der DDR sind weit umfangreicher, als bisher angenommen wurde. Nach der ECE hat die DDR insgesamt, d. h. mit allen westlichen Partnern, nur 39 Kooperationsprojekte. Aus der Umfrage geht jedoch hervor, daß allein mit Partnern der Bundesrepublik rund 150 spezifizierte laufende Projekte existieren; zusammen mit den abgeschlossenen und in Verhandlung stehenden sind es sogar 1 100 Projekte. Da dies – einer Umfrage gemäß – nur die gemeldeten Projekte sind, ist der tatsächliche Umfang der Kooperation noch größer, als er in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt.

2. Die Firmen der Bundesrepublik schätzen die DDR als Kooperationspartner sehr. Die DDR und Ungarn sind eindeutig die Favoriten unter den sozialistischen Ländern hinsichtlich ihrer Eignung als Partner für Kooperationsbeziehungen. Je nach Referenzgruppe nimmt die DDR meistens den Spitzenplatz vor Ungarn ein. Die Gründe für diese Spitzenstellung der DDR wurden im Fragebogen und in nachfolgenden Gesprächen ermittelt. Häufig wurden dabei die gemeinsame Sprache, also weniger Verständigungsschwierigkeiten genannt. Aber auch eine qualifizierte Facharbeiterschaft, ein gut ausgebildetes technisch-wissenschaftliches Personal waren wichtig. Auch das im RGW-Vergleich hohe technologische Niveau und der Stand der wissenschaftlich-technischen Forschung werden für die DDR als Plus bewertet, ferner Faktoren wie Zuverlässigkeit, Vertragstreue. Ebenso wurden räumliche Nähe und bessere Infrastrukturbedingungen als Grund genannt, die DDR zu bevorzugen. Diese Wertschätzung wird durch andere Ergebnisse der Umfrage untermauert, z. B.: weniger Schwierigkeiten als bei Projekten mit anderen Ländern, leichtere Verhandlungen und eine größere „Projektzufriedenheit“, d. h. Einschätzung des Kooperationsprojektes hinsichtlich seines Schwierigkeitsgrades.

3. Zwischen Handel und Kooperation gibt es enge Wechselbeziehungen, und die Kooperation wird von den westdeutschen Unternehmen als ein stabilisierendes und stimulierendes Element des Ost-West-Handels eingeschätzt. Gut zwei Drittel der Betriebe mit Kooperationsbeziehungen hatten auch schon vorher Handelsbeziehungen, 95 v. H. der kooperierenden Firmen und 85 v. H. der Fir-

men mit Wirtschaftsbeziehungen (Handel und Kooperation) stufen Kooperationsbeziehungen als handelsfördernd ein. Nach Branchen betrachtet, ergibt sich zwar ein etwas differenzierteres Bild, es schätzen aber selbst die Unternehmen der Elektrotechnik, der Sparte mit der niedrigsten diesbezüglichen Bewertungsquote, die Kooperation noch zu 77 v. H. als handelsfördernd ein.

Unabhängig von solchen grundsätzlichen Erkenntnissen vermitteln die Ergebnisse der Umfrage detailliertere Einblicke in die Ost-West-Kooperation (nach Formen, Motiven, Wirtschaftszweigen, Schwierigkeiten, Finanzierungsformen, Betriebsgröße, Dauer der Vertragsverhandlungen und Projektlaufzeit, Projektzufriedenheit etc.). Dies kann nutzbringend für die Zukunft eingesetzt werden, wenn hieraus die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

Versucht man, die Schwierigkeiten, die bei der Abwicklung von Kooperationsbeziehungen von den Unternehmen gesehen werden, in einer sogenannten „Mängelrügenliste“ zu erfassen, ergibt sich, daß sie den Hauptadressaten auf der östlichen Seite sehen. Gleichwohl bleibt die Erkenntnis richtig: „Auch wenn die an die Westseite gerichtete Mängelrügenliste kürzer ist, sollte sie dennoch ernstgenommen werden, weil der Westen hier etwas selbst tun kann, wenn er die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR oder zu anderen sozialistischen Ländern ausbauen will.“ Die an die Ostseite gerichtete Mängelrügenliste ist zwar weit schwerer abzubauen, dafür liegen hier aber auch die größeren Reserven. Bei den an die Ostseite gerichteten Forderungen nach besseren Bedingungen für Kooperationsbeziehungen stehen vier Punkte im Vordergrund: mehr Flexibilität, Abbau der Bürokratie, mehr Entscheidungskompetenz, Möglichkeiten zu Direktkontakten sowie zu direkten und offenen Gesprächen.

Bei der Frage nach den Schwierigkeiten wurden folgende Punkte bei den laufenden Projekten mit dem Kooperationspartner DDR am häufigsten genannt: Schwierigkeiten bei der Produktion im Hinblick auf Qualität, technisches Niveau, Mode und Design; fehlende Kapazitäten in der Produktion und/oder in der Forschung; falsche Vorstellungen aufgrund mangelnder Marktkennntnisse über Preis, Qualitätsansprüche, Absatzmethode und/oder Produktgestaltung; Terminüberschreitungen.

Bei den laufenden Kooperationsprojekten mit den anderen sozialistischen Ländern sind die Schwerpunkte ähnlich. Lediglich bei zwei Problemen gibt es deutliche Unterschiede: Fragen der Finanzierung, die im Kooperationsgeschehen mit der DDR nicht sehr ins Gewicht fallen, werden bei den anderen Ländern mit am häufigsten genannt.

Tabelle 2: Warenstruktur des Innerdeutschen Handels¹⁾

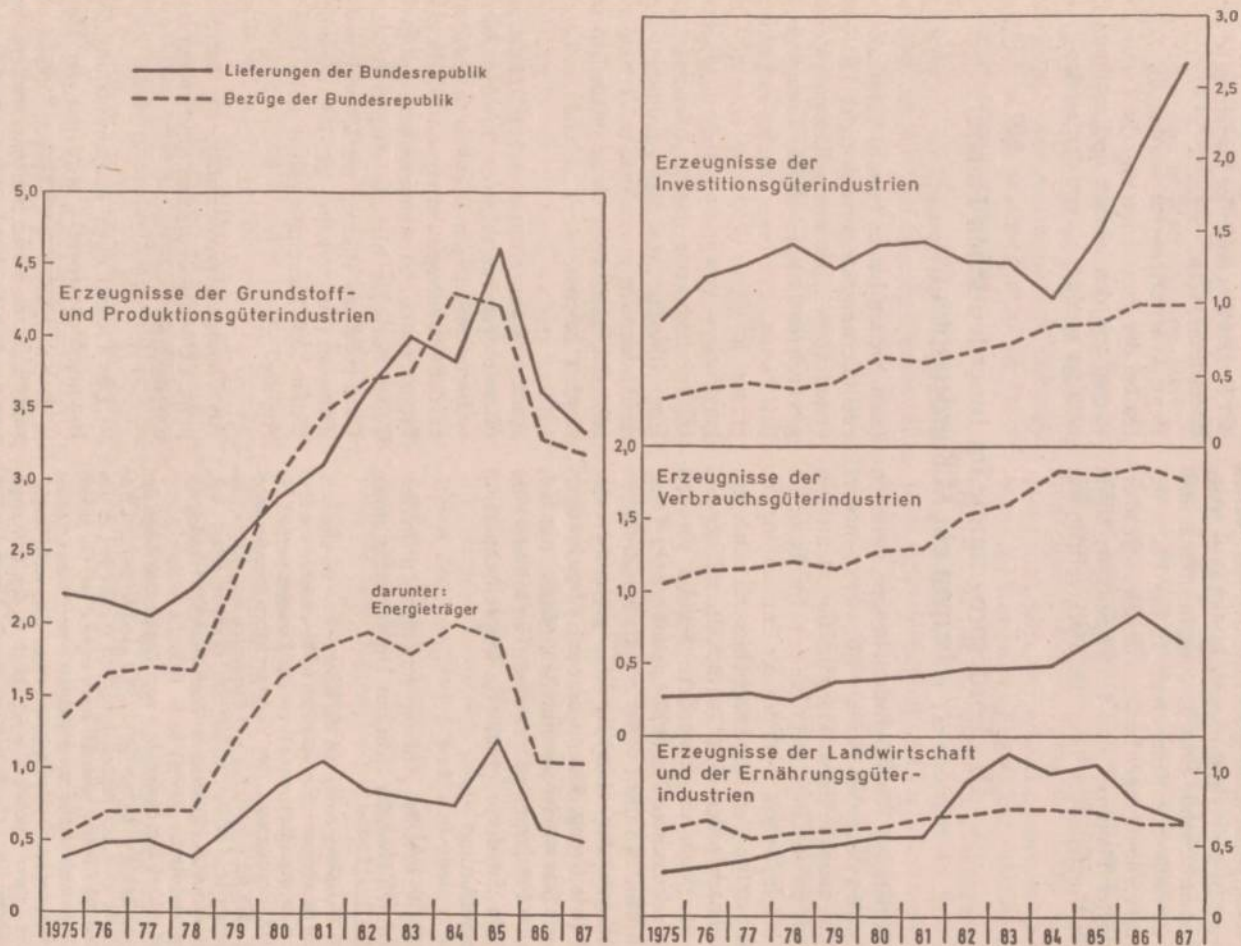
Anteile in v. H.

Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	Lieferungen			Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	Bezüge		
	1981— 1985 ²⁾	1986	1987		1981— 1985 ²⁾	1986	1987
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien³⁾	57.7	48.5	45.0	Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien³⁾	55.7	48.1	47.8
darunter:				darunter:			
Bergbauliche Erzeugnisse	13.4	7.3	6.4	Mineralölerzeugnisse	23.9	12.9	13.6
Steinkohle und Koks	2.7	3.3	2.6	Motorenbenzin	4.2	2.3	2.5
Rohöl	10.3	3.7	3.5	Dieselkraftstoff und Heizöl	15.7	7.8	8.4
Eisen und Stahl ⁴⁾	11.9	12.4	12.3	Eisen und Stahl ⁴⁾	6.1	9.1	9.3
NE-Metalle ⁵⁾	9.0	8.1	5.7	NE-Metalle ⁵⁾	4.7	5.6	6.1
Silber	4.2	3.1	1.6				
Chemische Erzeugnisse ⁶⁾	20.6	18.0	17.8	Chemische Erzeugnisse ⁶⁾	13.3	12.9	11.7
Anorganische Grundstoffe etc.	3.0	2.8	2.8	Anorganische Grundstoffe etc.	1.6	1.3	1.2
Organische Grundstoffe etc.	8.2	6.0	5.2	Organische Grundstoffe etc.	3.2	3.8	2.6
Kunststoffe und Kunst- stofferzeugnisse ⁷⁾	3.4	3.6	4.3	Kunststoffe und Kunst- stofferzeugnisse ⁷⁾	4.3	4.0	3.9
Investitionsgüter- industrien	19.5	28.0	36.0	Investitionsgüter- industrien	10.5	14.3	14.8
darunter:				darunter:			
Schienenfahrzeuge	1.5	1.8	1.5	Maschinenbauerzeugnisse	2.7	3.9	4.2
Maschinenbauerzeugnisse	11.9	17.2	24.4	Elektrotechnische Erzeugnisse	3.9	5.5	5.4
Elektrotechnische Erzeugnisse	2.8	4.8	5.3	Eisen-, Blech- u. Metallwaren	1.8	2.2	2.0
Verbrauchsgüter- industrien	7.6	11.6	8.7	Verbrauchsgüter- industrien	23.0	27.2	26.6
darunter:				darunter:			
Textilien	3.7	4.7	3.9	Glas und Glaswaren	1.5	1.7	1.7
Schuhe	0.9	2.7	0.9	Holzwaren	4.5	5.1	5.1
Bekleidung	0.6	1.5	1.0	Textilien	6.7	7.8	7.4
				Bekleidung	6.1	7.6	7.5
Landwirtschaft⁸⁾ und Nahrungsmittel- industrien	14.0	10.5	8.6	Landwirtschaft⁸⁾ und Nahrungsmittel- industrien	10.3	9.6	9.8
darunter:				darunter:			
Rohe Öle	2.2	1.0	0.6	Getreide	2.4	2.2	2.6
Ölkuchen und Schrote	5.5	4.5	3.3	Schlachtvieh ¹⁰⁾	3.8	2.6	2.4
Kaffee	0.7	1.3	1.2	Zucker und Süßwaren ¹¹⁾	1.5	1.8	1.8
Alle Erzeugnisse⁹⁾	100.0	100.0	100.0	Alle Erzeugnisse⁹⁾	100,0	100,0	100,0

1) Bezüge bzw. Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). — 2) Fünfjahresdurchschnitt. — 3) Einschließlich Bergbauerzeugnisse. — 4) Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung. — 5) Einschließlich deren Halbzeug. — 6) Einschließlich Kunststoffherzeugnisse und Gummiwaren. — 7) Einschließlich synthetischen Kautschuks. — 8) Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei. — 9) Einschließlich sonstiger Waren. — 10) Einschließlich frischen Schweinefleischs. — 11) Einschließlich verarbeiteten Obstes.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6 (Jahreshefte).

DER INNERDEUTSCHE WARENVERKEHR NACH ERZEUGNISHAUPTGRUPPEN IN MRD. DM



Quelle: DIW nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

DIW 88

Umgekehrt ist es bei dem Problem fehlender Kapazitäten. Bei der DDR recht bedeutend, spielt es bei den anderen sozialistischen Ländern offensichtlich kaum eine Rolle.

Die Umfrageergebnisse zeigen überdies, daß zu jeder Projektphase auch spezifische Schwierigkeiten gehören. In der Akquisitionsphase sind es in erster Linie unzureichende Entscheidungsflexibilität und/oder ungenügende Kompetenz. In der Phase der Vertragsverhandlungen bereiten die Eingriffe übergeordneter Planungs- und Leitungsorgane sowie falsche Vorstellungen über die Marktverhältnisse

die größten Schwierigkeiten. In der Abwicklungsphase treten dann naturgemäß produktionspezifische Probleme in den Vordergrund. Zwei Drittel aller Nennungen entfallen auf: Schwierigkeiten bei der Produktion im Hinblick auf Qualität, technisches Niveau und Design; fehlende Kapazitäten in der Produktion und/oder Forschung sowie Terminüberschreitungen.

Bemerkenswerterweise wurden die Schwierigkeiten bei der Produktion und die Terminüberschreitungen von den kleinen und mittleren Betrieben häufiger genannt als von den großen²³⁾.

III. Förderprogramme im Innerdeutschen Handel bergen ein Milliardenpotential

Wer florierende Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten für wünschenswert hält, den kann die Entwicklung des Innerdeutschen Handels schon lange nicht mehr befriedigen. Er blieb langfristig sowohl hinter der Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik als auch des Außenhandels der DDR zurück²⁴⁾. Gleichwohl wird er, wenn er „besondere Schübe“ in den deutsch-deutschen Handelsbeziehungen in Gang setzen will, sich nicht allein auf die traditionellen Instrumente der Handelspolitik gegenüber der DDR (wie Swing, Kontingente etc.) beschränken können. Ihm wird mehr einfallen müssen, nämlich spezielle Förderprogramme. Ein solches wäre z. B. ein „Sonderprogramm für Umweltschutz und Modernisierung“²⁵⁾.

Das DIW urteilte Anfang vergangenen Jahres: „Hierdurch könnten nicht nur Umweltbelastungen

(zum Nutzen beider Seiten) vermindert, sondern auch Leistungssteigerungen der DDR-Wirtschaft erzielt werden, die letztendlich gute Voraussetzungen auch für die Belebung des Innerdeutschen Handels bieten. Ein breit angelegtes Förderprogramm in dieser Richtung könnte – jedenfalls langfristig – von größter Bedeutung sein.“²⁶⁾ Das Institut bedauerte damals allerdings, daß diese Empfehlungen „von den Verantwortlichen bisher nicht oder nicht ausreichend in Verhandlungen eingebracht, geschweige denn in die Tat umgesetzt worden“ seien.

Auch der frühere Staatssekretär Bräutigam sah hier offensichtlich Perspektiven. In einer Bilanz seiner sechseinhalbjährigen Tätigkeit in Ost-Berlin sagte er, der Grundlagenvertrag von 1972 beschreibe ein Programm der Zusammenarbeit, das in wichtigen Teilen noch gar nicht in Angriff genommen sei. Dazu gehörten Themen wie Umwelt und deutsch-deutscher Luftverkehr. Bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit stehe man erst am Anfang²⁷⁾.

Als Finanzierungsvorschläge für das Sonderprogramm Umweltschutz und Modernisierung wurden unterbreitet:

– Das Projekt einer Entschwefelung der DDR-Braunkohlekraftwerke wird mit der Modernisierung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin verknüpft; die Verrechnungseinheiten, die für die von der DDR zu erbringenden Bauleistungen eingenommen werden, verwendet die DDR zur Finanzierung des Umweltprojekts.

²³⁾ Die Bundesregierung hat die Kooperation im allgemeinen und die Gestattungsproduktion im besonderen seit einiger Zeit als wünschenswerte Form der Zusammenarbeit mit der DDR herausgestellt. Ihre Vertreter haben überdies angedeutet, daß für den Bezug von Produkten aus der Gestattungsproduktion Sonderkontingente denkbar seien. Vgl. Fritz Homann, Zur Zukunft des innerdeutschen Handels, in: Deutschland Archiv, (1986) 10, S. 1094.

²⁴⁾ Vgl. hierzu die Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987: „Der Umsatz im Warenverkehr zwischen beiden deutschen Staaten hat in den 70er und 80er Jahren nominal stark expandiert. Da jedoch hohe Preissteigerungen zu verzeichnen waren, hat er real mit 3 vH p. a. nur bescheiden zugenommen.“ Das reale Wachstum des Innerdeutschen Handels blieb in den eineinhalb Jahrzehnten dieser Quelle zufolge „sowohl hinter der Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik als auch der des Außenhandels der DDR zurück“.

²⁵⁾ Vgl. Horst Lambrecht/Cord Schwartau, Ein Milliardenpotential, in: Wirtschaftswoche, (1987) 17, S. 82–89; dies., Förderung des Innerdeutschen Handels durch Sonderprogramme „Umweltschutz und Modernisierung“, in: Deutschland Archiv, (1987) 6, S. 600–608.

²⁶⁾ Weiterhin unbefriedigende Entwicklung im innerdeutschen Handel?, in: Wochenbericht des DIW, (1988) 11.

²⁷⁾ Vgl. Der Tagesspiegel vom 20. Dezember 1988, S. 1.

– Der DDR werden zinsgünstige Darlehen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Finanzierung von Umwelt- und Modernisierungsanlagen zur Verfügung gestellt.

– Die DDR erhält projektgebundene Kredite zum Nulltarif, indem man ihr einen verwendungsgebundenen zusätzlichen Kredit bei der Deutschen Bundesbank nach dem Muster des Swing (sog. Umweltswing) einräumt²⁸⁾.

– Es wird eine sogenannte DDR-Umweltanleihe aufgelegt; diese auf dem Kapitalmarkt sicher als interessant empfundene Anlagemöglichkeit könnte noch zusätzlich an Reiz gewinnen, wenn sie steuerbefreit oder steuerbegünstigt würde.

– Eine Minderung des Finanzierungsbedarfs ließe sich auch über die Subventionierung von umweltfreundlichen Investitionen erreichen. Dies würde bedeuten, daß anstelle des Anwenders in der Bundesrepublik der Hersteller oder Lieferant von Umwelttechnik in die DDR die Begünstigung in Anspruch nehmen könnte.

Die Grundüberlegung zu dem ersten Vorschlag ist der Gedanke einer möglichst optimalen Verknüpfung von politisch-ökonomischen Tauschgeschäften wie etwa dem Bau einer modernen Eisenbahnstrecke zwischen Hannover und Berlin mit dem Innerdeutschen Handel. Sicher ist, daß man der DDR nicht „vorschreiben“ kann, wie sie „ihr Geld“ aus den Bauleistungen zu verwenden hat – in ausgabenbeschränkten Verrechnungseinheiten oder in frei verfügbarer konvertibler Währung –; gleichwohl wäre es von ihr unter dem Gesichtspunkt langfristiger „Westdevisenmaximierung“ unklug, das „Prinzip des Höchstnutzens am Einzelobjekt“ zu verfolgen. Denn die politische Bereitschaft für derartige Geschäfte wird in Zukunft in der Bundesrepublik sicher entscheidend davon abhängen, in welchem Maße sich solche Projekte im Rücklauf als wirtschaftliche Erfolge „amortisieren“. Diesen Zusammenhang sollte man nicht übersehen. Mit Sicherheit war die Verknüpfung von Verkehrsinvestitionen im Transitverkehr bisher zu gering: Eine weit größere Partizipation des Innerdeutschen Handels hieran hätte in der Vergangenheit die Aufge-

²⁸⁾ Dieser Vorschlag knüpft an die Überlegung an, daß der Swing, hätte man die Regelung des dynamisierten Swing seinerzeit nicht abgeschafft, heute bei etwa zwei Mrd. VE (DM) liegen würde. Dieser sog. Umweltswing hätte den Vorteil, daß er sich ohne jegliche Probleme in das vorhandene Instrumentarium des Innerdeutschen Handels einfügen ließe. Würde dieser Kreditrahmen außerdem nicht als neue Kreditlinie gehandhabt, sondern als (zweckgebundener) Aufstokungsbetrag auf den vorhandenen Swing, so wäre dies die einfachste Lösung. Sie trüge den Charakter einer „normalen“ Swingerhöhung.

schlossenheit der Akteure auf unserer Seite für derartige Projekte ohne Zweifel wesentlich erhöht.

Berechnungen aus dem DIW haben ergeben, daß ein umfassendes Projekt zur Entschwefelung aller Braunkohlekraftwerke der DDR mit etwa sechs Mrd. Mark zu veranschlagen sei²⁹⁾. Hierbei würde eine Reduzierung der Schwefeldioxid-Emissionen aus diesen Quellen (1985: 2,8 Millionen Tonnen!) um 75 Prozent erreicht. Nach Schätzungen der bundesdeutschen Industrie könnte die DDR die Hälfte dieser Kosten beim gegenwärtigen Stand der Technik durch Eigenleistungen erbringen. Geht man von einer Eigenbeteiligung der DDR in dieser Höhe aus, wäre das eine Größenordnung in der Nähe der Kosten des Eisenbahnprojektes.

Das DIW schrieb damals hierzu: „Die Bundesregierung könnte mit der Verbesserung des Berlin-Verkehrs deutschlandpolitische Ziele und umweltpolitischen Nutzen in idealer Weise mit Interesse auf dem Gebiet des innerdeutschen Handels verbinden.“³⁰⁾ Und es sei noch einmal hinzugefügt: Das Ausmaß der Akzeptanz bei solcher Art von Projekten sollte nicht gering eingeschätzt werden.

Um die Größenordnungen für ein Modernisierungsprogramm der DDR-Industrie und seine Folgen für ein beispielsweise durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu finanzierendes Sonderprogramm zu skizzieren, wurden damals folgende Überlegungen angestellt: „Über welche Größenordnung es sich bei der Finanzierung und den Investitionsvorhaben bei einem Modernisierungsprogramm in etwa handeln könnte, ergibt sich aus folgender Modellrechnung: Sollen die Zinsen um 2 v. H. gesenkt werden, sind bei einer tilgungsfreien Zeit von zwei Jahren und einer gesamten Laufzeit von zehn Jahren für ein Investitionsvolumen von 6,5 Mrd. DM über die gesamte Laufzeit rund 850 Mill. DM durch öffentliche Haushalte aufzubringen. Dies brächte – bei einem Liefervolumen von 7,5 Mrd. DM im Warenverkehr mit der DDR im Jahre 1986 – ein deutliches kontinuierliches Wachstum für den Innerdeutschen Handel. Bei einem Eigenleistungsanteil der DDR-Industrie von z. B. zwei Dritteln – er wird von Fall zu Fall stark schwanken – könnte unser Nachbar und Wirtschaftspartner im nächsten Jahrzehnt Modernisierungsinvestitionen in einer Größenordnung von 20 Mrd. DM tätigen. Investitionen von zwei Mrd. DM p. a. bedeuten – Mark der DDR und DM gleichgesetzt – 4 v. H. der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in der DDR (1985: 52 Mrd. Mark) bzw. 7 v. H. der industriellen Investitionen.

²⁹⁾ Vgl. Jochen Bethkenhagen, Emissionen von SO₂ aus Braunkohlekraftwerken in der DDR, in: Wochenbericht des DIW, (1987) 11.

³⁰⁾ Zit. nach Positive Akzente im innerdeutschen Handel verstärken, in: Wochenbericht des DIW, (1987) 11, S. 152.

Bei einem geringeren Eigenanteil würde sich das Volumen der Modernisierungsinvestitionen entsprechend verringern. Auf alle Fälle sind dies Größenordnungen, die keineswegs utopisch sind. Auf Seiten der Bundesrepublik wäre ein Haushaltszuschuß von 850 Mill. DM über zehn Jahre sehr gut angelegtes Geld, wenn man bedenkt, daß allein die Berliner Kraft und Licht (Bewag)-AG in den nächsten Jahren für die Luftreinhaltung zwei Mrd. DM aus gibt und daß die Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet 13 Mrd. DM hierfür aufzuwenden hat.³¹⁾

Zur Wertung ist hinzuzufügen: Wägt man ein auf Großkraftwerke der Braunkohleindustrie konzentriertes Entschwefelungsprogramm gegen die Variante „Modernisierungsprogramm mit Produktivitäts- und Umwelteffekten bei vielen mittleren und kleineren Betrieben“ gegeneinander ab, so hat jedes seinen „Charme“ und deshalb vermutlich seine „Liebhaber“: Die Variante Umweltschutz über die Großkraftwerke und ihre Finanzierung über das anstehende Eisenbahnprojekt findet aufgrund der bestehenden Interessenlage sicher eher seine Befürworter in Bonn; anders dürfte es dagegen in Ost-Berlin sein: Hier müssen die über den Zustand ihrer Wirtschaft wirklich Informierten und realistisch Denkenden eher auf Modernisierung setzen und können froh sein, daß gleichzeitig Umweltschutz, der genauso wie die Produktivitätssteigerung nötig wäre, den man sich aber nicht leisten kann, hierbei „anfällt“³²⁾. Welche Variante auch immer den Zuschlag bekommt, kann letztendlich nur die DDR entscheiden. Die Bundesrepublik gewinnt aber auch in jedem Falle, und zwar auf vielfältige Weise.

Die DDR hat bei ihrer Entscheidung für die Finanzierungsoption mit einer Belastung aus der Vergangenheit zu kämpfen: der Liquiditäts- und Verschuldungskrise zu Beginn der achtziger Jahre. Sie ist damals aufgrund von ihr selbst nur wenig zu verantwortenden Umständen in erhebliche Liquiditätsprobleme gegenüber dem Ausland geraten und hat seither eine übervorsichtige Westhandelspolitik betrieben³³⁾. Aufgrund dessen vollzog die DDR-Füh-

rung eine radikale Kurskorrektur: War die Handelspolitik gegenüber den westlichen Industrieländern in den siebziger Jahren auf kreditfinanzierte Importe ausgerichtet, so gewann die Konsolidierung ihrer Bilanzen zu Beginn der achtziger Jahre Priorität. Schon 1981 gab es nach der DDR-Statistik gegenüber den kapitalistischen Industrieländern eine drastische Reduzierung des Defizits, und von 1982 an wurden Exportüberschüsse erwirtschaftet. Die DDR hat diese Politik durch ein geschicktes Schuldenmanagement mit Erfolg betrieben; sie hat hierfür internationale Anerkennung erfahren, und sie ist heute wieder sehr kreditwürdig. Dies läßt sich nicht zuletzt daran ablesen, daß die DDR vergleichsweise hohe Devisenguthaben bei westlichen Banken angehäuft hat. Trotzdem hat die DDR das Liquiditäts- und Sicherheitsdenken beibehalten und ihm Priorität eingeräumt – weit vor den Zielen außenwirtschaftlicher Rentabilität und unter Inkaufnahme von Wachstumsverlusten durch unterlassene Importe. Die DDR hat dieses Verhalten sogar auf die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik ausgedehnt, obwohl es hier angesichts der bestehenden Umstände keinen Anlaß dafür gab.

Diese Unabhängigkeit, Bonität und Liquidität demonstrierende Haltung kam z. B. darin zum Ausdruck, daß 1984 ein einmalig hoher Überschuß im Warenverkehr erreicht wurde und daß seither eine demonstrativ deutliche Nichtausnutzung des zinslosen Überziehungskredits, des Swings, zu registrieren ist. Die DDR hat die Konsolidierung ihrer „Westhandelsbilanzen“ als Ziel für den gegenwärtigen Fünfjahrplan verfolgt. Derzeit sind keine Anzeichen in Sicht, daß sich an dieser Marschroute demnächst etwas ändert³⁴⁾. Dies bedeutet aber auch, daß Umwelt- und Modernisierungsprojekte, die mit massiverem Einsatz westlicher Devisen oder auf kreditfinanziertem Wege realisiert werden könnten, nur geringe Chancen haben. Es ist allerdings die Frage, wie lange es sich die DDR wegen ihrer zum Teil beängstigenden Produktivitätsdefi-

niger als ein Jahr), errechneten sich aus Zins und Tilgung außerordentlich hohe jährliche Zahlungen für den Schuldendienst. Eine Fortschreibung der Entwicklung der Handelsbilanzen zeigte einen geradezu erschreckenden Umfang der künftigen Verschuldung und erschütterte das Vertrauen der Banken in die Zahlungsfähigkeit der DDR zusätzlich.

³⁴⁾ Vgl. hierzu Christine Kulke-Fiedler/Jürgen Nitz, Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und ihre Finanzierung aus der Sicht der DDR, in: Hanns-D. Jacobsen/Heinrich Machowski/Dirk Sager (Hrsg.), Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 268, Bonn 1988, S. 385. Erst kürzlich erklärte Außenhandelsminister Beil, daß die DDR nicht die Absicht habe, die Kredite im Westen zu erhöhen, um die Importe zu vergrößern. Sie folgt also immer noch der Strategie, die Importe nur im Ausmaß der Exporte zu steigern. Vgl. Financial Times vom 2. November 1988, S. 6.

³¹⁾ Förderung des innerdeutschen Handels (Anm. 25), S. 606.

³²⁾ Vgl. dazu ausführlich Cord Schwartau, Innovationspotential im ökonomischen System der DDR, in: Osteuropa, Sonderdruck zum 70. Geburtstag von Otto Wolff von Amerongen, Stuttgart 1988, S. 711–725.

³³⁾ Entscheidend waren Veränderungen der Kreditpolitik der westlichen Banken. Wegen der faktischen Zahlungsunfähigkeit von Polen und Rumänien waren die sozialistischen Länder ins Zwielicht geraten. Bei der DDR spielte außerdem eine Rolle, daß die Zinsbelastung – weniger wegen der Höhe der Schuldensumme als infolge des drastisch gestiegenen Zinsniveaus – von 1977 bis 1981 auf das Viereinhalbfache gestiegen war. Da nach Angaben von Bankkreisen die Kredite zu rund 40 v. H. kurzfristig waren (Restlaufzeit we-

zite und enormen Umweltbelastungen leisten will oder kann, diese Haltung durchzustehen.

Der Eintritt in den neuen Fünfjahrplan (1991 bis 1995) könnte für die DDR ein gegebener Anlaß sein, diesbezügliche Neuorientierungen nicht auszulassen: Eine abermalige Umorientierung im Westhandel von der Konsolidierungspolitik (der achtziger Jahre) zu einer zweiten Phase der kreditfinanzierten Importpolitik (in den neunziger Jahren) wäre unter veränderten Modalitäten durchaus geboten, weil sie in höchstem Maße im ökonomischen Interesse der DDR selbst liegt. Eine Weiterführung der Konsolidierungspolitik ist außerdem heute aus außenwirtschaftlicher Sicht nicht mehr gerechtfertigt. Mehr als gerechtfertigt dagegen ist es — angesichts der skizzierten Umstände —, nach der Investitionspause in der DDR und den unterlassenen Importen aus westlichen Ländern den Westhandel als Wachstumsträger der eigenen Volkswirtschaft zu nutzen.

Die DDR wäre überdies in ihrem Import- und Kreditgebaren gegenüber der Bundesrepublik sicher nicht schlecht beraten, zu bedenken, daß z. B. ein Ausschlagen von zinsbegünstigten Krediten der KfW das Verpassen einer einmaligen Chance bedeuten könnte, weil ein solches Verhalten auf der Westseite kontraproduktiv wirken müßte: Den Befürwortern von guten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten im allgemeinen und von wirtschaftlichen im besonderen erschwert es ihre Position, ihre Gegner bestätigt es in ihrer Haltung (Motto: „Die andere Seite will ja nicht, man sieht's ja wieder“) und liefert ihnen somit Argumente gratis, und die Schwankenden werden noch schwankender.

Wie die DDR sich in dem Spannungsfeld zwischen einem politisch vorgegebenen Konsolidierungskurs und einer ökonomisch gebotenen kreditfinanzierten Importpolitik entscheiden wird, ist derzeit nicht abzusehen. Solange diese Unwägbarkeiten bestehen, ist dies sicher eine Belastung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, denn man kann sich nicht auf sie einrichten, d. h. sie sind nicht kalkulierbar.

Gewisse Unwägbarkeiten für die künftige Entwicklung des Innerdeutschen Handels werden zuweilen auch darin gesehen, daß der zu schaffende Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft Auswirkungen auf diesen Gütertausch haben könnte — und zwar unter zwei Aspekten: einmal aus wirtschaftlichen Gründen (Wettbewerb!) und zum anderen wegen des Sonderstatus des Innerdeutschen Handels. Aus ökonomischer Sicht gilt sicher folgende Feststellung: „Einerseits wird durch den Abbau von Handelsschranken und von Schranken für den Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr eine erhebliche Nachfragesteigerung innerhalb der EG erwartet, von der auch die DDR profitieren kann. Um diese potentiellen Vorteile aber nutzen zu können, wird es andererseits für die DDR erforderlich sein, sich flexibel an diese neue Wettbewerbslandschaft anzupassen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist jedoch fraglich, ob es die DDR schafft, entsprechende Anpassungsprozesse in ihrer Wirtschaft durchzusetzen, zumal die neuen EG-Mitglieder im Mittelmeerraum eine starke Konkurrenz darstellen.“³⁵⁾

Ansonsten gilt nach wie vor, daß die Regierungen beider deutscher Staaten ein vitales Interesse an den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen haben und daß sie an dem Status dieses Handels festhalten wollen. Hieran wird sich weder durch die Verhandlungen zwischen der EG und der DDR noch durch die Bildung des europäischen Binnenmarktes etwas ändern. Denn der Sonderstatus des Innerdeutschen Handels ist im Protokoll der Römischen Verträge festgeschrieben, und damit liegt das Einverständnis der Partnerstaaten der Gemeinschaft vor. Andererseits liegt es im EG-politischen Interesse der Bundesregierung, daß auch unter den Bedingungen des Binnenmarktes 1992 das Protokoll über den Innerdeutschen Handel voll zur Anwendung kommt.

³⁵⁾ Vgl. Hanns-D. Jacobsen/Heinrich Machowski, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten — Sonderstatus und Bedeutung, in: Europäische Rundschau, (1988) 4, S. 42 f.

Innovationsprobleme und Strukturwandel in der DDR

I. Einige Ausgangspunkte

Weltweit gewinnen Fragen des Strukturwandels der Wirtschaft an öffentlichem Interesse. Forschungsarbeiten und Diskussionen zu den hauptsächlichen Richtungen und Zusammenhängen der Strukturentwicklung treten ebenso mehr in den Vordergrund wie Untersuchungen und Überlegungen zu den zweckmäßigsten Bedingungen für strukturelle Wandlungs- und Anpassungsprozesse sowie zu den Instrumentarien und Methoden ihrer Gestaltung im Interesse der Menschen. Gerade um solche Fragen geht es auch in den Diskussionen, die in den sozialistischen Ländern um die Wege und Richtungen der Umgestaltung oder Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus geführt werden.

Worauf ist dieses zunehmende Interesse an Fragen des Strukturwandels und ihr höherer Stellenwert in den Entwicklungsstrategien der sozialistischen Länder zurückzuführen? Der Grund dieser stärkeren Sensibilisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins gegenüber diesen Fragen liegt m. E. vor allem darin, daß die Strukturentwicklung infolge der für die Gegenwart und nächste Zukunft typischen Innovationen durch eine Reihe neuer oder modifizierter Tendenzen und Zusammenhänge charakterisiert wird. Die Innovationen stellen neue Herausforderungen an den ökonomischen Mechanismus des Sozialismus im nationalen und internationalen Maßstab dar und weisen auch eine weit höhere politische, ökonomische, soziale und ökologische Relevanz als früher auf. Die neuen Tendenzen und Zusammenhänge der durch Innovationen stark beeinflussten Strukturentwicklung zeigen sich insbesondere in folgendem:

Einerseits nehmen die Anforderungen an den wissenschaftlich-technischen Vorlauf und Neuheitsgrad, das qualitative Niveau, die Komplexität, Dynamik und Flexibilität struktureller Wandlungsprozesse sowie der Grad ihrer Internationalisierung bedeutend zu. Sie erhalten quantitativ, aber in erster Linie qualitativ neue Dimensionen.

Andererseits wird die Rolle dieser strukturellen Wandlungen für den gesellschaftlichen Fortschritt

und die Herausbildung einer neuen Qualität des Wirtschaftswachstums viel größer. Ich denke hier vor allem an die stärkere direkte Abhängigkeit der Bedürfnisentwicklung und -befriedigung sowie der Persönlichkeitsentwicklung, der Erhaltung der natürlichen Umwelt, der Effektivitäts- und Produktivitätsdynamik, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit insgesamt der Reproduktionsfähigkeit und gesellschaftlichen Wirksamkeit des Wachstums von Qualität, Ausmaß und Tempo struktureller Wandlungsprozesse.

Bevor die Beziehungen zwischen Innovationen und Strukturwandel betrachtet werden, möchte ich meine Auffassung zu dem hier behandelten ökonomischen Strukturbegriff knapp skizzieren. Zu der ökonomischen Struktur oder Wirtschaftsstruktur gehört als ihr Kernstück die Produktionsstruktur. Die Wirtschaftsstruktur ist aber weitaus umfassender und vielgestaltiger. Sie umfaßt außer der Struktur der Produktionsergebnisse die Struktur der Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände), die Aufwands- und Kostenstrukturen der Produktion, die Organisations- und Leistungsstruktur des Reproduktionsprozesses, die Territorialstruktur, die Export- und Importstruktur, die Struktur der Endverwendung — insbesondere nach Investitionen und Konsumtion sowie deren innere Strukturen — und andere Struktur-aspekte. Alle materiellen Strukturen existieren als Einheit stofflich-gebrauchswertmäßiger und wertmäßig-finanzieller Beziehungen. Diese beiden Aspekte sind miteinander eng verflochten und müssen stets in dieser Einheit — natürlich unter Beachtung ihrer Spezifik und relativen Eigenständigkeit — betrachtet, analysiert und gestaltet werden. Zur ökonomischen Struktur gehört natürlich auch als eines ihrer wesentlichen Elemente die soziale und dabei insbesondere die Eigentumsstruktur der Wirtschaft.

Die Veränderung der *Produktionsstruktur* kann als Kernprozeß der Strukturentwicklung des Reproduktionsprozesses bezeichnet werden, der alle anderen Strukturelemente und -prozesse beeinflusst und durchdringt und der selbst wiederum von deren Entwicklung abhängig ist und wesentliche Impulse erhält. Bei der Produktionsstruktur steht die Struktur der *Produktionsergebnisse* im Vordergrund, die

Vorabdruck aus Heiner Timmermann (Hrsg.), *Wirtschaftsordnungen im Dialog — Bundesrepublik Deutschland und DDR*, Rita Dadder Verlag, Saarbrücken 1989.

in den Bereichs-, Zweig-, Erzeugnis- und Leistungsstrukturen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (Bruttoprodukts) bzw. des volkswirtschaftlichen Endproduktes zum Ausdruck kommt. Einen wichtigen Aspekt der heutigen Produktionsstruktur bilden über die Bereichs- und Zweiggruppen hinausgehende Erzeugnissysteme und in sich verflochtene

Strukturkomplexe (Energiekomplex, Werkstoffkomplex, Komplexe der Informationstechnik und der Automatisierung, Ernährungskomplex u. a.).

Der vorliegende Beitrag ist auf Fragen des Wandels der Produktions- und dabei vor allem der Ergebnisstrukturen gerichtet.

II. Beziehungen zwischen Innovationen und Wandel der Produktionsstrukturen in der DDR

Zunächst seien thesenartig einige generelle Überlegungen zu diesen Beziehungen und ihrer Realisierung im Prozeß der intensiv erweiterten Reproduktion in der DDR formuliert.

1. Im Gesamtsystem der Bestimmungsfaktoren der Produktionsstruktur kommt den Innovationen ein herausragender, übergreifender Stellenwert zu. Von den Innovationen, vor allem den Basisinnovationen der wissenschaftlich-technischen Revolution, gehen die langfristig größten und tiefgreifendsten Veränderungen in der Produktionsstruktur aus, bis zur Herausbildung neuer Zweige und Produktionskomplexe sowie prinzipiell veränderter stofflicher, informationeller und wertmäßig-finanzieller Verflechtungsbeziehungen. Auf Grundlage der Innovationen verändern sich auch Art und Weise, Richtungen und Intensität der Einflüsse aller anderen Faktoren — wie Bedürfnisentwicklung, internationale Arbeitsteilung oder verfügbare Naturressourcen — auf die Produktionsstruktur. Die Innovationen sind bestimmend für den Wandel sowohl der Ergebnis- als auch der Faktoren-(Aufwands)strukturen der Produktion. Sie beeinflussen die Art und Weise der Umwandlung der Produktionsfaktoren in Produktionsergebnisse, speziell die dabei realisierten neuen Verflechtungen und die Effektivität dieser Umwandlungsprozesse.

2. Die Entwicklung der Produktionsstruktur wird zunehmend zur Hauptform der Materialisierung der Innovationen. Vor allem durch den Strukturwandel — durch sein Niveau, Ausmaß, Tempo und seine Proportionalität — wird darüber entschieden, ob und inwieweit die Effektivitätspotentiale der Schlüssel- und Hochtechnologien tatsächlich wirksam werden, das heißt für den ökonomischen und sozialen Fortschritt genutzt werden können. Aus den Innovationsprozessen der achtziger und neunziger Jahre erwachsen zum Teil völlig neue, höhere Maßstäbe an die Qualität der Produktion (exponentielle Zunahme der Anforderungen an die Zuverlässigkeit, Null-Fehler-Produktion, Qualitätsgarantie der Hersteller, prozeßintegrierte Qualitätssicherung anstelle nachträglicher Qualitätsprüfung) und

an den Zeitfaktor bei der Einführung und Ausbreitung neuer Produktionen.

3. Die Hauptrichtung des Strukturwandels in der DDR muß darin bestehen, in allen Zweigen und Produktionsstufen bis hin zu den Finalerzeugnissen eine höhere Veredlung der eingesetzten Rohstoffe und Energieträger und eine damit verbundene höhere, ökonomisch realisierbare Wissenschafts- und Qualifikationsintensität der Produktion vor allem durch die weitere Entwicklung sowie stärkere Nutzung des Bildungs- und Qualifikationspotentials der Menschen zu erreichen. Die Herstellung und das vorrangige Wachstum innovativer, höher veredelter, wissenschafts- und qualifikationsintensiver Erzeugnisse und Erzeugnissysteme müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, einen höheren Effekt bei der Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung, bei der Anwendung der Produktionsmittel in der eigenen Volkswirtschaft und beim Export zu realisieren. Damit sind sie auch die wichtigste Bedingung, um ein langfristiges Wirtschaftswachstum ohne bzw. bei geringem Mehreinsatz von Energie und Rohstoffen zu erreichen. Dadurch soll der Strukturwandel auch dazu beitragen, die Umweltbelastungen nicht weiter zu erhöhen und schrittweise zu verringern.

4. Der Strukturwandel durch Innovationen kann nur dann den notwendigen Beitrag zum ökonomischen und sozialen Fortschritt in der DDR hervorufen, wenn es gelingt, seine verschiedenen Bewegungs- und Realisierungsformen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit vorausschauend, planmäßig zu gestalten. Hierzu gehören insbesondere:

— die Herausbildung und vorrangige Entwicklung neuer Produktionszweige und -komplexe, wie Mikroelektronik, Computertechnik, Softwareproduktion, biotechnologische Produktion;

— das Eindringen der Innovationen, der Schlüssel- und Hochtechnologien, in die traditionellen, klassischen Zweige (Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Chemie, Metallurgie und auch Leicht-, Textil- und Lebensmittelindustrie).

die hierdurch gewissermaßen von innen erneuert und zu wissenschaftsintensiven und zum Teil zu Hochtechnologieproduktionen werden können;

– die Veränderung und Neugestaltung der Verflechtungsbeziehungen zwischen und in den Zweigen einschließlich der Herausbildung neuer Systemlösungen (Mikroelektronik/Informationstechnik/Maschinenbau; neue Werkstoffe/Komplexe der verarbeitenden Industrie) und neuer Formen horizontaler und vertikaler Konzentration und Integration.

5. Der Strukturwandel, insbesondere die Veränderungen der inneren Strukturen der Zweige, kann nicht mehr vorwiegend durch neue Kapazitäten, durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte und materieller Ressourcen vollzogen werden. Er muß weitaus mehr als früher durch strukturelle Veränderungen im Rahmen existierender Kapazitäten, durch Gewinnung bzw. Freisetzung von Arbeitskräften und materiellen Ressourcen in den vorhan-

denen Betrieben und ihren Wiedereinsatz für neue Aufgaben erreicht werden. Ein Strukturwandel, der nicht über die Erweiterung der Produktionsfaktoren, sondern als integrierter Bestandteil ihrer qualitativen Entwicklung, ihrer intensiv *einfachen* Reproduktion realisiert wird, gewinnt eine weitaus größere Bedeutung. Daraus folgt aber auch, daß Flexibilität, Disponibilität und Mobilität aller Produktionsfaktoren sowie die Beherrschung des einheitlichen Prozesses von der Einsparung über die reale Freisetzung bis zum effektiven Wiedereinsatz von Arbeitskräften und materiellen Ressourcen einen neuen, höheren Stellenwert erhalten.

Im folgenden soll anhand wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern eine Übersicht zur bisherigen Entwicklung der Produktionsstruktur der DDR gegeben werden, ohne daß hier eine Analyse der diesen Veränderungen zugrunde liegenden Prozesse vorgenommen werden kann.

III. Einige Tendenzen und Ergebnisse des Strukturwandels der Produktion in der DDR

Tabelle 1: Anteile der Wirtschaftsbereiche am Nettoprodukt (in Prozent, vergleichbare Preise, Basis 1985)

	Industrie und prod. Handwerk	Bauwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	Binnenhandel
1950	39,8	5,1	38,4	7,7	6,8
1960	51,1	6,4	23,7	6,5	9,4
1970	56,4	7,6	17,3	6,2	9,3
1980	61,6	7,0	12,4	5,9	9,4
1987	64,2	7,3	11,0	5,3	8,7

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 101.

In der Tabelle widerspiegeln sich die einschneidenden Veränderungen der Makrostruktur seit 1950. Die Strukturanteile der Industrie haben sich kontinuierlich erhöht, während die der Landwirtschaft beträchtlich zurückgegangen sind, obgleich sie im Zusammenhang mit dem relativ hohen Grad der Eigenversorgung über den Strukturanteilen der Landwirtschaft der Bundesrepublik liegen. Bei einem realen Wachstum des produzierten Nationaleinkommens (entspricht dem Nettoprodukt aller Wirtschaftsbereiche) von 1950 bis 1987 auf das 8,6fache stieg das Nettoprodukt der Industrie und des produzierenden Handwerks auf das 11fache

und der Land- und Forstwirtschaft auf das 2fache. Die Strukturanteile der materiellen Dienstleistungen (Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Binnenhandel) am Nettoprodukt sind von 1960 bis 1987 von 15,9 Prozent auf 14,0 Prozent zurückgegangen und liegen beträchtlich unter den Strukturanteilen der Bundesrepublik.

In den beiden volkswirtschaftlichen Hauptbereichen haben sich die Anteile an der Produktion und an den Faktoren Arbeitskräfte und Grundmittel (Brutto-Anlagenvermögen) differenziert entwickelt (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteile der Industrie und Landwirtschaft am Nettoprodukt, an den Berufstätigen und den Grundmitteln der produzierenden Bereiche (Anteile in Prozent, vergleichbare Preise, Basis 1985)

	Industrie und produzierendes Handwerk	Land- und Forstwirtschaft
1955 Nettoprodukt	46,5	28,9
Berufstätige	38,8	26,3
Grundmittel ¹⁾	56,8	13,8
1970 Nettoprodukt	56,4	17,3
Berufstätige	44,5	15,5
Grundmittel ¹⁾	59,6	15,5
1987 Nettoprodukt	64,2	11,0
Berufstätige	47,7	13,8
Grundmittel ¹⁾	63,7	14,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 19, 101, 107.

¹⁾ Maschinen, Anlagen, Bauten u. ä.

Während in der Industrie der Anteil des Bruttoanlagenvermögens 1955 und 1970 noch beträchtlich über dem Anteil an der Nettoproduktion lag, hat sich diese Relation bis zum Jahre 1987 umgekehrt. Durch die im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen schnellere Entwicklung der Arbeitsproduktivität hat sich die Differenz zwischen den Strukturanteilen der Industrie am Nettoprodukt und an den Berufstätigen weiter vergrößert. In der Land- und Forstwirtschaft hat sich im Ergebnis eines starken Anstiegs des Brutto-Anlagenvermögens (Erhöhung von 1955 bis 1987 auf das 4,6fache) der Strukturanteil an diesem Produktionsfaktor relativ beträchtlich erhöht. Er betrug 1950 weniger als 50 Prozent der Strukturanteile am Nettoprodukt und an den Berufstätigen und lag 1987 über diesen Strukturanteilen.

Innerhalb der Industrie haben sich die Strukturanteile der Industriebereiche infolge stark unterschiedlicher Wachstumsraten beträchtlich verändert (vgl. Tabelle 3). Im Zeitraum 1950 bis 1987 (1950 = 100) stieg die Bruttoproduktion der Industrie auf das 12,2fache, der chemischen Industrie auf das 14,6fache, des Maschinen- und Fahrzeugbaus auf das 17,6fache und der Elektrotechnik/Elektronik und des Gerätebaus auf das 50fache. Wenn vom Zeitraum seit 1970 ausgegangen wird, so haben sich mit Ausnahme des Industriebereichs Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau nur relativ geringe Veränderungen in der Bereichsstruktur der Industrie vollzogen. Eine etwas differenziertere Übersicht zum Wachstum der verschiedenen Industriebereiche im Verhältnis zur Industrie insgesamt wird in der Tabelle 4 gegeben.

Tabelle 3: Anteile ausgewählter Industriebereiche an der Bruttoproduktion der Industrie (Anteile in Prozent, vergleichbare Preise, Basis 1985)

	Chemische Industrie	Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik/Gerätebau	Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)
1950	17	13	2	16
1960	16	17	4	12
1970	18	19	5	11
1980	19	20	7	10
1987	18	20	10	10

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 22.

Tabelle 4: Wachstum und relativer Wachstumskoeffizient der industriellen Bruttoproduktion der Industriebereiche
(vergleichbare Preise, Basis 1985)

	1970 1950		1980 1970		1987 1980	
	Wachstum in Prozent	Relativer Wachstums- koeffizient (Zuwachs- rate Industrie = 1)	Wachstum in Prozent	Relativer Wachstums- koeffizient (Zuwachs- rate Industrie = 1)	Wachstum in Prozent	Relativer Wachstums- koeffizient (Zuwachs- rate Industrie = 1)
Industrie gesamt	535	1	226	1	131	1
Energie- und Brennstoffindustrie	247	0,33	182	0,65	126	0,84
Chemische Industrie	613	1,18	238	1,10	127	0,87
Metallurgie	587	1,12	216	0,92	128	0,90
Maschinen- und Fahrzeugbau	734	1,46	234	1,06	135	1,13
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau	1 144	2,40	433	2,64	184	2,70
Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)	372	0,63	164	0,51	124	0,77
Textilindustrie	344	0,56	156	0,44	120	0,64
Lebensmittelindustrie	439	0,78	150	0,40	115	0,48

Quelle: Berechnet auf Grundlage des Statistischen Jahrbuches der DDR 1988, S. 21 f.

Tabelle 5: Wachstum, relativer Wachstumskoeffizient und Produktionsvolumen für ausgewählte Erzeugnisse im Zeitraum 1980 bis 1987
(konstante Preise, Basis 1985)

	1987 1980 Wachstum in Prozent	Relativer Wachstums- koeffizient (Zuwachsrate Industrie = 1)	Produktions- volumen 1987 Mio. M
Industrie	131	1	
Masch. u. Ausrüstung f. d. polygraph. Industrie	205	3,4	947
Industrieroboter	804	22,7	17,7 ¹⁾
Technologische Spezialausrüstungen für die Herstellung elektronischer und elektrotechnischer Erzeugnisse	216	3,7	667
Bauelemente der Elektronik	379	9,0	5 568
Halbleiterbauelemente	631	17,0	2 907
Geräte und Anlagen für die Überwachung, Regelung und Steuerung	181	2,6	2 398
Maschinen und Ausrüstungen für die Datenverarbeitung und Bürotechnik	270	5,5	4 380
Mikrolithographische Geräte	279	5,8	371

¹⁾ Produktionsvolumen in 1000 Stück, nicht mit Angaben aus den OECD-Ländern vergleichbar.

Quelle: Berechnet auf Grundlage des Statistischen Jahrbuchs der DDR 1988, S. 147-149.

Innerhalb der Industrie ergeben sich bei einer weiteren Unterteilung der Industriebereiche nach Industriezweigen noch größere Unterschiede in den Wachstumstempi. Die relativen Wachstumskoeffizienten ausgewählter Industriezweige (Zuwachsrate der Industrie = 1) betragen z. B. jeweils in den Zeiträumen 1980 : 1970 und 1987 : 1980 im Werkzeugmaschinenbau 1,9 und 2,0, in der elektronischen Industrie 2,8 und 5,8 sowie in der Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie 2,4 und 2,8. Am größten sind die Wachstumsunterschiede, wenn die Mikrostrukturen betrachtet werden. In der Tabelle 5 sind die Wachstumstempi und relativen Wachstumskoeffizienten für einige Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen mit einer besonders hohen Dynamik zusammengestellt.

Die hier skizzierten Tendenzen der Strukturentwicklung in der DDR bis 1987 werden auch für die nächsten Jahre charakteristisch sein. Hier sollen nur noch einige Aufgaben des Fünfjahrplans der DDR für den Zeitraum 1986 bis 1990 zur Materialisierung der Schlüsseltechnologien in einer modernen Produktionsstruktur hervorgehoben werden.

— Erhöhung des Automatisierungsniveaus der Produktion durch den Einsatz von 85 000—90 000 CAD/CAM-Arbeitsstationen, 70 000—80 000 Industrierobotern, 95 komplexen Automatisierungsvorhaben; in der metallverarbeitenden Industrie soll der Anteil des automatisiert gefertigten Produktionsvolumens bis 1990 auf 300 Prozent erhöht werden; der Anteil der Maschinen und Ausrüstungen der Mikroelektronik an der Gesamtproduktion dieser Maschinen, der 1985 bei Plast- und Elastver-

arbeitungsmaschinen, spanabhebenden Werkzeugmaschinen, polygraphischen Maschinen und Textilmaschinen zwischen 45 Prozent und 75 Prozent lag, soll weiter erhöht werden.

— Auf dem Gebiet der Biotechnologie sollen neue Diagnostika und Pharmaka, Enzyme u. a. entwickelt und in die Produktion übergeleitet werden. Die biotechnologische Produktion soll 1990 gegenüber 1985 auf 300 ansteigen.

— In der Chemie, Metallurgie, Glas- und keramischen Industrie steht die weitere Erhöhung des Anteils höher veredelter Erzeugnisse, und dabei speziell die Entwicklung und Produktion neuer Werkstoffe mit speziellen Eigenschaften, im Vordergrund.

— Bei der Strukturentwicklung der Konsumgüterproduktion geht es u. a. um die beschleunigte Erhöhung des Neuheitsgrades, der Qualität und des Veredelungsgrades sowie um weitere Strukturveränderungen zugunsten hochwertiger elektronischer Konsumgüter.

— In allen Zweigen und Bereichen steht die Aufgabe, die Struktur der Produktionsergebnisse und der technologischen Basis durch Beschleunigung der Innovationsprozesse weiter zu vervollkommen. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Entwicklung umweltschonender Technologien, die verstärkte Erfassung und Verwertung von Sekundärrohstoffen und industriellen Abprodukten, die letztlich auf die Herausbildung relativ geschlossener Rohstoffkreisläufe gerichtet sind.

IV. Wertung des bisherigen Strukturwandels durch Innovationen in der DDR: Probleme und Konsequenzen

Natürlich kann es hier nicht um eine umfassende Wertung des bisherigen Strukturwandels im Zusammenhang mit Innovationen gehen, sondern nur darum, hierfür einige relevante Aspekte hervorzuheben. Der Strukturwandel in der DDR beruhte in den letzten Jahren in wachsendem Maße auf Basisinnovationen zur Einführung und Anwendung der Mikroelektronik, Informationstechnik, flexibler Automatisierung, neuer Verfahren der Energie- und Materialökonomie sowie der chemischen Veredelung. Die davon ausgehenden Richtungen des Strukturwandels in der Industrie der DDR stimmen weitgehend mit internationalen Entwicklungstendenzen überein.

Die tatsächlich vollzogenen Veränderungen in der Produktionsstruktur seit Mitte der siebziger Jahre

waren eine notwendige Bedingung dafür, daß es trotz einschneidender Veränderungen in den Produktionsbedingungen möglich war, ein stabiles Wirtschaftswachstum — in den Jahren 1980 bis 1985 bei absolut geringerem Energie- und Rohstoffeinsatz —, eine Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung und eine dynamische Exportentwicklung zu erreichen (vgl. Tabelle 6).

Wenn die bisherigen Ergebnisse der Strukturentwicklung und die zukünftigen neuen Herausforderungen an den Strukturwandel bewertet werden, so kann nicht dabei stehengeblieben werden, das Ausmaß der Materialisierung der Schlüssel- und Hochtechnologien in neuen Komplexen oder Elementen der Produktionsstruktur und die Veränderung der Anteile der verschiedenen Bereiche, Zweige und

Tabelle 6: Wachstum ausgewählter makroökonomischer Größen 1970 bis 1987
(vergleichbare Preise, Basis 1985, 1970 = 100)

	Wachstum 1987 1970 in Prozent	Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten in Prozent
Produziertes Nationaleinkommen	217	4,6
Volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität (produziertes Nationaleinkommen je Berufstätigen im produzie- renden Bereich)	205	4,3
Konsumtion	193	3,9
Außenhandelsumsatz (bei höheren Wachstumsraten des Exports als des Imports)	225	4,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 99, 102, 239.

Erzeugnisse zu konstatieren. Es geht vor allem um die ökonomischen und sozialen Wirkungen der Strukturentwicklung, um ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt. In der DDR geht es darum, den Strukturwandel so zu beherrschen, daß er zum Wohle der Menschen erfolgt, und zwar nicht nur eines Teils der Bevölkerung, sondern jedes Individuums, aller Mitglieder der Gesellschaft.

Aus dem gesellschaftlichen System, den Eigentumsverhältnissen in der DDR ergibt sich, daß bei allen Wandlungsprozessen der Struktur die Aufgabe gelöst werden muß, wissenschaftlich-technischen in sozialen Fortschritt für alle umzusetzen. Dieser objektiv begründete soziale Anspruch impliziert, daß grundsätzlich niemand aus diesem Prozeß ausgeschlossen oder ausgegrenzt wird, aber ebenso, daß bei der gegebenen Stufe der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Produktion die Art und der Umfang, in dem jedes Mitglied der Gesellschaft an den Ergebnissen beteiligt wird, ungleich sind. In Abhängigkeit von der realen Leistung für den wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritt sollen auch die Verbesserungen in den Konsumtionsbedingungen für jeden einzelnen differenziert werden. Das schließt ein, die Grundrechte auf Arbeit, Bildung, gesundheitliche Betreuung u. a. für alle zu sichern und weiter zu verbessern und zugleich die Einkommen und das reale Konsumtionsniveau entsprechend dem Leistungsprinzip stärker zu differenzieren.

Die recht umfassenden strukturellen Wandlungsprozesse konnten in der DDR ohne Strukturkrisen bei sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung erreicht werden. Das heißt aber auf keinen Fall, daß

damit schon die sehr komplizierten und oft widersprüchlichen sozialen Herausforderungen des Strukturwandels infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gelöst wären. Das zeigen auch die Diskussionen, die in einigen sozialistischen Ländern um eine zeitweilige, begrenzte Arbeitslosigkeit oder um den Inhalt sozialer Sicherheit geführt werden. Wie die sozialen Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und Strukturwandels vor allem hinsichtlich sozialer Sicherheit, Vollbeschäftigung und ökologischem Gleichgewicht in kapitalistischen und sozialistischen Ländern bewältigt werden, davon werden Inhalt und Ergebnisse der friedlichen Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme zukünftig immer mehr geprägt werden.

Aus einer kritischen Analyse und Bewertung der strukturellen Wandlungen in der DDR ergibt sich, daß deren internationaler Neuheitsgrad, Tempo und Komplexität zu einem beträchtlichen Teil noch nicht ausreichen, um die Effektivitätspotentiale der Innovationen umfassend zu nutzen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Bei einem Vergleich der DDR mit den fortgeschrittenen westlichen Industriestaaten zeigt sich, daß die nationalen Aufwendungen besonders auf den innovativen Gebieten der high-tech-Produktionen häufig zu hoch sind und nicht voll auf den internationalen Märkten realisiert werden können. Die Dynamik, mit der die Aufwendungen je Leistungs- oder Gebrauchswerteinheit gesenkt werden, ist, wenn von internationalen Maßstäben ausgegangen wird, noch zu gering.

Rückstände gegenüber dem international fortgeschrittenen Stand bestehen u. a. darin, daß die Innovationen oft noch mit einer zu großen zeitlichen Verzögerung in neuen Produktionsstrukturen wirksam werden, Anwendungsbreite und Ausbreitungsgeschwindigkeit der neuen Strukturelemente zu einem beträchtlichen Teil noch nicht den internationalen Maßstäben entsprechen und ihre Wirksamkeit für die Herstellung neuer Konsumgüter und Dienstleistungen für die Bevölkerung noch nicht ausreicht.

Bei Strukturveränderungen bestehen oft Schwierigkeiten, die vielfältigen Verflechtungen zu den vorgelagerten Stufen und zu den Anwendern quantitativ, besonders aber auf dem notwendigen hohen qualitativen Niveau zu sichern. Ein Grundproblem besteht darin, daß es wesentlich besser als bisher gelingen muß, Strukturveränderungen der Produktion zugunsten wissenschaftsintensiver, höher veredelter Erzeugnisse in den Exportstrukturen gegenüber der BRD und anderen kapitalistischen Industrieländern wirksam werden zu lassen.

Ein Hauptproblem, das die Strukturentwicklung in der DDR sehr stark beeinflusst, besteht in dem im Verhältnis zur Größe der Volkswirtschaft und den verfügbaren Ressourcen sehr breiten Produktionsprofil besonders bei den innovativen neuen Produktionen, die hohe, weit überdurchschnittliche spezifische Forschungs- und Entwicklungs- sowie Investitionsleistungen verlangen. Aus dem im Verhältnis zur Bundesrepublik und den anderen westlichen Industriestaaten wesentlich ungünstigeren Verhältnis zwischen verfügbaren wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Ressourcen einerseits und der Breite und Vielfalt des besonders in den Zweigen der Hochtechnologie in hohem Tempo zu erneuernden Produktionsprogramms andererseits ergeben sich vor allem zwei die Effektivitätsdynamik und internationale Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflussende Faktoren:

Erstens ein ständiger tiefer Widerspruch zwischen den verfügbaren Innovationsressourcen und den damit zu bewältigenden vielfältigen und komplexen Strukturprozessen. Da mit den verfügbaren Ressourcen nicht alle notwendigen Aufgaben gleichzeitig gelöst werden können, resultieren hieraus gegenüber der internationalen Entwicklung Zeit- und Qualitätsrückstände, Probleme in der Beherrschung der Komplexität der Innovationen und auch Disproportionen in der materiell-technischen Basis, die sich natürlich auf Effektivität und Exportfähigkeit auswirken.

Zweitens eine auf die hohen Vorleistungen in Forschung und Entwicklung bezogene zu geringe Produktion (Stückzahl, Volumen), die zu höheren Auf-

wendungen je Einheit des Produktionsergebnisses führt und Schwierigkeiten bei der Reproduktion der notwendigen Vorleistungen für die folgenden Innovationen („neue Generationen“) hervorrufen kann. Diese Probleme sind auch eine Folge des noch nicht befriedigenden Standes der Integration im RGW, der internationalen Zusammenarbeit, Spezialisierung und Kooperation der sozialistischen Länder besonders bei den Hochtechnologieproduktionen.

Wenn ein Vergleich der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen wird, so kommt noch hinzu, daß die westlichen Konzerne die Möglichkeit haben, und sie auch sehr stark nutzen, Vereinbarungen zur gemeinsamen Forschung und Entwicklung mit den auf den jeweiligen Gebieten führenden oder zumindest vordere Plätze einnehmenden Unternehmen abzuschließen oder mit ihnen teilweise vollständig zu fusionieren. Sie sind auch nicht mit den Embargobestimmungen des Cocom konfrontiert. Sie können in der Regel das für high-tech-Produkte erforderliche know-how sowie die notwendigen Zulieferungen von den im internationalen Maßstab jeweils leistungsfähigsten bzw. für sie günstigsten Unternehmen beziehen. Diese Faktoren führen zu einer realen Ungleichheit in den internationalen Wettbewerbsbedingungen insbesondere bei den high-tech-Produktionen zwischen den Konzernen und Unternehmen der BRD und den Kombinat- und Betrieben der DDR. Sie wirken sich auf die Höhe des je Einheit der Produktion erforderlichen Ressourceneinsatzes sowie auf das Innovationstempo und zum Teil auch auf das qualitative Niveau der neuen Produktionskomplexe mit ihren vielfältigen Verflechtungsbeziehungen aus.

Ohne diese ungünstigen ökonomischen Bedingungen zu berücksichtigen, kann m. E. keine objektive, realistische Bewertung der Beziehungen zwischen Innovationen und dem Strukturwandel in der DDR — insbesondere auf solchen Gebieten wie Mikroelektronik, Informationstechnik, neue Werkstoffe, Biotechnologie — vorgenommen werden. Dies gilt insbesondere für den in den letzten zehn Jahren in der DDR erreichten Aufbau leistungsfähiger Forschungs- und Entwicklungs- sowie Produktionskapazitäten der mikroelektronischen Industrie mit der Serienproduktion von Computern mit Mikroprozessoren von 8—32 bit und der Entwicklung des 1-Megabit-Speicherschaltkreises im Jahre 1988.

Ein weiterer wesentlicher Umstand, der die Möglichkeiten für Umfang und Tempo progressiver Strukturveränderungen ebenfalls begrenzt, ergibt sich aus der starken Konzentration der Investitionen auf die Sicherung der Energie- und Rohstoff-

basis bei zunehmender Nutzung einheimischer Vorkommen. Für die Zweige der Energie-, Rohstoff- und Materialbasis werden mit über 60 Prozent der Industrieinvestitionen in der DDR weit höhere Anteile eingesetzt als in der BRD. Damit im Zusammenhang war und ist der Anteil der Zweige des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der Elektronik, die die materiellen Grundlagen für den Strukturwandel in der gesamten Volkswirtschaft schaffen, an den Investitionen der Industrie beträchtlich geringer als in der BRD. Hinzu kommt, daß die Investitionen der Volkswirtschaft in den Jahren 1982 bis 1985 unter dem absoluten Niveau des Jahres 1980 lagen.

Es wäre aber einseitig und vereinfacht, alle Probleme des Strukturwandels in der DDR mit diesen Unterschieden in den internationalen Bedingungen, in der Investitionsstruktur und anderen objektiven Faktoren zu begründen. Eine Schlüsselrolle für eine hohe Dynamik und Effektivität des Strukturwandels kommt all den Fragen zu, die mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Nutzung ihrer Vorzüge und Triebkräfte verbunden sind. Die hier existierenden Probleme, speziell die noch nicht befriedigend gelösten Fragen des Wirtschaftsmechanismus, sind natürlich bei der Erklärung von Rückständen im Tempo und der Effektivität der Strukturprozesse zu berücksichtigen. Grundfragen sind in diesem Zusammenhang m. E. die notwendige höhere Flexibilität oder kürzere Anpassungszeiten der Produktion an veränderte Bedingungen und wesentlich stärkere ökonomische Interessen der Betriebe und Kombinate, veraltete Produktionen einzustellen und Produktionen mit einem hohen internationalen Neuheitsgehalt aufzunehmen und vorrangig zu entwickeln.

Aus diesen Problemen ergeben sich Schlußfolgerungen für die Weiterentwicklung und bessere Beherrschung der Beziehungen zwischen Innovationen und Strukturwandel im Interesse des Ziels der sozialistischen Produktion:

Erstens gilt es, den Wirtschaftsmechanismus so weiterzuentwickeln, daß er weitaus wirksamer als bisher dazu beiträgt, die sozialen Vorzüge des Sozialismus — wie soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Vollbeschäftigung, Planmäßigkeit — mit einer hohen innovativen Dynamik und Flexibilität der Produktionsstrukturen zu verbinden. Hier soll nur auf solche Aufgaben hingewiesen werden wie die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen zentraler Leitung und Planung und höherer Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate, ferner zwischen Plan und Markt, nicht als einander entgegengesetzte Alternativen, sondern als einander ergän-

zende notwendige Elemente einer effektiven Funktionsweise der sozialistischen Produktion.

Das heißt, es geht nicht primär um die Einschränkung der zentralen Leitung und Planung, u. a. des Umfangs der Plankennziffern — obgleich das auch erforderlich sein wird —, sondern vor allem um die *stärkere Ausprägung der jeweils spezifischen Funktionen* der zentralen staatlichen Leitung und Planung und der Wirtschaftssubjekte bei der effektiven Realisierung von Innovations- und Strukturprozessen. Das bedeutet eine Präzisierung und neue Ausgestaltung der Funktionen einer zentralen staatlichen Strukturpolitik. Sie muß unter den Bedingungen eines höheren Stellenwerts innovativer Suchprozesse auf der Mikroebene, einer höheren Eigenverantwortung und eines größeren ökonomischen Spielraums der Kombinate und Betriebe für die Weiterentwicklung ihrer konkreten Produktions- und Exportstrukturen vor allem darauf gerichtet sein, die hierfür günstigsten, langfristigen, stabilen volkswirtschaftlichen Bedingungen — Preise, Normative der Bildung und Verwendung betrieblicher Fonds, Kredit- und Zinspolitik, Steuern — zu sichern.

Hierzu gehört auch, solche ökonomischen Bedingungen zu gestalten, daß die Wirtschaftseinheiten stärker an progressiven Strukturveränderungen interessiert sind, Ausmaß und Tempo ihrer möglichen Durchführung in einem höheren Grad von den Ergebnissen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit abhängen sowie die Bewertung und Auswahl von Varianten der Strukturentwicklung nach objektiven ökonomischen und sozialen Kriterien verbessert wird. In der DDR wird die weitere Ausgestaltung und umfassende Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die Kombinate und Betriebe als Hauptweg gegangen, um diese Bedingungen zu schaffen.

Ein grundlegender Bestandteil aller Überlegungen zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus muß darin bestehen, die Bedingungen dafür weiterzuentwickeln, daß die Werktätigen wirksamer in den demokratischen Entscheidungsprozeß zur Vorbereitung von Strukturveränderungen einbezogen werden und von vornherein die sozialen Erfordernisse als wichtige Ausgangspunkte zu berücksichtigen und die sozialen Wirkungen im Interesse der Menschen noch besser zu beherrschen sind.

Zweitens ist es erforderlich, die Qualität der langfristig-strategischen Arbeit auf allen Ebenen zu erhöhen. Zu den Aufgaben der zentralen staatlichen Strukturpolitik gehört, die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wichtigen strategischen Prioritäten und Richtungen der Strukturentwicklung zu be-

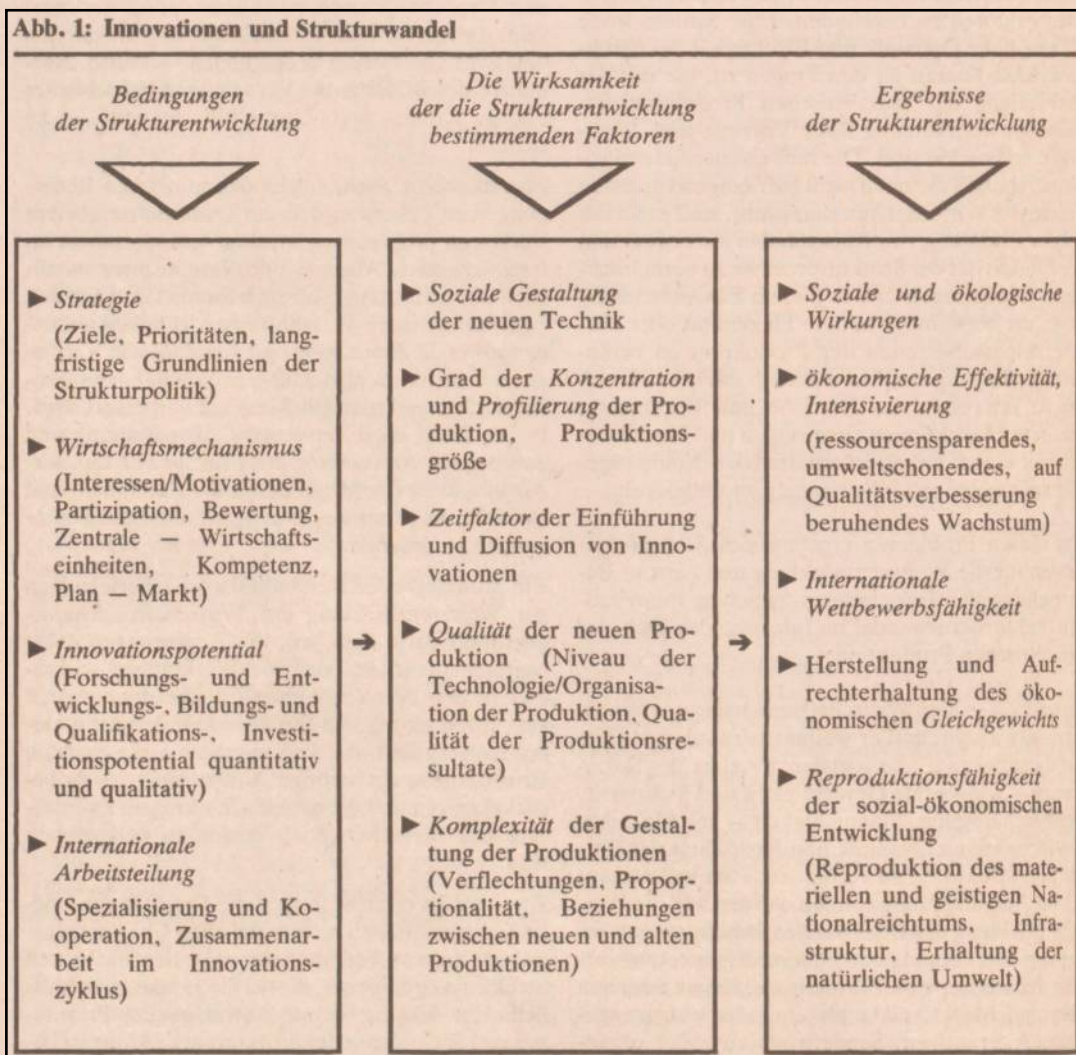
stimmen und durch Konzentration der erforderlichen Ressourcen durchzusetzen.

Drittens ist es notwendig, die wissenschaftlich-technischen, Bildungs- und Qualifikations- sowie ökonomischen Voraussetzungen für den Strukturwandel entsprechend den neuen Maßstäben zu gestalten und auf einem stets höheren Niveau zu reproduzieren. Die ökonomische Wirksamkeit des Strukturwandels wird letztlich von der Bildung und Qualifikation der Menschen, von ihrem schöpferischen Potential und ihrer Motivation zu dessen Nutzung in der Forschung und Entwicklung sowie bei der Überleitung der Innovationen in die Produktion bestimmt. Wenn Forschungs- und Entwicklungsergebnisse mit einem hohen Neuheitsgrad vorliegen, so wird der durch ihre Nutzung erzielbare Nutzen sehr stark davon bestimmt, daß die für eine breite

und rasche Anwendung notwendigen Investitionen im Hinblick auf Umfang, materiell-technische Struktur und technologisches Niveau erwirtschaftet und verfügbar werden.

Viertens ist die Herausbildung einer höheren Qualität der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit im RGW auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologien eine unerläßliche Bedingung, um Rückstände im Tempo und Niveau des Strukturwandels nicht noch größer werden zu lassen, sondern sie auf wichtigen Gebieten einzuschränken, und die ökonomische und soziale Effektivität struktureller Veränderungen zu erhöhen. Höhere, am internationalen Stand gemessene Innovationsbeiträge der sozialistischen Länder sowie die rationellere Gestaltung der Integrationsprozesse im RGW zur Beschleunigung des Strukturwandels sind auch wichtige Bedin-

Abb. 1: Innovationen und Strukturwandel



ungen dafür, daß sich die Mitgliedsländer des RWG verstärkt und zu gegenseitigem Vorteil an weltwirtschaftlichen Prozessen der Arbeitsteilung, der Innovationen und des Technologietransfers beteiligen.

Abschließend soll anhand von zwei Abbildungen eine Übersicht über wichtige Bedingungen, Faktoren und Ergebnisse der Strukturentwicklung gegeben werden. In der Abbildung 1 wird gezeigt, wie die Bedingungen der Strukturentwicklung über eine Reihe von Faktoren die sozialökonomischen Ergebnisse des Strukturwandels bestimmen. Dabei wirken größtenteils alle Bedingungen in der einen oder anderen Weise auf die Faktoren der Strukturentwicklung ein. So sind z. B. der *Zeitfaktor* der Einführung und Diffusion von Innovationen ebenso wie die *Qualität* der neuen Produktionen sowohl von der Strategie wie vom Wirtschaftsmechanismus, dem Innovationspotential und der internationalen Arbeitsteilung abhängig. Auch die einzelnen Ergebnisse des Strukturwandels werden jeweils von der Gesamtheit der Faktoren, von der Komplexität und Verflechtung ihrer Wirkungen bestimmt.

Diese schematische Darstellung wichtiger Seiten der Strukturentwicklung bietet einen geeigneten Rahmen, um den bisher erreichten Stand, die Resultate, Probleme und Schwachpunkte sowie Reserven zu diskutieren. Bei den Ergebnissen der Strukturentwicklung müssen die differenzierten und zum Teil recht widersprüchlichen kurz- und langfristigen Wirkungen z. B. solcher Kriterien wie Gleichgewicht/Proportionalität und Reproduktionsfähigkeit besonders beachtet werden. Diese Ergebniskriterien geben auch Ansatzpunkte, um die unterschiedlichen Wirkungen des Strukturwandels unter kapitalistischen und sozialistischen Bedingungen zu charakterisieren. Diese Zusammenstellung der verschiedenen Ergebniskriterien soll auch deutlich machen, daß der Strukturwandel nicht nach einzelnen Ergebnissen, sondern möglichst komplex bewertet werden muß. In der Abbildung 2 werden die Bedingungen der Strukturentwicklung nach verschiedenen Kriterien etwas näher betrachtet. Mit den unter A angeführten Beziehungen soll hervorgehoben werden, daß alle vier Bedingungen für eine effektive Strukturentwicklung notwendig sind, daß sie sich gegenseitig ergänzen und nicht austauschbar

Abb. 2: Analyse der Bedingungen der Strukturentwicklung nach verschiedenen Kriterien

- Bedingungen: ▶ 1. Strategie
▶ 2. Wirtschaftsmechanismus
▶ 3. Innovationspotential
▶ 4. Internationale Arbeitsteilung

A. Beziehungen zwischen diesen Bedingungen

- ▶ Verflechtungen, gegenseitige Abhängigkeiten; alle Bedingungen sind untereinander stark verflochten und beeinflussen sich gegenseitig.
- ▶ Substitutionsmöglichkeiten — stark eingeschränkt.
- ▶ Komplementarität — stark ausgeprägt.

B. Rolle der verschiedenen Bedingungen für die Wirksamkeit der Strukturentwicklung

- ▶ Ist eine Gewichtung möglich?
- ▶ Gibt es eine Veränderung des Stellenwerts der verschiedenen Bedingungen in der Zeit?
- ▶ Alle Bedingungen enthalten sehr große, noch erschließbare Möglichkeiten für eine effektive Strukturentwicklung.

C. Richtungen für die weitere Gestaltung dieser Bedingungen der Strukturentwicklung

- ▶ Verstärkung, Qualifizierung (insbesondere bei 1 und 3).
- ▶ tiefgreifende Veränderung, Entwicklung (insbesondere bei 2 und 4).

sind. So können z. B. unrealistische Strukturentscheidungen ebensowenig durch eine hohe Motivation an Innovationen ausgeglichen werden, wie es möglich ist, einen uneffektiven Wirtschaftsmechanismus durch einen Mehreinsatz an Investitionen zu ersetzen.

Die unter B enthaltenen Fragen könnten skizzenhaft wie folgt beantwortet werden: eine quantitative Bestimmung des Einflusses der verschiedenen Bedingungen ist m. E. nicht möglich; das schließt jedoch nicht aus, daß es eine bestimmte Reihenfolge in ihrer Bedeutung geben kann. Der Stellenwert der verschiedenen Bedingungen kann sich mit der Zeit verändern, wobei in der Gegenwart und näch-

sten Zukunft, der Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus und der internationalen Arbeitsteilung eine dominierende Rolle zukommt. Die unter C angeführten Richtungen der weiteren Gestaltung dieser Bedingungen sollen die Frage beantworten, ob es vorwiegend um ihre Verstärkung, Qualifizierung und Vervollkommnung geht oder um tiefgreifende Veränderungen und Entwicklungsprozesse.

Der eigentliche Zweck dieser schematischen Übersichten besteht weniger darin, die aufgeworfenen Fragen definitiv zu beantworten, als einen Rahmen für die Diskussion einiger mit der Strukturentwicklung verbundenen Probleme zu geben.

Innovationsprobleme und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland

I. Vorbemerkungen

Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Wandel bedingen sich wechselseitig. Einen Ausschnitt hieraus stellt der Zusammenhang von Innovationen und wirtschaftlichem Strukturwandel dar. Eine nichtstationäre Wirtschaftsentwicklung mit Innovationen ist im allgemeinen gleichbedeutend mit einer Veränderung wirtschaftlicher Strukturen. Strukturwandel kann sich auf sehr unterschiedliche Sachverhalte beziehen. Zu nennen sind vor allem die Veränderung der Produktionsstruktur — die Einsatz- und Organisationsstruktur von Arbeit und Kapital —, die Veränderung der hergestellten Güter (Waren und Dienstleistungen) sowie die Veränderung von Niveaus und Strukturen der Einkommen und der Nachfrage (private und öffentliche Haushalte, Inland und Ausland u. a.).

Das „Produkt“ einer Volkswirtschaft nimmt im Zeitverlauf zu, wenn Quantität oder Qualität der zur Erstellung des Produktes eingesetzten Produktionsmittel („Produktionsfaktoren“) steigen. Die verfügbaren Mengen an Arbeit und Kapital einer Volkswirtschaft hängen u. a. davon ab, wie groß das Erwerbspersonenpotential ist und wieviel Anlagen zu Produktionszwecken (rentabel) zur Verfügung stehen, d. h. wieviel in der Vergangenheit in Produktionsmittel investiert worden und zu einem bestimmten Zeitpunkt noch vorhanden und ökonomisch rentabel nutzbar ist. Dies wird u. a. durch das Verhältnis von Konsum und Sparen in einer Volkswirtschaft bestimmt, während das Erwerbspersonenpotential von der Bevölkerungszahl und Altersstruktur sowie dem Erwerbsverhalten der Bevölkerung und dieses wiederum von einer Vielzahl sozialer, kultureller und ökonomischer Faktoren abhängt. Hinzu kommen internationale Bewegungen bei Kapital und Arbeit.

Neben der Quantität sind die Qualität der eingesetzten Produktionsfaktoren sowie die Effizienz der Umsetzung von Inputs in Output von entscheidender Bedeutung für das Produktionsergebnis. Dieser Sachverhalt wird in den Wirtschaftswissenschaften mit dem „technischen Fortschritt“ oder dem technischen Wandel umschrieben, der — an die Produktionsfaktoren gebunden oder eigenständig — unterschiedliche Auswirkungen auf Wachstum und Verteilung haben kann¹⁾.

Innovationen lassen sich als Ergebnisse des technischen Wandels beschreiben. Damit wird der Zusammenhang von Innovationen und Strukturwandel deutlich: Innovationen erhöhen die Effizienz der Produktion und/oder führen zu neuen Produkten und/oder Produktionsprozessen; die gleichzeitig steigende Arbeitsproduktivität bedeutet zumeist steigende Realeinkommen, wobei sich Güterpreise, Gewinne und Entlohnung, Investitionen und Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich entwickeln, da die Bedeutung der Innovationen nicht in allen Wirtschaftszweigen gleich ist.

In den Wirtschaftswissenschaften werden Innovationen überwiegend als wirtschaftliche Anwendungen von Erfindungen betrachtet. So sind beispielsweise für Schumpeter neue Güter, neue Produktionsprozesse, neue Märkte, aber auch neue Organisationsformen Innovationen²⁾. Zweifellos haben sie aber eine über den wirtschaftlichen Bereich und ihre Prozeß- und Ergebnisorientierung hinausgehende Bedeutung. Der Innovationsprozeß im weiteren Sinne ist als Erneuerungsprozeß auf verschiedenen Ebenen, so auch auf der Ebene der Gesellschaft und der Institutionen, zu verstehen.

¹⁾ Vgl. J. R. Hicks, *The Theory of Wages*, London 1932; R. F. Harrod, *Towards a Dynamic Economics*, London 1948; R. M. Solow, *Growth Theory*, New York 1970.

²⁾ Vgl. J. A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1964.

II. Innovationen und Innovationsprobleme

1. Entstehung und Verbreitung von Innovationen

Mehr als die Wirkungen des technischen Fortschritts interessieren also vor allem die Probleme der Hervorbringung neuen wirtschaftlich verwertbaren Wissens. Neben dem „autonomen“, eher zufälligen technischen Fortschritt gerät deshalb der durch die Investitionsgüternachfrage³⁾, durch die gestiegenen Einkommen oder durch gezielte Forschung und Entwicklung (FuE) induzierte technische Fortschritt in den Vordergrund. Erfindergeist und die Fähigkeit, Neuerungen aufzunehmen, sind ebenso zu berücksichtigen wie Lernprozesse aufgrund vorangegangener Erfahrungen (learning by doing)⁴⁾.

Angesichts vielfältiger Rückwirkungen von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung auf den technischen Fortschritt und damit auf die Innovationen hat sich eine Sichtweise als anschaulich herausgeschält und verfestigt: Je mehr Forschung, Erfindungen und Entwicklungen bis hin zur Anwendungsreife, um so größer ist das Wachstums- und Wohlstandspotential einer Volkswirtschaft. Der Strukturwandel ist um so ausgeprägter, je grundlegender die Erfindungen und die darauf aufbauenden ökonomisch-technischen Entwicklungspotentiale sind. Neben Basisinnovationen – wie die Dampfmaschine (Eisenbahn) – haben aber auch Innovationen, die nicht so breit wirken – wie Chemiefasern –, und wiederum solche, die Verbesserungen bestehender Produkte und Produktionsprozesse betreffen, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Strukturwandel.

Zweifellos sind heute noch immer Anwendungen bahnbrechender älterer Erfindungen (Elektrizität, Chemie) in vielen Volkswirtschaften wirksam. Rechner- und Nachrichtentechniken, Meß- und Handhabungstechniken, Weltraum- und Luftfahrttechniken haben, z. T. auch im Zusammenhang mit der Rüstungswirtschaft, einen erheblichen Aufschwung genommen. Durch die Mikroelektronik und die Fortschritte bei der Miniaturisierung und der Steigerung der Leistungsfähigkeit sind neue Anwendungen und eine Verbreiterung ihrer Einführung in Produkte und Produktionsprozesse möglich geworden. Computer-numerisch gesteuerte (CNC)-Werkzeugmaschinen, Computerintegrierte Fertigung (CIM) und Roboter sind Beispiele hierfür. Hinzu kommen Biotechnologien,

neue Werkstoffe und opto-elektrische Techniken (Laser, Sensortechniken u. a.).

Volkswirtschaftlich bedeutsam ist neben dem Faktum von Innovationen auch deren möglichst große Verbreitung. Im Gegensatz zu diesem gesamtwirtschaftlichen, unter Wohlfahrtsgesichtspunkten sinnvollen Ziel will der „dynamische Unternehmer“ (Schumpeter) möglichst lange seinen Innovationsvorsprung behalten und Entwicklungskosten und eingegangene Risiken amortisieren und möglichst hohe Gewinne erzielen.

Der – dynamische Effekte auslösende – Innovationsprozeß ist in der Bundesrepublik in erster Linie ein Suchprozeß der Unternehmen; wirtschaftlicher Strukturwandel und Innovationen sind Resultat einer Vielzahl von Einzelentscheidungen von Unternehmen, vor allem über Investitionen. Diese vollziehen sich teilweise in Anpassung an weltwirtschaftliche Entwicklungen und Veränderungen der Rahmenbedingungen, teilweise aber auch „autonom“. Der marktwirtschaftliche Suchprozeß basiert auf einer effizienten Verwertung von Informationen, die z. T. über das Preissystem signalisiert werden. Schnelle Informationsbeschaffung, Informationsauswertung und -umsetzung sind für den Unternehmenserfolg entscheidend. Dieser Suchprozeß wird in einer „sozialen Marktwirtschaft“ aber – neben den Preisen – durch andere Regelmechanismen ergänzt. Im gemischtwirtschaftlichen System der Bundesrepublik tritt neben den privatwirtschaftlichen Wettbewerbssektor der Staat als parlamentarisch legitimierte, rahmensetzende Instanz, aber auch als wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Akteur.

2. Innovationsprobleme

a) Soziale Basisinnovationen

Innovationen können z. B. mit Entscheidungen darüber verbunden sein, ob und in welchem Ausmaß in schulische und berufliche Bildung „investiert“, universitäre Spezialisierung ermöglicht und Grundlagenforschung betrieben werden soll. Damit wird das Potential von Erfindungen und Innovationen entscheidend verändert.

Die Mitte der sechziger Jahre initiierte Bildungsreform, der Ausbau von Universitäten und der Grundlagenforschung stellen in der Bundesrepublik soziale Innovationen mit großer Reichweite für das technologische Innovationspotential und für den Strukturwandel dar. Sicherlich gehört das Maß an schulischer, universitärer und beruflicher Bildung sowie an Grundlagenforschung zu den entscheidenden Aktivposten der Bundesrepublik im

³⁾ Vgl. J. Schmookler, *Inventions and Economic Growth*, Cambridge, Mass., 1966.

⁴⁾ Vgl. K. J. Arrow, *The Economic Implications of Learning by Doing*, in: *The Review of Economic Studies*, 29 (1962), S. 155–173.

internationalen Vergleich. Andere institutionelle Innovationen betreffen die Ausgestaltung des Gesundheitswesens, des Sozialsystems und der Arbeitnehmervertretung. Fortentwicklungen in diesen Bereichen stellen ständige Anforderungen an die Innovationsbereitschaft dar. In der jüngsten Vergangenheit sind hier Lösungen, die von einem breiten Konsens getragen werden, immer schwieriger geworden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die erforderlichen politischen und sozialen Innovationen, um die Umweltschädigung nachhaltig zu vermindern — z. B. durch Bewußtseins- und Verhaltensänderungen, aber auch durch die Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Ausschöpfung und Forcierung technischer Umweltinnovationen. Hier sind gravierende Defizite zu verzeichnen.

b) Staatliche Innovationsförderung

Während die Anstrengungen im schulischen und universitären Bereich einschließlich der Grundlagenforschung international als originäres, nach eigenen Präferenzen zu verfolgendes Interesse der jeweiligen Volkswirtschaften weitgehend unumstritten sind, geraten solche Teile der Forschungs- und Technologie-(FuT)-Politik in die Diskussion, die sich über den Grundlagenbereich hinaus bis hin zur Erprobung oder gar Markteinführung erstrecken.

Aufgrund der Bedeutung der Innovationen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, aber auch aufgrund des öffentlichen Interesses an Sicherheit — einschließlich des (Eigen-)Interesses der Militärs und der Rüstungsindustrien — geraten die politischen Entscheidungsträger unter starken Druck, viele Dinge, die über den Grundlagenbereich hinausgehen, mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Dies wirft dann allerdings Probleme eines internationalen Subventionswettlaufs samt den daraus möglicherweise sich entwickelnden handelspolitischen Auseinandersetzungen bzw. protektionistischen Maßnahmen auf.

Subventionswettbewerb und protektionistische Maßnahmen führen zu unnötigen finanziellen Belastungen einzelner Volkswirtschaften. Unter mehreren Gesichtspunkten ist ein Subventionsverhalten, das allein auf eine Begünstigung bzw. Abschottung der heimischen Wirtschaft zielt, fragwürdig. Sie ist häufig Teil eines umfassenden merkantilistischen Denkens bzw. einer beggar-my-neighbor-Politik, die heute noch — oder wieder — von starkem Einfluß auf die nationale Wirtschaftspolitik vieler Länder ist. Die staatliche Innovationspolitik spielt hierbei oft nur eine untergeordnete Rolle.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem der in den meisten entwickelten Volkswirtschaften praktizierten Subventionierung besteht in der ähnlich gelagerten Prioritätsstruktur der verfolgten FuT-Politik. Neben den finanziellen Konsequenzen besteht daher die Gefahr, daß weltweite Überkapazitäten auf der einen Seite aufgebaut, auf der anderen Seite aber andere vielversprechende Entwicklungslinien vernachlässigt werden. Dabei werden zuweilen auch angesichts scheinbar übermächtiger ausländischer Angebotsoligopolisten Schutzzoll-Argumente (Schutz im Aufbau befindlicher Industrien) vorgebracht (Airbus, Megachip). Trotz einer solchen Begründung oder des Hinweises auf unverzichtbare „Schlüssel“-Technologien kann das tatsächlich verfolgte Ziel in Konflikt mit den Vorteilen einer internationalen Kooperation und Arbeitsteilung geraten. Bei einer Abwägung sind allerdings als unverzichtbar anzusehende Ausstrahlungseffekte solcher Technologien für andere Entwicklungslinien zu berücksichtigen.

c) Konzentrationsgrad und Innovationen

In der Bundesrepublik wird — etwa seit 1970 — die Notwendigkeit einer auf kleinere und mittlere Unternehmen zugeschnittenen FuT-Politik betont, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen ist die auf großtechnologische Entwicklungslinien gerichtete FuT-Politik vor allem großen Unternehmen zugute gekommen, so daß die für kleinere und mittlere Unternehmen ohnehin bestehenden Nachteile bei der Finanzierung von FuE und den mit Innovationen verbundenen Risiken noch verstärkt wurden. Zum anderen wurde und wird die Position vertreten, daß kleinere Unternehmenseinheiten eine höhere Flexibilität und auch ein relativ größeres Potential besitzen, neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Hinzukommt, daß kleinere und mittlere Unternehmen eine für ein auf dezentralen Entscheidungs- und Wettbewerbsprinzipien aufbauendes marktwirtschaftliches System angemessene Größe haben.

Was die Innovationsfähigkeit angeht, so lassen sich kaum generelle Aussagen für die Überlegenheit von größeren oder kleineren Unternehmen gewinnen⁵⁾. Sicherlich gibt es Unterschiede in der Art der Innovationen von größeren und kleineren Unternehmen: Kleinere und nicht so teure bzw. risikoreiche Innovationen sind eher von kleineren und mittleren Unternehmen zu erwarten als große, teure und risikoreiche Innovationsprozesse, für die Großunternehmen besser gerüstet sind. In der Bun-

⁵⁾ Vgl. E. Mansfield. *The Economics of Industrial Innovation*. New York 1968; F. M. Scherer. *Innovation and Growth. Schumpeterian Perspectives*. Cambridge, Mass., 1984.

desrepublik hat sich infolgedessen eine Arbeitsteilung zwischen Großunternehmen, die mit Grundlagenforschung auf Innovationen größerer Reichweite und für größere Märkte abzielen, und kleinere und mittlere Unternehmen mit Anpassungs- und Verbesserungsinnovationen für kleinere Märkte etabliert⁶⁾.

Von hoher Bedeutung ist, daß große Unternehmen häufig dann kleinere übernehmen, wenn diese innovationsstark sind und/oder Markt- bzw. Innovationssegmente erschließen, die für große Unternehmen eine Abrundung des eigenen Strategiespektrums bedeuten. Gegenwärtig ist eine Welle von Aufkäufen und Übernahmen zu beobachten, an denen häufig große und größte Unternehmen beteiligt sind. An den dem Bundeskattellamt 1986/87 angezeigten Unternehmenszusammenschlüssen waren Unternehmen aus dem Kreis der 100 größten Industrieunternehmen zu etwa einem Drittel beteiligt⁷⁾. Dies schließt aber nicht aus, daß große Unternehmen — wie häufig zu beobachten — ihre Organisationsstrukturen enthierarchisieren und Entscheidungsbefugnisse über Innovationen und Investitionen dezentralisieren.

Auch wenn der Zusammenhang mit der Innovationsfähigkeit der Unternehmen ungeklärt ist, läßt sich ein Einfluß der Größenstruktur der Betriebe auf die Arbeitsmarktentwicklung feststellen. So stand von 1977 bis 1985 einem Beschäftigungsgewinn in Kleinbetrieben (mit bis zu 20 Beschäftigten) in Höhe von 580 000 ein Beschäftigungsrückgang in Großbetrieben (mit mehr als 500 Beschäftigten) in Höhe von 225 000 gegenüber⁸⁾.

d) Diffusion neuer Technologien

Neben der Kette Erfindung—Innovationen spielt der Grad der Diffusion technisch-organisatorischen Wissens eine für Wohlstand und Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft wesentliche Rolle. Ausmaß und Geschwindigkeit der Diffusionsprozesse korrelieren mit Lösungen der Probleme des Technologie- und Wissenstransfers. Der Technologietransfer ist abhängig von der Informationsbereit-

schaft und -durchlässigkeit, d. h. von Faktoren wie Kooperationsbereitschaft, räumlicher Vernetzung, den Regelungen des Patentrechts u. a., aber auch von Angeboten der Innovationspolitik.

Insbesondere ist hier auch die Nutzung von Möglichkeiten internationaler Kooperationen zu nennen. Sie sind in vielen Bereichen innerhalb der westlichen Industrieländer ein fester Bestandteil der Diffusionsprozesse. Auch zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist inzwischen ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik unterzeichnet worden⁹⁾. Neben internationalen Kooperationen besteht in der Lizenznahme von Patenten und in anderen Formen des Innovationsimports die Möglichkeit, eigene FuE-Anstrengungen zu substituieren.

Eine der wichtigen gegenwärtigen Querschnittstechnologien stellt ohne Zweifel die Mikroelektronik dar. Der Diffusionsgrad von durch Mikroelektronik geprägten Prozeßtechnologien ist in der Bundesrepublik relativ hoch. Dabei ist teilweise, wie eine Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über den Einsatz von Mikroelektronik ergeben hat¹⁰⁾, aus — derzeitiger — Sicht der Betriebe eine Art Sättigungsgrenze nahezu erreicht, beispielsweise bei der EDV in Vertrieb und Verwaltung oder bei CNC-Werkzeugmaschinen; bei anderen Technologien gibt es noch erhebliche Erstanwenderpotentiale — wie etwa beim computergestützten Prüfen oder der Betriebsdatenerfassung.

Auch bei den Produkten ist der Einsatz von Mikroelektronik weit vorangeschritten; im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe baut etwa die Hälfte aller Betriebe Mikroelektronik in ihre Produkte ein. Ein weiteres Zehntel will bald damit beginnen. Ein Drittel sieht im Moment keine Anwendungsmöglichkeiten für Mikroelektronik in der betrieblichen Produktpalette.

Im internationalen Vergleich kann der Diffusionsgrad allenfalls an einzelnen konkreten modernen Technologien festgestellt werden. Darauf wird im Zusammenhang mit internationalen Perspektiven von Strukturwandel und Innovationen einzugehen sein.

⁶⁾ Vgl. z. B. K. H. Oppenländer, Die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen — die technologische Perspektive, Bonn 1984; F. Meyer-Krahmer, Der Einfluß staatlicher Technologiepolitik auf industrielle Innovationen, Berlin 1989.

⁷⁾ Vgl. Monopolkommission, Hauptgutachten 1986/87. Die Wettbewerbsordnung erweitern, Baden-Baden 1988, TZ 351, S. 162.

⁸⁾ Vgl. U. Cramer, Klein- und Mittelbetriebe: Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1987) 1.

⁹⁾ Vgl. Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Bundesbericht Forschung 1988, S. 249 ff.

¹⁰⁾ Vgl. F. Behringer, Diffusion von Mikroelektronik in Produkten und Prozessen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung der Betriebe, in: F. Meyer-Krahmer (Hrsg.), Sektorale und gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswirkungen moderner Technologien, Berlin 1989.

III. Strukturwandel und Innovationen

1. Außen- und binnenwirtschaftlich geprägter Strukturwandel

Der Strukturwandel und die Innovationsentwicklung werden in der Bundesrepublik von ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft geprägt. Dies gilt für wichtige Teile der privaten Wirtschaft und gleichermaßen für die Wirtschaftspolitik; als aktuelles Beispiel hierfür seien die Rückwirkungen der bevorstehenden Vollendung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1993 auf Unternehmen und wirtschaftspolitische Instanzen genannt.

Neben der Integration der Bundesrepublik in den Welthandel ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß viele Unternehmen in der Bundesrepublik weltweit operieren bzw. Teile weltweit operierender ausländischer Unternehmen sind. Entscheidungen über Produktionsstandorte, Innovationsanstrengungen und Investitionen werden häufig in weltweitem Maßstab getroffen. Es ist nicht selten, daß Teile eines Produktes in verschiedenen Volkswirtschaften produziert und schließlich irgendwo montiert werden. Dies setzt eine effiziente weltweite Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur voraus. Ohne die Innovationen der Verkehrstechnologien und der Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) wären für multinationale Konzerne die Möglichkeiten weltumspannender Markterschließung, Diversifizierung, Risikostreuung sowie der permanenten Ausnutzung weltweiter Kostenvorteile bei Rohstoffen, Material und Zwischenprodukten („worldwide sourcing“) nicht wie in dem heutigen Ausmaß denkbar.

Anhaltspunkt für die internationale Verflechtung der Bundesrepublik liefert die Höhe der Direktinvestitionen. Die ins Ausland geflossenen Direktinvestitionen haben sich 1985 einschließlich der dort reinvestierten Gewinne zu einem Vermögensbestand von etwa 150 Mrd. DM aufsummiert. Der größte Anteil entfällt davon auf die USA. Handel, Banken und Versicherungen zeigen eine überdurchschnittliche Dynamik bei den Direktinvestitionen; daneben sind vor allem auch die wichtigsten exportorientierten Industriezweige aktiv, die in besonderem Maße moderne Technologien anwenden und in ihren Produkten verkörpern. Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnik/Datenverarbeitung, Fahrzeug- und Flugzeugbau tätigen etwa drei Viertel aller Direktinvestitionen, vor allem auch deshalb, um ihre Absatzmärkte langfristig zu sichern.

Technische Innovationen und ihre Umsetzung in Produkte und Produktionsprozesse sind für die Wettbewerbsfähigkeit der in die Weltwirtschaft ein-

gebundenen Länder weitgehend unverzichtbar. Sie ziehen Strukturwandel nach sich und setzen Strukturwandel voraus — z. B. bei Qualifikationen, Berufen und Tätigkeiten. Dieses Wechselspiel ist eine der Grundlagen des Wachstums und der Wohlstandsmehrung. Strukturwandel wird also auch von anderen als technischen Neuerungen geprägt. Hier ist vor allem der binnenorientierte Gestaltungswille, d. h. die Entwicklung des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystems, des Umweltschutzes und — eng damit verknüpft — der staatlichen Aktivitäten und der Infrastruktur zu nennen.

2. Strukturwandel im Überblick

An dieser Stelle sollen einige strukturelle Entwicklungen dargestellt werden. Aus dem möglichen Spektrum von Darstellungsweisen soll vor allem der Strukturwandel zwischen institutionell abgegrenzten Wirtschaftszweigen herausgegriffen werden; hierfür liegen auch die meisten Informationen vor¹¹⁾. Gleichwohl soll durch diese Wahl nicht der Eindruck erweckt werden, als vollzöge sich auf dieser Ebene der Strukturwandel am deutlichsten. Vielmehr verändert sich das Profil von Unternehmen und einzelnen Wirtschaftszweigen intern (*intra-sektoraler* Strukturwandel) häufig noch prägnanter als die sektorale Wirtschaftsstruktur (*inter-sektoraler* Strukturwandel). Beide Entwicklungen sind eng miteinander verbunden; dies macht häufig gerade die Schwierigkeit aus, sie statistisch gesondert zu erfassen und empirisch darzustellen¹²⁾.

Ein Beispiel für intrasektoralen Strukturwandel liefert der Stahlsektor. Unternehmen aus diesem Bereich sind mittlerweile oft hoch diversifizierte und von einer Holdinggesellschaft gelenkte Konzerne. Dieser unternehmensinterne Strukturwandel wird nur als sektoraler Strukturwandel statistisch sichtbar, wenn sich der unternehmerische Schwerpunkt der Tätigkeit verändert.

Der Strukturwandel in der Bundesrepublik wird seit geraumer Zeit von der Expansion der Dienstleistungen getragen. Dies wird sowohl inter- als auch intrasektoral deutlich. Analysen der Berufs- und Tätigkeits- sowie der Kostenstruktur der Unternehmen zeigen, daß innerhalb des verarbeitenden Gewerbes mit einem verstärkten Einsatz von Dienstleistungen produziert wird. Man spricht in

¹¹⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

¹²⁾ Vgl. hierzu und im folgenden: F. Stille/R. Filip-Köhn/H. Flassbeck/B. Görzig/E. Schulz/ R. Stäglin, Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 107, Berlin 1988.

diesem Zusammenhang plakativ von der Tertiärisierung der Warenproduktion. Dieser verstärkte „interne“ Einsatz von Dienstleistungen ist Ausdruck eines veränderten Aufgabenzuschnitts. Planung, Produktionsvorbereitung und Produktionskontrolle, Marketing, Service und Vertrieb sind wesentliche Bausteine des Unternehmenserfolgs. Hinzu kommt eine durch die Informations-, die Kommunikations- sowie die Fertigungstechnologien gewonnene Flexibilität, die es erlaubt, Kundenwünsche stärker zu berücksichtigen sowie Leistung und Qualität der Lieferungen zu verbessern.

Schlagwortartig können diese Entwicklungen folgendermaßen beschrieben werden: Nicht mehr „economies of scale“, d. h. möglichst große Stückzahlen, spielen die dominante Rolle, sondern die „economies of scope“, d. h. ein aufeinander abgestimmtes Paketangebot von Waren und Dienstleistungen (Waren plus Software plus Service bzw. Montage plus Finanzierung). Dieser partielle Abschied vom Taylorismus hat klare produktions- und informationstechnische Voraussetzungen.

Dies hat nicht nur Konsequenzen für den intra-, sondern auch für intersektoralen Strukturwandel.

Neben einem verstärkten internen Einsatz von Dienstleistungen hat in der Bundesrepublik auch das „subcontracting“, d. h. die Auslagerung von bestimmten Dienstleistungsfunktionen aus dem produzierenden Unternehmen unter Kosten- und Risikominimierungsaspekten Einfluß auf die Expansion „externer“ privater Dienstleistungen gehabt (Ingenieurbüros, Wirtschafts- und Steuerberatung, Softwarehäuser ebenso wie Reinigung und Bewachung).

Im folgenden seien einige sektorale Entwicklungen zahlenmäßig dokumentiert. Tabelle 1 zeigt den intersektoralen Strukturwandel anhand der Entwicklung der Produktionswerte der Wirtschaftszweige. Sie sind die umfassendste Quantifizierung des Wertes der produzierten Waren und Dienstleistungen, die etwa dem Umsatz entspricht. Wenn auch die Ermittlung des Produktionswertes für manche Wirtschaftszweige (Banken, Versicherungen, Staat u. a.) erhebliche methodische Probleme aufwirft, so zeigt sich doch folgendes Muster des Strukturwandels:

- weit unterdurchschnittliche Entwicklung der Landwirtschaft;
- knapp unterdurchschnittliche Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes;

Tabelle 1: Produktionswerte (in jeweiligen Preisen)

Wirtschaftsbereiche	Mio. DM				in vH				jahresdurchschnittl. Veränderung in vH		
	1960	1973	1980	1986	1960	1973	1980	1986	1960/73	1973/80	1980/86
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	27840	48020	63750	68280	4.6	2.8	2.2	1.9	4.3	4.1	1.2
Energie- u. Wasserversorgung	15720	46150	105410	166000	2.6	2.7	3.7	4.6	8.6	12.5	7.9
Bergbau	13180	16520	30610	33170	2.2	1.0	1.1	0.9	1.8	9.2	1.3
Verarbeitendes Gewerbe	308640	825490	1319020	1594770	51.4	48.3	45.8	43.7	7.9	6.9	3.2
darunter:											
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	95610	245200	420930	453940	15.9	14.3	14.6	12.4	7.5	8.0	1.3
Investitionsgüter produzierend. Gewerbe	94990	307360	507650	699220	15.8	18.0	17.6	19.2	9.5	7.4	5.5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	59720	141840	204200	230380	10.0	8.3	7.1	6.3	6.9	5.3	2.0
Baugewerbe	41590	134010	196710	200900	6.9	7.8	6.8	5.5	9.4	5.6	0.4
Handel 1)	58620	148870	235930	288080	9.8	8.7	8.2	7.9	7.4	6.8	3.4
Verkehr	27110	69530	119820	148330	4.5	4.1	4.2	4.1	7.5	8.1	3.6
Nachrichtenübermittlung	5490	22340	38610	51620	0.9	1.3	1.3	1.4	11.4	8.1	5.0
Kreditinstitute, Versicherungen	11720	51750	100370	154760	2.0	3.0	3.5	4.2	12.1	9.9	7.5
Sonstige Dienstleistungen	38510	142990	295090	445790	6.4	8.4	10.2	12.2	10.6	10.9	7.1
Staat	45030	183070	338960	440790	7.5	10.7	11.8	12.1	11.4	9.2	4.5
Private H.halte, Org. o. Erwerbscharakter	6730	21110	38380	55140	1.1	1.2	1.3	1.5	9.2	8.9	6.2
Alle Wirtschaftsbereiche*)	600180	1709850	2882660	3647630	100.0	100.0	100.0	100.0	8.4	7.7	4.0

*) ohne Wohnungsvermietung

1) Handel netto (ohne Wareneingang, nur mit Handelsleistung)

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Erwerbstätige

Wirtschaftsbereiche	1000 Personen				in vH				jahresdurchschnittl. Veränderung in vH		
	1960	1973	1980	1986	1960	1973	1980	1986	1960/73	1973/80	1980/86
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	3581	1924	1437	1338	13.7	7.2	5.5	5.2	-4.7	-4.1	-1.2
Energie- u. Wasserversorgung	692	493	484	473	2.7	1.8	1.8	1.8	-2.6	-0.3	-0.4
Bergbau	55	22	17	16	0.2	0.1	0.1	0.1	-6.8	-3.6	-1.0
Verarbeitendes Gewerbe	9624	9861	8995	8263	36.9	36.7	34.2	32.1	0.2	-1.3	-1.4
darunter:											
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	2164	2075	1872	1680	8.3	7.7	7.1	6.5	-0.3	-1.5	-1.8
Investitionsgüter produzierend. Gewerbe	3573	4363	4164	4068	13.7	16.3	15.8	15.8	1.5	-0.7	-0.4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2900	2467	2046	1710	11.1	9.2	7.8	6.7	-1.2	-2.6	-2.9
Baugewerbe	2126	2347	2090	1754	8.2	8.7	8.0	6.8	0.8	-1.6	-2.9
Handel	3299	3492	3505	3325	12.7	13.0	13.3	12.9	0.4	0.1	-0.9
Verkehr	1066	1032	975	937	4.1	3.8	3.7	3.6	-0.2	-0.8	-0.7
Nachrichtenübermittlung	394	491	494	512	1.5	1.8	1.9	2.0	1.7	0.1	0.6
Kreditinstitute, Versicherungen	383	678	740	803	1.5	2.5	2.8	3.1	4.5	1.3	1.4
Sonstige Dienstleistungen	1981	2445	2842	3188	7.6	9.1	10.8	12.4	1.6	2.2	1.9
Staat	2098	3367	3903	4132	8.0	12.5	14.9	16.1	3.7	2.1	1.0
Priv. H.halte, Org.o.Erwerbscharakter	764	697	796	961	2.9	2.6	3.0	3.7	-0.7	1.9	3.2
Alle Wirtschaftsbereiche	26063	26849	26278	25702	100.0	100.0	100.0	100.0	0.2	-0.3	-0.4

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

– überdurchschnittliche Entwicklung der Nachrichtenübermittlung (Bundespost), der Kreditinstitute und Versicherungen, der sonstigen Dienstleistungen, des Staates und der Organisationen ohne Erwerbzzweck.

Hierin kommt auch zum Ausdruck, daß der durch Produktivitätsfortschritte erhöhte Lebensstandard Veränderungen in der Konsumstruktur hin zu höherwertigen Waren und Dienstleistungen bewirkt hat; dadurch sind nicht zuletzt die Spielräume für die Expansion staatlicher und quasi-staatlicher Angebote im Bereich der Humandienstleistungen gestiegen.

Die Verschiebung der wirtschaftlichen Aktivitäts- und Umsatzstruktur zugunsten der zuletzt genannten „tertiären“ Wirtschaftsbereiche wird auch an der Entwicklung der in den Wirtschaftszweigen tätigen Erwerbspersonen sichtbar (vgl. Tabelle 2). Im Vergleich von Tabelle 1 und Tabelle 2 sind aber deutliche Unterschiede festzustellen, die auf Unterschiede in Niveau und Entwicklung von Preisen und (Arbeits-)Produktivitäten zurückzuführen sind. 1986 wurden in der Landwirtschaft 1,9 v. H. der Produktionswerte mit 5,2 v. H. der Erwerbstätigen, im verarbeitenden Gewerbe aber etwa 44 v. H. der Produktionswerte mit 32 v. H. der Er-

werbstätigen erstellt. Die „Umsatzproduktivität“ (Umsatz je Erwerbstätigen) im verarbeitenden Gewerbe war also 1986 fast viermal so hoch wie in der Landwirtschaft. Auf den Zusammenhang von Wachstum, Produktivität und Beschäftigung wird unten noch genauer – auch unter Verwendung einer angemesseneren (Arbeits-)Produktivitätsmessung – eingegangen.

3. Innovationen und Investitionen

Technologischer Wandel vollzieht sich in vielen Fällen über das „Vehikel“ Investitionen: Zur Herstellung moderner Maschinen, Geräte und anderer Ausrüstungsgüter muß schon aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit ebenso in neueste Technologien investiert werden wie in den anderen Wirtschaftszweigen. Auf die Bedeutung von „Investitionen“ sowohl in die Ausbildung als auch in Forschung und Entwicklung ist, analog zu diesem Gedanken, oben hingewiesen worden. Technologischer Wandel ist mit einer Umstrukturierung des Bestandes von Anlagen und dabei vor allem der Ausrüstungen verbunden. Nun könnte man sicherlich darüber streiten, ob Netto- oder Bruttoinvestitionen bessere Innovationsindikatoren sind. Da im Normalfall auch mit den Ersatzinvestitionen Innovationen Eingang in die Produktionsprozesse fin-

Tabelle 3: Ausrüstungsinvestitionen und Modernitätsgrad

Wirtschaftszweige	Ausrüstungsinvestitionen - zu Preisen von 1980 -							Modernitätsgrad 1)		
	in Mill.DM				jahresdurchschnittliche Veränderung in vH			in vH		
	1960	1973	1980	1986	1960/73	1973/80	1980/86	1973	1980	1986
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6120	7610	7420	6380	1.7	-0.4	-2.5	13.7	14.0	11.8
Energie- u. Wasserversorgung	3370	8820	6550	9400	7.7	-4.2	6.2	20.3	11.2	13.9
Bergbau	2120	1490	1910	2080	-2.7	3.6	1.4	13.2	13.9	13.9
Verarbeitendes Gewerbe	23700	41750	48260	52790	4.5	2.1	1.5	17.9	16.8	17.1
darunter:										
Chem. Industrie, Herst. v. Spalt- u. Brutst.	3230	5060	5710	6310	3.5	1.7	1.7	14.4	13.3	14.2
Mineralölverarbeitung	740	2100	1250	890	8.4	-7.1	-5.5	20.8	9.9	10.6
Herst. v. Kunststoffwaren	240	1060	1360	1810	12.1	3.6	4.9	23.2	20.5	20.2
Gummiverarbeitung	310	560	590	660	4.7	0.7	1.9	21.9	17.2	19.8
Gew. u. Verarb. von Steinen u. Erden	1320	2890	2270	1440	6.2	-3.4	-7.3	21.9	15.9	11.2
Feinkeramik	100	180	150	170	4.6	-2.6	2.1	15.9	14.0	15.2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	160	480	500	550	8.8	0.6	1.6	20.7	15.6	15.5
Eisenschaffende Industrie	1860	2900	2620	1910	3.5	-1.4	-5.1	16.7	10.4	13.1
NE-Metallerz., NE-Metallhalbzweigwerke	320	850	650	660	7.8	-3.8	0.3	20.0	14.7	14.7
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverform	920	1050	1060	1190	1.0	0.1	1.9	14.9	14.6	16.8
Stahl- u. Leichtmetall-, Schienenfahrz. bau	200	480	550	470	7.0	2.0	-2.6	20.9	17.9	14.8
Maschinenbau	2210	3260	4190	5240	3.0	3.7	3.8	17.8	18.8	19.7
Herst. v. Büromaschinen, ADV-Geräten	150	880	1480	1340	14.6	7.7	-1.6	28.3	26.3	20.7
Straßenfahrzeugbau, Rep. v. Kfz. usw.	2110	3610	7240	9080	4.2	10.5	3.8	18.9	25.3	21.7
Schiffbau	80	160	140	110	5.5	-1.9	-3.9	13.8	12.9	9.8
Luft- und Raumfahrzeugbau	60	100	270	300	4.0	15.2	1.8	18.3	27.8	20.3
Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgeräten	1160	3370	4780	7440	8.5	5.1	7.7	22.2	22.0	24.4
Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	170	380	670	820	6.4	8.4	3.4	19.8	24.0	22.6
Herst. v. Eisen-, Blech-, Metallwaren	550	1210	1290	1450	6.3	0.9	2.0	18.9	16.5	16.8
Holzverarbeitung	450	1060	870	990	6.8	-2.8	2.2	22.5	17.4	17.2
Zellst.-, Holzschliff-, Papier-, Pappeerz.	430	530	1160	940	1.6	11.8	-3.4	13.3	20.6	18.0
Papier- und Pappeverarbeitung	200	580	690	690	8.5	2.5	0.0	22.6	19.5	16.7
Druckerei, Vervielfältigung	500	850	1170	1280	4.2	4.7	1.5	18.9	20.3	17.7
Textilgewerbe	1620	1430	1130	1270	-1.0	-3.3	2.0	13.5	11.7	14.1
Ernährungsgewerbe	2230	3010	3120	2710	2.3	0.5	-2.3	17.0	16.0	14.1
Getränkeherstellung	1130	1790	1500	1420	3.6	-2.5	-0.9	16.9	13.2	12.1
Baugewerbe	3700	5330	5370	3450	2.8	0.1	-7.1	24.1	24.8	18.3
Großhandel, Handelsvermittlung	3190	4360	4800	4230	2.4	1.4	-2.1	21.9	22.1	18.2
Einzelhandel	1860	4310	3800	3630	6.7	-1.8	-0.8	27.7	21.5	20.1
Eisenbahnen	2730	3240	2100	1610	1.3	-6.0	-4.3	10.6	7.0	5.6
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	1020	2970	1750	1860	8.6	-7.3	1.0	21.1	9.6	11.8
Übriger Verkehr	1640	3820	4370	5220	6.7	1.9	3.0	20.6	20.3	21.6
Deutsche Bundespost	970	4840	5850	8650	13.2	2.7	6.7	28.8	21.6	23.2
Kreditinstitute, Versicherungen	400	1300	2320	3610	9.5	8.6	7.6	25.9	24.9	26.1
Gastgewerbe, Heime	760	1170	1260	1200	3.4	1.1	-0.8	21.6	19.3	16.8
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgew.	310	2090	5500	5440	15.8	14.8	-0.2	29.4	34.0	22.1
Gesundheits- und Veterinärwesen	390	2250	5500	5340	14.4	13.6	-0.5	29.7	31.2	18.9
Übrige Dienstleistungen	750	6300	17520	19660	17.8	15.7	1.9	34.3	36.4	23.1
Gebietskörperschaften, Sozialversich.	1630	4490	5580	5470	8.1	3.2	-0.3	19.7	17.0	14.3
Organisationen o. Erwerbscharakter	560	1240	1090	1090	6.3	-1.8	0.0	17.5	12.4	11.5
Alle Wirtschaftszweige *)	55220	107380	130950	141110	5.2	2.9	1.3	19.3	18.4	17.2

*) ohne Wohnungsvermietung. 1) Ausrüstungsinvestitionen zu Preisen von 1980 der jeweils letzten beiden Jahrgänge in vH des Brutto-Ausrüstungsvermögens von 1980 am Jahresende.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

den, empfiehlt sich hier der Blick auf die Entwicklung der Brutto-Ausrüstungsinvestitionen (Tabelle 3).

Im Zeitraum von 1980 bis 1986 hat sich innerhalb des verarbeitenden Gewerbes die sektorale Struktur der Ausrüstungsinvestitionen zugunsten der Produzenten von Kunststoffwaren, Feinkeramik, Maschinen, Straßenfahrzeugen, elektrotechnischen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen verschoben, wogegen bauabhängige Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, die eisenschaffende Industrie, aber auch der Schiffbau u. a. absolute Rückgänge zu verzeichnen hatten. Von den anderen Wirtschaftszweigen haben die Energie- und Wasserversorgung, die Nachrichtenübermittlung, die Kreditinstitute und Versicherungen sowie die übrigen Dienstleistungen ihre Ausrüstungsinvestitionen erhöht; absolute Rückgänge hatten das Baugewerbe, der Handel, die Eisenbahn u. a. zu verzeichnen.

Der Einfluß dieser unterschiedlichen, auch konjunkturell geprägten Investitionsprofile auf den Ausrüstungsbestand läßt sich in erster Annäherung anhand des Modernitätsgrades ablesen¹³⁾. Einen überdurchschnittlichen Modernitätsgrad wiesen 1986 einerseits Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes (Kunststoffwaren, Maschinenbau, EDV, Straßenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik), andererseits insbesondere aber auch Versicherungen, Banken, unternehmensorientierte private Dienstleistungen, die Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost) und das Transport- und Speditionsgewerbe auf. Im Vergleich von 1986 mit 1980 hat sich allerdings der Modernitätsgrad in einer Reihe anderer Wirtschaftszweige — wie in der eisenschaffenden Industrie und im Textilgewerbe — verbessert, dagegen aber im Straßenfahrzeugbau oder bei den übrigen Dienstleistungen verschlechtert. Der herausragende Modernitätsgrad bis 1980 bei den übrigen Dienstleistungen hängt auch damit zusammen, daß mit der Umstrukturierung der Unternehmen ein steigender Teil der Ausrüstungsinvestitionen bei Leasing- bzw. Konzernobergesellschaften statistisch erfaßt wurde, auch wenn weiterhin die Ausrüstungen im produzierenden Gewerbe eingesetzt worden sind.

4. Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit

Art der Innovationen, Tempo der Diffusionsprozesse und wirtschaftlicher Strukturwandel werden

¹³⁾ Vgl. hierzu: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum. Strukturberichterstattung 1987, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 103, Berlin 1988, S. 224 ff.

in hohem Maße durch die Einbindung der Industrie in die Weltwirtschaft bestimmt. Der Anteil des Industriewarenexports der Bundesrepublik am nominalen Weltexport von Industriewaren hat zwar über die Jahre hinweg etwas an Boden verloren, vor allem aufgrund des Vordringens Japans und auch der Schwellenländer. Er macht aber immer noch etwa 15 v. H. aus. Im Vergleich zu den anderen wichtigen Handelspartnern hat die Bundesrepublik hier günstig abgeschnitten.

Der Grad der Verflechtung und vor allem die Bedeutung des Exports werden aus folgenden Zahlen sichtbar: Von der Produktion des verarbeitenden Gewerbes sind 1984 etwa 30 v. H. ins Ausland verkauft worden; beim Maschinenbau, der Elektrotechnik, dem Straßenfahrzeugbau und der chemischen Industrie sind die Anteile noch erheblich höher. Die Abhängigkeit dieser Wirtschaftszweige von der Endnachfrage aus dem Ausland betrug 1984 rund 50 bis 60 v. H. Betrachtet man Einfuhren und Ausfuhren, so haben 1984 diese vier Branchen allein einen Überschuß in Höhe von 155 Mrd. DM erzielt. Die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik haben mittlerweile Dimensionen angenommen, die für die Ungleichgewichte im weltwirtschaftlichen Gefüge von erheblicher Bedeutung sind und zu Besorgnis Anlaß geben.

Als „Standortfaktoren“ für diese hohe Wettbewerbsfähigkeit werden immer wieder auch die komparativen Vorteile stabiler Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, der leistungsfähigen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte sowie die technologische Position der Bundesrepublik genannt. All dies führt zu Produkten, die in Preis, Qualität, Service und Verlässlichkeit der Lieferung international wettbewerbsfähig sind — trotz andauernder Wechselkursverschiebungen und neuer Konkurrenten vor allem aus dem pazifischen Raum.

Die Effekte von Innovationsvorsprüngen einer im internationalen Wettbewerb stehenden Volkswirtschaft lassen sich nur sehr schwer in allgemeiner Form skizzieren. Dennoch hat sich eine Wirkungskette etabliert: Vorsprünge einer Volkswirtschaft bei Produkt- und Prozeßinnovationen erhöhen — analog zu den Schumpeterschen Vorstellungen eines innovativen Unternehmers, der sich im Produktzyklus temporäre Quasimonopolstellungen aufbaut — die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen von Produkten im Ausland und führen zu einer günstigen Entwicklung der Terms of Trade (Austauschrelationen zwischen Volkswirtschaften) und damit des Wohlstands einer Volkswirtschaft.

Diese Grundvorstellung läßt sich variieren und erweitern. So müssen es nicht nur Technologievor-

sprünge, sondern es können auch die breitere Anwendung oder die kleineren Verbesserungen von Technologien sein, die zu einem besseren Produkt, Service und Preis und damit zu den vermuteten positiven Effekten im internationalen Wettbewerb beitragen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, daß gerade den Indikatoren für die technologische Position einer Volkswirtschaft hohe Aufmerksamkeit bei der Beurteilung der Gründe für die jeweilige Wettbewerbsposition geschenkt wird. Im folgenden sollen daher einige dieser Indikatoren im internationalen Vergleich präsentiert werden¹⁴). Dabei handelt es sich um Indikatoren wie erbrachte Forschungsaufwendungen, Patentanmeldungen, die Diffusion bestimmter Technologien, aber auch bestimmte international gehandelte Güter nach ihrem Technologiegehalt oder nach ihrer Stellung im Produktzyklus.

a) Humankapitalintensität

Beispielsweise deutet der höhere Anteil von Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, von Ingenieuren und Technikern bei der Erstellung von Gütern auf eine relativ hohe Humankapitalintensität der Bundesrepublik hin. Besonders deutlich überwiegen auf der Ausfuhrseite die Montage- und Wartungsberufe. Dieser Befund wird auch dadurch bestätigt, daß die Ausbildungs- und Forschungsintensität in den wettbewerbsstarken Bereichen im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen weit überdurchschnittlich ist.

b) Forschungs- und Entwicklungsaufwand

In bezug auf Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehört die Bundesrepublik zur internationalen Spitzengruppe. Dies gilt auch für das für FuE eingesetzte Personal. 1985 hat die Bundesrepublik nach Angaben der OECD 2,7 v. H. des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Dieser Prozentsatz wurde geringfügig nur in Japan und in den USA mit 2,8 v. H. übertroffen¹⁵).

c) Patentanmeldungen

Für sich genommen, sagen die Anteile der FuE-Aufwendungen noch wenig aus; es könnte ja sein, daß FuE in der Bundesrepublik vergleichsweise hoch bezahlt, aber ineffizient ist. Ein Outputindikator der FuE-Anstrengungen kann in der Patentierung von Forschungs- und Entwicklungsergebnis-

sen gesehen werden. Nach Auswertungen des Ifo-Instituts entfallen von 63 500 wichtigen Erfindungen — d. h. solchen, die von 1983 bis 1985 in mehr als zwei Ländern zum Patent angemeldet worden sind — etwa 12 600 auf die Bundesrepublik, 17 200 auf die USA und 12 900 auf Japan¹⁶). Pro Kopf der Bevölkerung schneidet die Bundesrepublik sogar am günstigsten ab. Japan hat aber in den achtziger Jahren in vielen Bereichen seine Position ausgebaut. Die Bundesrepublik zeigt im Bereich von Querschnittstechnologien mit großer Breitenwirkung Schwächen (Elektronik Elemente, Rechner, z. T. Informations- und Kommunikationstechnologien), aber auch Stärken (Fabrikautomatisierung). Die Anmeldung von wichtigen, international benutzten Patenten ist sicherlich auch ein Indiz für die zukünftige Position von Volkswirtschaften im internationalen Wettbewerb.

d) Spezialisierung des Außenhandels auf Technologiegüter

Die Stärken der bundesdeutschen Exporte zeigen sich insbesondere bei Produkten „gehobener Gebrauchstechnologie“. Die Spezialisierung auf solche technologie-intensiven Güter hat in der Bundesrepublik eine sehr breite Basis. Ihre Erfolge sind allerdings in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zurückgegangen, was wiederum mit der im Vergleich zu Japan langsameren Zunahme der Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen, Büromaschinen/ADV, feinmechanischen und optischen Produkten sowie Straßenfahrzeugen zusammenhängt.

Beschränkt man sich in einer engeren Abgrenzung auf Güter der Spitzentechnologie, so ergibt sich ein anderes Bild. Hier rangieren die Bundesrepublik und Japan nach den USA, Großbritannien und Frankreich. Die Bundesrepublik weist eine überragende Marktstellung bei Kernreaktoren und Windkraftmaschinen auf und ist auch bei bestimmten organischen Chemikalien sowie medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen und optischen Instrumenten wettbewerbsstark. Relativ schwach ist die deutsche Ausfuhrposition bei Triebwerken, Elektronenröhren und elektronischen Mikroschaltungen sowie der automatischen Datenverarbeitung. Dennoch wird diese zuletzt genannte wichtige Technologie in hohem Maße in der Bundesrepublik in Produkten und Produktionsprozessen genutzt und trägt damit — trotz ihres Imports und der technologischen Vorsprünge anderer — zu den eigenen Exporterfolgen bei.

¹⁴) Vgl. hierzu und im folgenden: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Anm. 13), S. 66 ff.

¹⁵) Vgl. Angaben hierzu in: Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Bundesbericht Forschung 1988, Bonn 1988, S. 391 ff.

¹⁶) Vgl. Ifo-Strukturberichterstattung 1987, München 1987, S. 143 ff.

e) Diffusionsgrad neuer Technologien

Dies zeigt auch ein Blick auf international vergleichende Darstellungen des Diffusionsgrades neuer Technologien¹⁷⁾. Greift man das Beispiel elektronisch gesteuerte Werkzeugmaschinen (NC-Maschinen) und ihre computerisierten Fortentwicklungen (CNC-Maschinen) heraus, so zeigt sich, daß Japan im Jahre 1985 vermutlich mehr von diesen Maschinen — eines allerdings begrenzten Sortiments — produziert hat als die gesamte übrige Welt zusammen, daß aber gleichzeitig der Anteil dieser Maschinen im gesamten Werkzeugmaschinenbestand in der Bundesrepublik etwa gleich hoch oder höher war als — mit Ausnahme von Italien — in anderen Konkurrenzländern, eingeschlossen Japan. Dabei

hat sich die Anzahl dieser Maschinen in der Bundesrepublik — wie auch in Frankreich — zwischen 1975 und 1985 etwa verzehnfacht.

Betrachtet man trotz aller damit verbundenen Vergleichsschwierigkeiten als weiteres Beispiel flexible Fertigungssysteme, in denen u. a. CNC-Maschinen mit Robotern oder Handhabungsautomaten gekoppelt sind, und beschränkt sich auf Systeme mit mindestens vier Komponenten, so wird für die Bundesrepublik im Jahre 1986 ein Bestand von 50 (!) geschätzt, was eine Verdoppelung gegenüber 1984 bedeutet. Auch hier ist die Bundesrepublik — zusammen mit Japan und auch Großbritannien — relativ am stärksten vertreten. Nur in Schweden ist die Anwendung relativ breiter.

IV. Innovationen und Probleme des Strukturwandels

Der Strukturwandel in der Bundesrepublik hat sich keineswegs reibungslos vollzogen; es gibt eine Reihe von Problemen. An erster Stelle ist hier die weiter fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu nennen. Wirtschaftsentwicklung bei gleichzeitigem Raubbau an den Grundlagen menschlicher Existenz steht auf tönernen Füßen. Die Innovationen im Umweltschutz sind angesichts der absehbaren Probleme zu gering gewesen. Trotz neuer Umweltschutztechnologien, gesteigerter Umweltschutzinvestitionen einiger Wirtschaftszweige und einiger Fortschritte bei der Luftreinhaltung und in anderen Bereichen ist insgesamt zu wenig geschehen. Das Potential technischer Innovationen, die helfen könnten, die Umweltnutzung zu reduzieren, ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft. Auch hierfür sind soziale und politische Innovationen erforderlich, die im wesentlichen im Bereich der Bewußtseins- und Verhaltensänderung sowie angemessener politischer Rahmenbedingungen zu suchen sein dürften.

Auch das Engagement von Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen und einer neuen Partei konnten bisher zu wenig bewirken. Die systemkonforme Internalisierung von als extern bezeichneten Kosten der Umweltzerstörung in das Preissystem ist weitgehend ausgeblieben. Eine internationale Koordination von Umweltpolitik ist nach wie vor nicht gelungen.

Neben diesem ungelösten Grundproblem sind in einer auf (materieller) Bedürfnisbefriedigung und

Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaftsordnung die Verteilungsprobleme bei Arbeit und Einkommen als zentral anzusehen. Auch hier liegen nach wie vor erhebliche Probleme. Für die Beschäftigungsentwicklung wird den Innovationen eine zentrale Bedeutung zugemessen. Die Diskussion um die Freisetzung- und Kompensationseffekte neuer Technologien hat immer noch sehr stark spekulative Züge. Dies liegt daran, daß zwar die Interdependenz der möglichen Wirkungsketten theoretisch gezeigt, empirisch aber nur unvollkommen demonstriert werden kann.

Neue Technologien haben — theoretisch — sowohl arbeitsfreisetzende als auch beschäftigungssteigernde Aspekte:

— Der potentiellen Freisetzung von Arbeitskräften stehen via Preissenkungen und/oder höheren Realeinkommen eine Steigerung der Konsum-, Investitions- und Exportnachfrage nach Waren und Dienstleistungen und ein dementsprechendes Beschäftigungsplus gegenüber;

— den Freisetzungseffekten in rationalisierenden Unternehmen stehen positive Beschäftigungseffekte bei den Herstellern von Investitionsgütern gegenüber;

— Prozeßinnovationen mit potentiellen Freisetzungseffekten stehen markterweiternde Produktinnovationen gegenüber; beides verbessert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.

Faktisch haben sich Wachstumstempo und Produktivitätsfortschritte in der Bundesrepublik im Laufe der Zeit abgeschwächt. In Tabelle 4 wird dieser Zusammenhang einschließlich der Beschäftigungseffekte für den Zeitraum von 1980 bis 1986 darge-

¹⁷⁾ Vgl. hierzu den Überblick von G. F. Ray, Was aus Innovationen wird. Spätphasen der Verbreitung neuer Technologien, in: ifo-Schnelldienst 34/88, S. 15—20, und die dort angegebene Literatur.

Strategie, die allein auf die (Hoch-)Technologie setzt, dürfte hier nicht viel ausrichten.

Wie bei der Verteilung der Lasten der Erwerbsarbeit sind die Erwerbspersonen auch sehr ungleich in den Genuß der gesamtwirtschaftlichen, durch die Innovationen und die Exporterfolge erzielten Einkommenszuwächse gekommen. Während die Renditen der Unternehmen und die Realeinkommen der Selbständigen in den achtziger Jahren erheblich gestiegen sind, stagnierten die Realeinkommen der Arbeitnehmer weitgehend. Verschlechtert hat sich die Situation für Arbeitslose, insbesondere für die längerfristig Arbeitslosen.

Gewerkschaften und Betriebsräte standen — auch aufgrund dieser dualen Interessenvertretung der

Arbeitnehmer — tendenziell der Einführung neuer Technologien aufgeschlossen gegenüber; sie haben gleichzeitig versucht, bei Löhnen und Arbeitszeit entsprechende Kompensationen auszuhandeln. Dies ist ihnen aber angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und unter dem häufig restriktiven Kurs der Wirtschaftspolitik teilweise nur mit erheblichen Abstrichen gelungen. Die negativen Auswirkungen des gesunkenen nachgefragten Arbeitsvolumens auf die Beschäftigung sind zwar durch individuelle und kollektive Arbeitszeitverkürzungen erheblich gemildert worden; Produkt- und Prozeßinnovationen sind aber auch hier nicht in genügendem Umfang durch Innovationen bei der Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit ergänzt worden, um den Strukturwandel so weit wie möglich sozialverträglich zu gestalten.

Jürgen Nitz: Wirtschaftsbeziehungen DDR—BRD. Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und Perspektiven

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/89, S. 3—14

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten werden durch objektiv wirkende Internationalisierungsprozesse des Wirtschaftslebens und die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der beiden Partnerstaaten dominierend bestimmt. Sie sind ein Bereich der friedlichen Koexistenz und stehen in einem engen Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie, von gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit und Systemauseinandersetzung.

In ihnen reflektieren sich einerseits allgemeine Interessenlagen sozialistischer und westlicher Industriestaaten, andererseits zugleich spezifische deutsch-deutsche Interessen und Entwicklungen. Daraus ergeben sich besondere fördernde Faktoren; dennoch sind sie durch gegenwärtig kontraproduktive Wirkungen weltwirtschaftlicher Prozesse und andauernder Handelsbarrieren im Wachstum begrenzt.

Nur eine höhere Qualität in der ökonomischen Zusammenarbeit verspricht einen spürbaren Aufschwung in den neunziger Jahren: Neue Felder gemeinsamen Interesses, intensivere und vielfältige Formen der Kooperation, moderne Strukturen, wirkungsvolle Mechanismen und Institutionalisierungen bei gleichzeitigem Abbau von Restriktionen und Handelshemmnissen sollten ihr künftig das Gepräge geben. Nur so werden sie mit Blick auf das Jahr 2000 zugleich einen konstruktiven Beitrag für die Realisierung eines Konzepts internationaler ökonomischer Sicherheit im Rahmen eines Systems allgemeiner Sicherheit und des Friedens leisten können.

Horst Lambrecht: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/89, S. 15—27

Der Innerdeutsche Handel befindet sich derzeit offenbar in einer Übergangsphase: Eine unbefriedigende Entwicklung in der Vergangenheit ist dafür ebenso kennzeichnend wie ambivalente Zukunftsaussichten. Dabei sind die politischen Rahmenbedingungen für den deutsch-deutschen Güteraustausch heute günstiger denn je; die wirtschaftlichen sind dagegen eher negativ, und von ihnen sind daher restriktive Einflüsse zu erwarten. Die bislang einmalig günstige politische Konstellation für den Ausbau des Innerdeutschen Handels hat zwei Ursachen: eine nach dem Regierungswechsel in Bonn parteipolitisch nicht mehr umstrittene Handelspolitik gegenüber der DDR und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die durch den Besuch von Generalsekretär Erich Honecker in der Bundesrepublik im Herbst 1987 ihren sichtbaren Ausdruck fand. Seither gibt es eine Reihe von Verhandlungen, Projektabsprachen, abgeschlossenen Verträgen mit direkten oder indirekten ökonomischen Auswirkungen auf die beiderseitigen Beziehungen. Hierzu gehören z. B. das Vorhaben eines Neubaus der Eisenbahnverbindung Hannover—Berlin und das abgeschlossene Abkommen über den Stromverbund Bundesgebiet—DDR—Berlin (West).

Unabhängig von solchen, mit besonderer politischer Promotion vorangetriebenen und damit „abgehobenen“ Projekten gibt es ein breites Betätigungsfeld für die Aktivierung des wirtschaftlichen Leistungsaustausches zwischen beiden deutschen Volkswirtschaften. Eine Reihe konkreter Möglichkeiten läßt sich unter den Stichworten „Kooperation“ und „Sonderprogramm Umweltschutz und Modernisierung“ subsumieren. Wie eine Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergeben hat, wird die DDR als Kooperationspartner von den westdeutschen Unternehmen sehr geschätzt. Dies bietet Ansatzpunkte für intensivere Handelsbeziehungen; ebenso oder noch mehr gilt dies für Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der isoliert bei Großprojekten, aber auch bei Modernisierungen mit integriertem Umweltschutz zu verwirklichen wäre. Finanzierungsvorschläge hierfür sind in den verschiedensten Varianten vorhanden. Sie reichen von einmaligen Finanzierungsmodellen wie „Eisenbahn gegen Umweltschutzprogramm“ bis zu relativ „konventionellen“ Vorstellungen, z. B. begünstigten Finanzierungsmöglichkeiten bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Alles in allem: Vorschläge zur Belebung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sind reichlich vorhanden, ein Milliarden-Potential ist ausgebreitet. Es kommt jetzt darauf an, daß die politisch Handelnden es nutzen.

Klaus Steinitz: Innovationsprobleme und Strukturwandel in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/89, S. 29—40

Eine Schlüsselrolle für eine hohe Dynamik und Effektivität des Strukturwandels kommt all den Fragen zu, die mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Nutzung ihrer Vorzüge und Triebkräfte verbunden sind. Grundfragen sind in diesem Zusammenhang die notwendige höhere Flexibilität, kürzere Anpassungszeiten der Produktion an veränderte Bedingungen sowie wesentlich stärkere ökonomische Interessen der Betriebe und Kombinate, veraltete Produktionen einzustellen und Produktionen mit einem hohen internationalen Neuheitsgehalt aufzunehmen und vorrangig zu entwickeln.

Es gilt also vor allem, den Wirtschaftsmechanismus so weiterzuentwickeln, daß er wirksamer als bisher dazu beiträgt, die sozialen Vorzüge des Sozialismus — wie soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Vollbeschäftigung, Planmäßigkeit — mit einer hohen innovativen Dynamik und Flexibilität der Produktionsstrukturen zu verbinden. Hier sei nur auf solche Aufgaben hingewiesen wie die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen zentraler Leitung und Planung und höherer Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate, ferner auf die Beziehungen zwischen Plan und Markt — nicht als einander entgegengesetzte Alternativen, sondern als einander ergänzende Elemente einer effektiven Funktionsweise der sozialistischen Produktion. Dabei geht es nicht primär um die Einschränkung der zentralen Leitung und Planung — obgleich das auch erforderlich sein wird —, sondern vor allem um die stärkere Ausprägung der jeweils spezifischen Funktionen der zentralen staatlichen Leitung und Planung sowie der Wirtschaftssubjekte bei der effektiven Realisierung von Innovations- und Strukturprozessen. Hierzu gehört auch, solche ökonomische Bedingungen zu gestalten, daß die Wirtschaftseinheiten stärker an progressiven Strukturveränderungen interessiert sind, Ausmaß und Tempo ihrer möglichen Durchführung in einem höheren Grad von den Ergebnissen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit abhängen und Bewertung und Auswahl von Varianten der Strukturentwicklung nach objektiven ökonomischen und sozialen Kriterien verbessert werden.

Frank Stille: Innovationsprobleme und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/89, S. 41—53

Innovationen erhöhen die Effizienz der Produktion, führen zu neuen Produkten bzw. Produktionsprozessen und steigern die Realeinkommen. Gleichzeitig führen die für einzelne Wirtschaftszweige unterschiedlich bedeutsamen Innovationen zu Strukturverschiebungen bei Preisen, Gewinnen und Entlohnung, Investitionen und Beschäftigung. Strukturwandel ist also Voraussetzung und Folge von Innovationen.

Als Ausschnitt hieraus wird hier vor allem die Hervorbringung und Verbreitung von neuen Technologien in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet; deren Verbindung zu sozialen und institutionellen Innovationen ist dennoch hervorzuheben. So beziehen sich Innovationsprobleme auch auf den Bereich von Bildung und Ausbildung, auf die staatliche Unterstützung von Forschung und Entwicklung, auf die Größenstruktur und die Organisationsprozesse innovierender Unternehmen sowie auf die vorhandenen Potentiale, Informationen über neue Technologien zu verbreiten bzw. auf breiter Basis aufzunehmen.

Ein hoher Ausbildungsstandard der Beschäftigten sowie technische Innovationen und ihre Umsetzung in Produkte und Produktionsprozesse sind für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend; nach vielen empirischen Anhaltspunkten schneidet die Bundesrepublik hier im Vergleich zu den meisten Konkurrenten gut ab. Die Handelsüberschüsse der Bundesrepublik haben in jüngster Zeit immer mehr zugenommen und geben mittlerweile in bezug auf die Konsequenzen hoher und anhaltender weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte zu Besorgnis Anlaß.

Dieser von technischen Innovationen und hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit geprägte Strukturwandel zeigt nach wie vor ungelöste Innovationsprobleme: Diese betreffen zum einen überfällige Innovationen im Bereich des vorbeugenden Umweltschutzes, zum anderen Innovationen bei der Verteilung der Lasten sowie der Einkommen von Erwerbsarbeit. Die binnenwirtschaftliche Unterstützung der erzielten und erzielbaren Steigerungen des Lebensstandards aufgrund der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist in einem umfassenden Sinne nicht befriedigend gelungen.